



Landeshauptstadt
Mainz

Beteiligungsbericht 2014

über die wirtschaftliche Betätigung
der Stadt Mainz

Beteiligungsbericht 2014

über die wirtschaftliche Betätigung
der Stadt Mainz



Landeshauptstadt
Mainz

Impressum

Landeshauptstadt Mainz
Dezernat für Finanzen, Beteiligungen und Sport
finanzdezernat@stadt.mainz.de
www.mainz.de/finanzdezernat

Ansprechpartner Beteiligungsmanagement:

Herr Heinz-Peter Gottschalk
06131/12 42 86
heinz-peter.gottschalk@stadt.mainz.de

Frau Alexandra Stritter
06131/12 22 66
alexandra.stritter@stadt.mainz.de

Frau Natascha Schäfer
06131/12 23 29
natascha.schaefer@stadt.mainz.de

Frau Svitlana Holzapfel
06131/12 25 38
svitlana.holzapfel@stadt.mainz.de

Frau Kamila Dobrowolska
06131/12 24 05
kamila.dobrowolska@stadt.mainz.de



Vorwort des Oberbürgermeisters

Die Landeshauptstadt Mainz ist mit über 200.000 Einwohnern die größte Stadt in Rheinland-Pfalz. Im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung lässt sie wesentliche Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich durch kommunale Gesellschaften erbringen. Im Fokus steht dabei die Frage, wie öffentliche Aufgaben trotz angespannter öffentlicher Haushalte zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger möglichst wirtschaftlich erfüllt werden können.

Die Landeshauptstadt Mainz ist wesentlich an 14 rechtlich selbständigen Unternehmen und deren Beteiligungsgesellschaften, zwei Anstalten des öffentlichen Rechts sowie an drei wirtschaftlich selbständigen, aber rechtlich unselbständigen Eigenbetrieben, beteiligt. Diese Unternehmen decken die Bereiche Entsorgung und Verkehr, Stadtentwicklung und Wohnungswirtschaft, Wirtschaftsförderung, Bildung und Soziales, Kultur, Gebäudewirtschaft und IT-Dienstleistung ab.

Mit der im September 2010 gegründeten Zentralen Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH (ZBM) wurde der Grundstein für eine Holdinggesellschaft geschaffen, die im Rahmen der kommunalrechtlichen Vorgaben und Grenzen und unter der Kontrolle durch die Landeshauptstadt Mainz – schrittweise zu einer Steuerungs- und Finanzholding für die von ihr gehaltenen Gesellschaften und Beteiligungen entwickelt werden soll. Die Einbringung der mainzplus CITYMARKETING GmbH, 94,9% der Gesellschaftsanteile der Frankfurter Hof GmbH, 89,11% der Stadtwerke Mainz AG, 6,58% der Mainzer Aufbaugesellschaft mbH sowie die Übernahme der Gesellschaftsanteile der Jobperspektive Mainz gGmbH sind bereits abgeschlossen.

Für das Engagement und die geleistete Arbeit gilt den Vorständen, Geschäftsführungen und Werkleitungen sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Unternehmen und des Beteiligungsmanagements der Landeshauptstadt Mainz mein besonderer Dank.

Allen Leserinnen und Lesern des Beteiligungsberichts wünsche ich eine interessante Lektüre.

Mainz, im Dezember 2014

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'ME', written in a cursive style.

Michael Ebling
Oberbürgermeister



Vorwort des Finanzdezernenten

Zum 14. Mal erläutert der vorliegende Beteiligungsbericht auf Basis der geprüften Jahresabschlüsse 2013 die wirtschaftliche und finanzielle Lage der städtischen Gesellschaften, Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts, um den Stadtratsmitgliedern sowie den interessierten Bürgerinnen und Bürgern einen Einblick in die vielfältigen wirtschaftlichen Aktivitäten der kommunalen Unternehmen und Beteiligungen der Landeshauptstadt Mainz zu gewähren.

Neben der Aufgabe die städtischen Gesellschaften, Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts bei der Erfüllung des Unternehmenszwecks zu unterstützen, gilt es die öffentlichen Unternehmen verantwortungsvoll zu führen, mehr Transparenz zu schaffen und die städtischen Beteiligungsunternehmen so aufzustellen, dass sie weiterhin ihren Beitrag zu einer nachhaltigen Daseinsvorsorge leisten können.

Im Zusammenhang mit der Frage, wie eine sinnvolle Ausgestaltung des Beteiligungsportfolios der Zentralen Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH erfolgen kann, um transparentere und effizientere Strukturen zu schaffen, wird gegenwärtig ein Masterplan über die Auswirkungen und Risiken der Einbringung von Anteilen weiterer direkter Beteiligungsgesellschaften erarbeitet. Nach Vorliegen des Konzeptes wird der Mainzer Stadtrat über die weitere Ausgestaltung des Beteiligungsportfolios zu entscheiden haben.

Den Vorständen, Geschäftsführern und Werkleitungen, den Mitgliedern der Werkausschüsse und Kontrollgremien städtischer Beteiligungsgesellschaften, den Gesellschaftervertretern als auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Beteiligungsmanagements sowie der städtischen Gesellschaften, Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts möchte ich für die geleistete Arbeit herzlich danken. Ich freue mich, Ihnen mit dem vorliegenden Beteiligungsbericht einen Beleg für die erfolgreiche Arbeit der städtischen Beteiligungsgesellschaften im Berichtsjahr 2013 geben zu dürfen.

Mainz, im Dezember 2014

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'G. Beck'. The signature is written in a cursive style with a large initial 'G'.

Günter Beck
Bürgermeister

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	9
1. Einführung	11
1.1 Gesetzliche Grundlagen	11
1.2 Public Corporate Governance Kodex	11
1.3 Zielsetzung des Beteiligungsberichtes	12
1.4 Aufbau des Beteiligungsberichtes	12
1.5 Finanzwirtschaftliche Kennzahlen im Überblick	14
2. Überblick über alle Beteiligungsgesellschaften, Eigenbetriebe und Anstalten (AöR)	17
2.1 Direkte Beteiligungen der Stadt Mainz	17
2.2 Graphische Gesamtübersicht der Beteiligungen	18
3. Einzeldarstellungen der Beteiligungen	33
3.1 Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH.....	33
3.1.1 Stadtwerke Mainz AG	40
3.1.2 Frankfurter Hof Verwaltungsgesellschaft mbH Mainz.....	48
3.1.3 mainzplus CITYMARKETING GmbH	54
3.1.4 Jobperspektive Mainz gGmbH.....	61
3.2 Entsorgung und Verkehr	67
3.2.1 PMG Parken in Mainz GmbH	67
3.2.2 EGM Entsorgungsgesellschaft Mainz mbH	74
3.2.3 Wirtschaftsbetrieb Mainz AöR.....	80
3.2.4 Entsorgungsbetrieb der Stadt Mainz	88
3.3 Stadtentwicklung und Wohnungswirtschaft	96
3.3.1 Wohnbau Mainz GmbH.....	96
3.3.2 Mainzer Aufbaugesellschaft mbH	103
3.3.3 Rheingoldhalle Verwaltungs-GmbH	111
3.3.4 Rheingoldhalle GmbH & Co. KG	115
3.4 Wirtschaftsförderung.....	120
3.4.1 Grundstücksverwaltungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH	120
3.4.2 TechnologieZentrum Mainz GmbH	126
3.4.3 Grundstücksentwicklung Mainz (AGEM) AöR.....	132
3.5 Bildung und Soziales	138
3.5.1 Mainzer Alten- und Wohnheime gemeinnützige GmbH.....	138
3.5.2 WFB Fertigung & Service - Werkstätten für behinderte Menschen Mainz gGmbH.....	145
3.6 Kultur.....	151
3.6.1 Staatstheater Mainz GmbH.....	151
3.7 Dienstleistungen für die Stadt Mainz	157

3.7.1	Kommunale Datenzentrale	157
3.7.2	GWM Gebäudewirtschaft Mainz	163
4.	Anhang	169
4.1	Zusammenfassender Überblick über die Einzeldarstellungen	169
4.2	Überblick über die Wirtschaftsprüfungsgesellschaften 2013.....	170
4.3	Überblick über die Beschäftigten 2013	171
4.4	10 – Jahresübersichten (2004 – 2013)	172
4.5	Gesamtbericht MVG 2013	194

Abkürzungsverzeichnis

Gesellschaften:

AGEM	Grundstücksentwicklung Mainz (AGEM) AöR
EGM	Entsorgungsgesellschaft Mainz mbH
FFH	Frankfurter Hof Verwaltungsgesellschaft mbH
GVG	Grundstücksverwaltungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH
GWM	Gebäudewirtschaft Mainz
KDZ	Kommunale Datenzentrale
MAG	Mainzer Aufbaugesellschaft mbH
MAW	Mainzer Alten- und Wohnheime gGmbH
mainzplus	mainzplus CITYMARKETING GmbH
PMG	Parken in Mainz GmbH
RGH	Rheingoldhalle GmbH & Co. KG
RGHVW	Rheingoldhalle Verwaltungs-GmbH
SPAZ	Sozialpädagogisch allgemeinbildendes Zentrum
SWM	Stadtwerke Mainz AG
TZM	TechnologieZentrum Mainz GmbH
WFB	WFB Fertigung & Service – Werkstätten für behinderte Menschen Mainz gGmbH
Wohnbau	Wohnbau Mainz GmbH
ZBM	Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH

Beteiligungen an anderen Unternehmen:

M.T.E Ludus	M.T.E. Ludus Beteiligungsgesellschaft mbH
Taubertsberg KG	Aufbaugesellschaft Taubertsberg GmbH & Co. KG, Mainz
MAG Hopfengarten KG	MAG Hopfengarten GmbH & Co. KG, Mainz

Sonstige Abkürzungen:

AöR	Anstalt des öffentlichen Rechts
BauGB	Baugesetzbuch
Bgm.	Bürgermeister
Bgo.	Beigeordneter
EigAnVO	Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung
e.V.	eingetragener Verein
eG	eingetragene Genossenschaft
Fa.	Firma
ff.	fortfolgende
GbR	Gesellschaft des bürgerlichen Rechts
GemO	Gemeindeordnung
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
HGB	Handelsgesetzbuch
i.H.v.	in Höhe von
inkl.	Inklusive
i. Vj.	Im Vorjahr
KG	Kommanditgesellschaft
MdL	Mitglied des Landtages
MdB	Mitglied des Deutschen Bundestages
MHKW	Müllheizkraftwerk
MPCGK	Mainzer Public Corporate Governance Kodex
o.a.	oben angegebenen

OB	Oberbürgermeister
StRM	Stadtratsmitglied
t	Tonnen
t/a	Tonne pro Jahr
T€	Tausend EURO
v. H.	von Hundert

1. Einführung

1.1 Gesetzliche Grundlagen

Die Offenlegungspflicht der Gemeinde sowie die Verpflichtung zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes ist in § 90 Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz (GemO) geregelt.

Hiernach hat die Stadtverwaltung dem Stadtrat einen Bericht über die Beteiligungen der Stadt Mainz an Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen sie mit mindestens 5 % unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, vorzulegen. Nach § 86 Abs. 3 Satz 3 GemO werden die Vorschriften des § 90 Abs. 2 Satz 1 und 2 Nr. 4 GemO auch analog für Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts angewendet.

Der Beteiligungsbericht soll gem. § 90 Abs. 2 GemO insbesondere Angaben enthalten über:

1. den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,
2. den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen,
3. die Grundzüge des Geschäftsverlaufes, die Lage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Gemeinde und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft und die gewährten Gesamtbezüge durch die Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe des Unternehmens für jede Personengruppe sowie
4. das Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO für das Unternehmen.

Der Beteiligungsbericht ist im Stadtrat in öffentlicher Sitzung zu erörtern. Die Stadtverwaltung hat die Einwohner über den Beteiligungsbericht in geeigneter Form zu unterrichten. Die Einwohner sind berechtigt, den Beteiligungsbericht einzusehen.

1.2 Public Corporate Governance Kodex

Der Public Corporate Governance Kodex der Landeshauptstadt Mainz (MPCGK) enthält wesentliche Bestimmungen geltenden Rechts zur Leitung und Überwachung von Gesellschaften sowie anerkannte Standards guter Unternehmensführung. Ziel ist es, die Unternehmensführung und -überwachung transparenter und nachvollziehbarer zu machen. Zugleich soll das Bewusstsein für eine gute Corporate Governance erhöht werden. Der Corporate Governance Kodex soll zudem durch Transparenz, Verantwortungsbewusstsein und Kontrolle das Vertrauen der Bürger und Bürgerinnen der Stadt Mainz in die Gesellschaften der Stadt Mainz zur Erfüllung der öffentlichen Daseinsvorsorge stärken.

Nach den Vorgaben des MPCGK soll die Geschäftsführung gemeinsam mit dem Aufsichtsgremium (bzw. gleichermaßen Beirat, Werkausschuss und Verwaltungsrat) jeweils jährlich über die Einhaltung der Regelungen im MPCGK des Unternehmens berichten. In diesen Entsprechenserklärungen ist zu bestätigen, dass den Empfehlungen des MPCGK („Soll-Regelungen“) im vorangegangenen Berichtszeitraum 2013 entsprochen wurde bzw. mit Begründung zu erläutern, in welchen Punkten hiervon abgewichen wurde („comply or explain“). Bei Erläuterung der Abweichung ist auch darüber zu informieren, ob künftig eine Änderung angestrebt wird. Die Auswertungen der Entsprechenserklärungen aller Beteiligungen werden in diesem Beteiligungsbericht in komprimierter Form bei den Einzeldarstellungen der Gesellschaften dargestellt.

Der MPCGK ist im Internet unter: <http://www.mainz.de/kodex> als Download verfügbar.

1.3 Zielsetzung des Beteiligungsberichtes

Der Beteiligungsbericht wendet sich in erster Linie an alle Stadtratsmitglieder sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger, um diesen den Umfang der wirtschaftlichen Betätigung der Stadt Mainz innerhalb ihrer Beteiligungsgesellschaften graphisch, verbal und anhand der zur Verfügung stehenden Zahlen zu erläutern. Während der Stadtrat sich ansonsten nur mit jeweils einer Gesellschaft im Rahmen des Jahresabschlusses, des Wirtschaftsplanes oder in Sondersituationen, wie zum Beispiel bei wesentlichen Änderungen des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung, bei Maßnahmen der Kapitalbeschaffung oder Kapitalherabsetzung oder bei Gründungen neuer Gesellschaften sowie Beteiligung an bestehenden Gesellschaften beschäftigt (§ 88 Abs. 5 GemO), enthält dieser Bericht einen Gesamtüberblick über das Beteiligungsvermögen der Stadt Mainz.

Neben der Informationsfunktion soll es den vom Stadtrat entsandten Aufsichtsratsmitgliedern erleichtert werden in die Unternehmen, in denen sie in Organen und Gremien Verantwortung übernehmen, so steuernd und überwachend eingreifen zu können, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt und das Unternehmen wirtschaftlich geführt wird (§ 87 Abs. 4 GemO).

Die von den Beteiligungsgesellschaften angestrebten Ziele im Rahmen der Daseinsvorsorge ergeben sich aus dem jeweils aufgeführten Gesellschaftszweck. Darüber hinaus strebt die Stadtverwaltung an, aufbauend auf das Leitbild der Stadt Mainz, in Zusammenarbeit mit den Beteiligungsgesellschaften Detailziele zu erarbeiten, deren Erfüllung dann als Maßstab für die wirtschaftliche Betätigung und den Erfolg herangezogen werden sollen. Neben der finanzwirtschaftlichen Betrachtungsweise stehen die Fragen des öffentlichen Zwecks der Unternehmen (§ 85 Abs. 1 Nr. 1 GemO) sowie die Subsidiaritätsprüfung (§ 85 Abs. 1 Nr. 3 GemO) im Mittelpunkt. Diese drei Aspekte zusammen bezeichnet man als Schrankentrias, das bei jeder wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen zu beachten ist.

Betont werden soll an dieser Stelle, dass die finanzwirtschaftliche Betrachtung bei kommunalen Beteiligungen eher nachrangig zu sehen ist. Sie dient insbesondere der Prüfung der Fragen, ob

- a) das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und dem voraussichtlichen Bedarf steht (§ 85 Abs. 1 Nr. 2 GemO),
- b) das Unternehmen einen Überschuss für den Haushalt der Gemeinde erbringen kann (§ 85 Abs. 2 Satz 1 GemO),
- c) die Gemeinde sich nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet (§ 87 Abs. 1 Nr. 6 GemO).

1.4 Aufbau des Beteiligungsberichtes

Der 14. Beteiligungsbericht gibt einen Überblick über das Beteiligungsportfolio der Landeshauptstadt Mainz. Um den Leserinnen und Lesern ein übersichtlich strukturiertes Informationsinstrument zur Verfügung zu stellen, werden die Einzelberichte der städtischen Beteiligungsgesellschaften wie folgt gegliedert:

1. Gründung der Gesellschaft und Datum der aktuellen Fassung der Satzung bzw. des Gesellschaftsvertrages,
2. Wirtschaftsjahr, Stammkapital und letzte Stammkapitalveränderung,
3. Beteiligungsverhältnisse,

4. Gegenstand des Unternehmens,
5. Besetzung der Organe,
6. Beteiligungen an anderen Unternehmen,
7. Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks,
8. Grundzüge des Geschäftsverlaufes,
9. Lage des Unternehmens,
10. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinden,
11. Aufwendungen für Gesellschaftsorgane,
12. Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen (Subsidiaritätsprüfung),
13. Personal,
14. Ausführungen zu den Anforderungen im Sinne des § 90 GemO (notwendige öffentliche Bekanntmachungen), (entfällt bei Eigenbetrieben und AöRs) sowie
15. Public Corporate Governance Kodex.

Grundsätzlich ist die Struktur der Darstellungsform für alle Beteiligungsgesellschaften einheitlich und beinhaltet alle in der Gemeindeordnung geforderten Informationen.

Die Einzelberichte der Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts werden wie folgt gegliedert:

1. Gründung des Eigenbetriebes/der Anstalt und Datum der aktuellen Fassung der Satzung,
2. Wirtschaftsjahr, Stammkapital und letzte Stammkapitalveränderung,
3. Beteiligungsverhältnisse,
4. Gegenstand des Eigenbetriebes/der Anstalt,
5. Besetzung der Organe,
6. Stand und Erfüllung des öffentlichen Zwecks,
7. Grundzüge des Geschäftsverlaufes,
8. Lage des Eigenbetriebes/der Anstalt,
9. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde,
10. Aufwendungen für Organe des Eigenbetriebes/der Anstalt,
11. Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO (Subsidiaritätsprüfung),

12. Personal,
13. Wichtige Verträge sowie
14. Public Corporate Governance Kodex.

Grundsätzlich ist die Struktur der Darstellungsform für alle Eigenbetriebe/Anstalten einheitlich und beinhaltet alle in der Gemeindeordnung geforderten Informationen.

Basis aller Einzelberichte sind die aktuellen Satzungen bzw. Gesellschaftsverträge, die Jahresabschlüsse und Prüfberichte des Geschäftsjahres 2013 (bei abweichendem Wirtschaftsjahr die Daten zum Ende des Geschäftsjahres 2012/13), soweit sie bis zum 15.10.2014 dem Beteiligungsmanagement bekannt geworden sind. Die Angaben zu Punkt 2) Grundkapital, Punkt 3) Beteiligungsverhältnisse, Punkt 4) Gegenstand des Unternehmens bzw. Eigenbetriebs/der Anstalt sowie zu Punkt 6) Beteiligungen an anderen Unternehmen sind stichtagsbezogen zum 15.10.2014, die Angaben zu Punkt 5) Besetzung der Organe sind stichtagsbezogen zum 31.12.2014 dargestellt. Die im Berichtsjahr ausgeschiedenen Organmitglieder werden in den nachfolgenden Tabellen nicht aufgeführt.

Die unmittelbaren Beteiligungen von weniger als 5 % kommunalem Anteil sowie die mittelbaren Beteiligungen werden lediglich in Form von Übersichten nachrichtlich erwähnt. Auf die Darstellung der Sparkasse Mainz wird aufgrund des § 85 Abs. 5 GemO verzichtet, wonach für alle öffentlichen Sparkassen das Sparkassengesetz abschließend Anwendung findet. Dennoch sei an dieser Stelle erwähnt, dass die Stadt Mainz gemeinsam mit dem Landkreis Mainz-Bingen Gewährträgerin der Sparkasse Mainz ist und die mit der Gewährträgerschaft verbundenen Rechte und Pflichten wahrnimmt. Im Gegenzug leistet die Sparkasse ihrerseits einen Beitrag - u. a. durch einen Finanzierungszuschuss zur Schuldnerberatung - zur Daseinsvorsorge sowie zur Gemeinwohlorientierung in der Stadt Mainz.

1.5 Finanzwirtschaftliche Kennzahlen im Überblick

Zur Bewertung von Informationen aus Prüfberichten und Wirtschaftsplänen sind finanzwirtschaftliche Kennzahlen ein geeignetes Instrument. Diese sind als betriebswirtschaftlich relevante absolute Zahlen oder Verhältniszahlen, die messbare betriebliche Ergebnisse aggregiert wiedergeben, zu verstehen. Anhand von Kennzahlen können frühzeitig unerwünschte Entwicklungen erkannt und gegebenenfalls noch rechtzeitig Maßnahmen zur Gegensteuerung ergriffen werden.

Die Bewertung von Unternehmen anhand von Kennzahlen erfordert umfangreiche zusätzliche Informationen sowie branchenspezifische Fachkenntnisse. Deshalb sei an dieser Stelle vor voreiligen Rückschlüssen gewarnt. Insbesondere bei Unternehmensvergleichen über Branchengrenzen hinweg ist Vorsicht geboten.

In dem vorliegenden Beteiligungsbericht sind folgende finanzwirtschaftliche Kennzahlen von wesentlicher Bedeutung:

I. Ertragslage

$$1. \text{ Eigenkapitalrentabilität} = \frac{\text{Jahresergebnis}}{\text{Eigenkapital}} * 100$$

$$2. \text{ Gesamtkapitalrentabilität} = \frac{\text{Jahresergebnis}}{\text{Gesamtkapital}} * 100$$

II. Vermögensaufbau

$$1. \text{ Anlagenintensität} = \frac{\text{Anlagevermögen}}{\text{Gesamtvermögen}} * 100$$

$$2. \text{ Intensität des Umlaufvermögens} = \frac{\text{Umlaufvermögen}}{\text{Gesamtvermögen}} * 100$$

III. Anlagenfinanzierung

$$1. \text{ Anlagendeckung I} = \frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Anlagevermögen}} * 100$$

$$2. \text{ Anlagendeckung II} = \frac{\text{Eigenkapital} + \text{langfristiges Fremdkapital}}{\text{Anlagevermögen}} * 100$$

IV. Kapitalausstattung

$$1. \text{ Eigenkapitalquote} = \frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Gesamtkapital}} * 100$$

$$2. \text{ Fremdkapitalquote} = \frac{\text{Fremdkapital}}{\text{Gesamtkapital}} * 100$$

V. Liquidität

$$\text{Liquiditätsgrad I} = \frac{\text{Liquide Mittel}}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}} * 100$$

I. Ertragslage

1. Eigenkapitalrentabilität:

Die Eigenkapitalrentabilität gibt die Verzinsung des Eigenkapitals an. In § 8 des Kommunalabgabengesetzes ist geregelt, dass „neben den Zinsen für Fremdkapital, eine angemessene Verzinsung des von den kommunalen Gebietskörperschaften aufgewandten Eigenkapitals anzusetzen ist“. „Unabhängig von den tatsächlichen Eigenkapitalverhältnissen können 1,6 v. H. des jeweiligen Buchrestwertes des Anlagevermögens angesetzt werden“. Dabei wird unterstellt, dass 40 % des Anlagevermögens durch Eigenkapital finanziert wird, so dass die Eigenkapitalverzinsung 4 % beträgt.

2. Gesamtkapitalrentabilität:

Prozentualer Anteil des Jahresüberschusses am Gesamtkapital. Die Gesamtkapitalrentabilität gibt an, in welcher Höhe sich das eingesetzte (Gesamt-) Kapital im Geschäftsjahr verzinst hat. Alternativ hätte neben dem Jahresüberschuss auch die Höhe der Fremdkapitalzinsen mit einbezogen werden können. Da sich diese aus den Prüfberichten jedoch nur sehr schwer ableiten lassen, wurde darauf verzichtet.

II. Vermögensaufbau

1. Anlagenintensität:

Beim Anlagevermögen werden solche Gegenstände ausgewiesen, die dazu bestimmt sind, dem Geschäftsbetrieb dauernd zu dienen. Hierunter fallen immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen und Finanzanlagen. Ist ihre Nutzungsdauer begrenzt, sind die Anschaffungs- oder Herstellungskosten um die planmäßigen Abschreibungen zu vermindern.

2. Intensität des Umlaufvermögens:

Im Umlaufvermögen werden Vorräte, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände, Wertpapiere sowie Schecks, Kassenbestand, Bundesbank- und Postgiroguthaben und Guthaben bei Kre-

ditinstituten ausgewiesen. Der Grad der Umlaufintensität ist – durch die Verschiedenartigkeit der Branchen bedingt – entweder vorratsintensiv orientiert, d.h. durch einen hohen Materialbestand gekennzeichnet, oder er besteht überwiegend aus einem hohen Forderungsbestand bzw. liquiden Mitteln.

Die Intensitätskennzahlen sagen etwas über den Vermögensaufbau eines Unternehmens aus. Je höher die Anlagenintensität ist, desto höher sind tendenziell die fixen Kosten, die unabhängig von der Beschäftigung anfallen. Eine hohe Fixkostenbelastung wirkt sich besonders bei rückläufiger Beschäftigung nachteilig aus, so dass in der Regel bei konjunkturellen Schwankungen anlageintensive Betriebe weniger anpassungsfähig sind. Eine kapazitätsbewusste Unternehmenspolitik und eine laufende Kontrolle der Kapazitätsauslastung sind deshalb notwendig.

III. Anlagenfinanzierung

1. Anlagendeckung I:

Deckung des Anlagevermögens durch das Eigenkapital. Die Kennzahl Anlagendeckung I dient der Beurteilung der langfristigen Liquidität (langfristig gebundene Vermögenswerte sollen durch langfristiges Kapital finanziert werden).

2. Anlagendeckung II:

Deckung des Anlagevermögens durch Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital.

Da das Anlagevermögen dazu bestimmt ist, dem Betrieb dauerhaft zur Verfügung zu stehen, sollte es möglichst durch Eigenkapital (Anlagendeckung I) bzw. Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital (Anlagendeckung II) gedeckt sein.

IV. Kapitalausstattung

1. Eigenkapitalquote:

Die Eigenkapitalquote stellt den Grad der finanziellen Unabhängigkeit dar. Sie wird bei Banken oft zur Beurteilung der Kreditwürdigkeit herangezogen. Ein Vergleich der Eigenkapitalquote verschiedener Unternehmen ist nur dann sinnvoll, wenn sie nach denselben Kriterien berechnet wurde. Für Eigenbetriebe und Eigengesellschaften wird von den Wirtschaftsprüfern eine Eigenkapitalquote zwischen 30 % und 40 % der Bilanzsumme empfohlen (vgl. Eigenkapitalrentabilität).

2. Fremdkapitalquote:

Die Fremdkapitalquote ist eine betriebswirtschaftliche Kennzahl, die den Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital bzw. der Bilanzsumme analog zur Eigenkapitalquote beim Eigenkapital angibt.

V. Liquidität

Liquiditätsgrad I:

Die Liquidität 1. Grades gibt das Verhältnis der liquiden Mittel zu den kurzfristigen Verbindlichkeiten eines Unternehmens an und erlaubt damit eine Analyse darüber, inwieweit ein Unternehmen seine derzeitigen kurzfristigen Zahlungsverpflichtungen allein durch seine liquiden Mittel erfüllen kann. Die Forderungen werden dabei nicht berücksichtigt.

2. Überblick über alle Beteiligungsgesellschaften, Eigenbetriebe und Anstalten (AöR)

Stand: 15.10.2014

2.1 Direkte Beteiligungen der Stadt Mainz

Name der Gesellschaft	Stamm-/ Kommandit- kapital gesamt in €	Anteil der Stadt Mainz in €	Anteil der Stadt Mainz in %
1. Grundstücksverwaltungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH	30.357.649	30.357.649	100
2. Frankfurter Hof Verwaltungsgesellschaft mbH	1.960.000	100.000	5,1
3. Mainzer Alten- und Wohnheime gGmbH	26.000	24.674	94,9
4. Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH	25.000	25.000	100
5. Stadtwerke Mainz AG	180.000.000	8.658.000	4,81
6. Wohnbau Mainz GmbH	35.500.000	31.879.000	89,8
7. Parken in Mainz GmbH	358.000	179.000	50
8. Staatstheater Mainz GmbH	52.000	26.000	50
9. Mainzer Aufbaugesellschaft mbH Mainz	3.884.818	1.682.878	43,32
10. WFB Fertigung & Service - Werkstätten für behinderte Menschen Mainz gGmbH	1.000.000	328.000	32,8
11. Rheingoldhalle GmbH & Co. KG	2.800.000	560.000	20
12. Rheingoldhalle Verwaltungs GmbH	25.000	5.000	20
13. EGM Entsorgungsgesellschaft Mainz mbH	5.000.000	250.000	5
14. Baugenossenschaft Main Spitze eG, Ginsheim-Gustavsburg	2.647.093	32.595	1,23
15. Gesellschaft für das integrierte Verkehrsmanagement der Region Frankfurt Rhein-Main mbH (IVM)	241.000	7.500	3,11
16. TechnologieZentrum Mainz GmbH	511.291	10.226	2
17. Gemeinnützige Wohnstätten Genossenschaft eG, Mainz	1.985.684	900	0,045
18. Rhein Main Donau AG	102.258.376	1.023	0,001
19. Rheinhessen-Touristik GmbH	46.350	250	0,54

Eigenbetriebe:

1. GWM Gebäudewirtschaft Mainz	23.570.577	23.570.577	100
2. Kommunale Datenzentrale	1.050.000	1.050.000	100
3. Entsorgungsbetrieb der Stadt Mainz	511.292	511.292	100

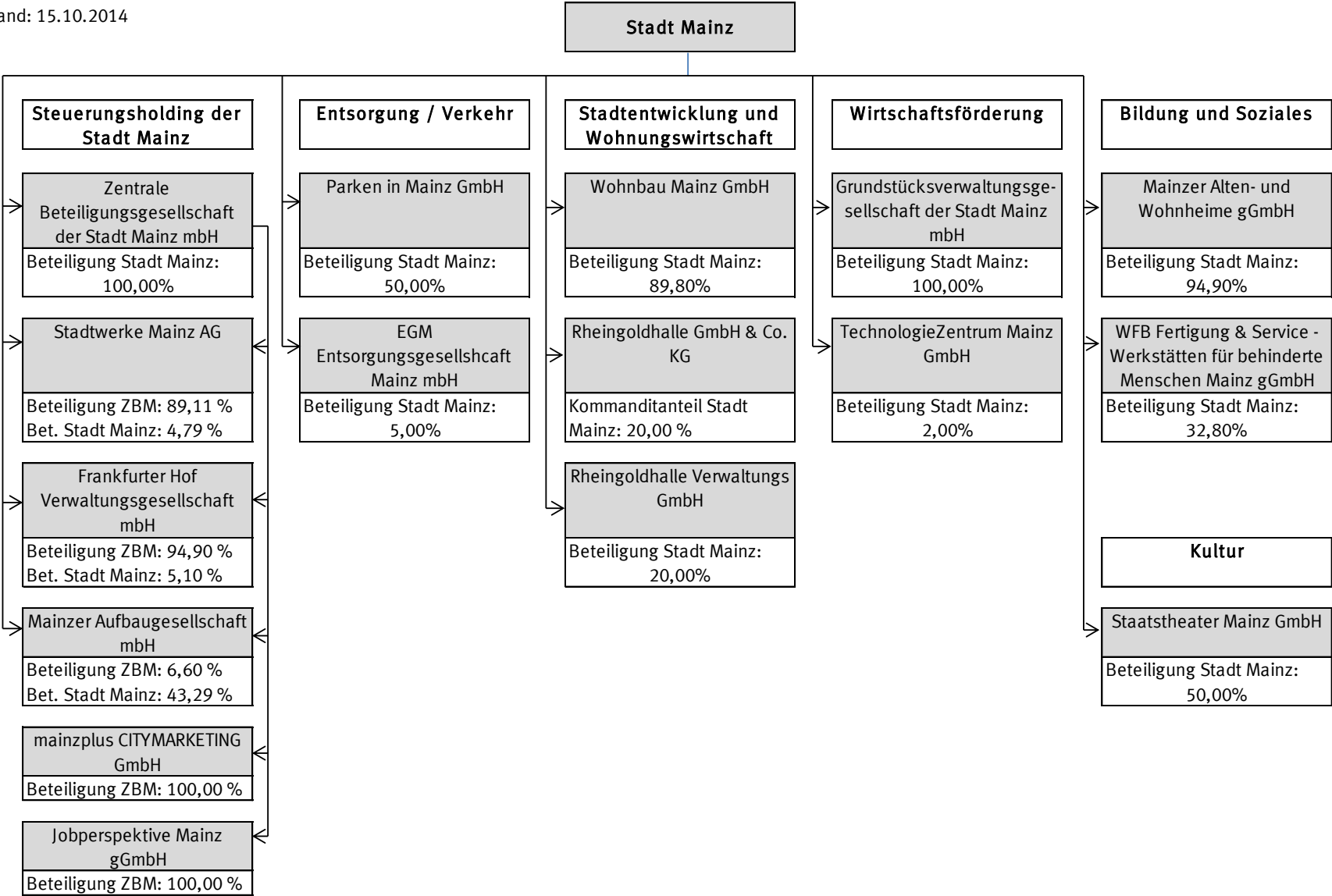
Öffentliche Betriebe / in der Rechtsform der Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR):

1. Wirtschaftsbetrieb Mainz, AöR	7.300.000	7.300.000	100
2. Grundstücksentwicklung Mainz (AGEM), AöR	903.244	903.244	100
3. Zweckverband Sparkasse Mainz	5.112.919 ¹	3.067.751	60

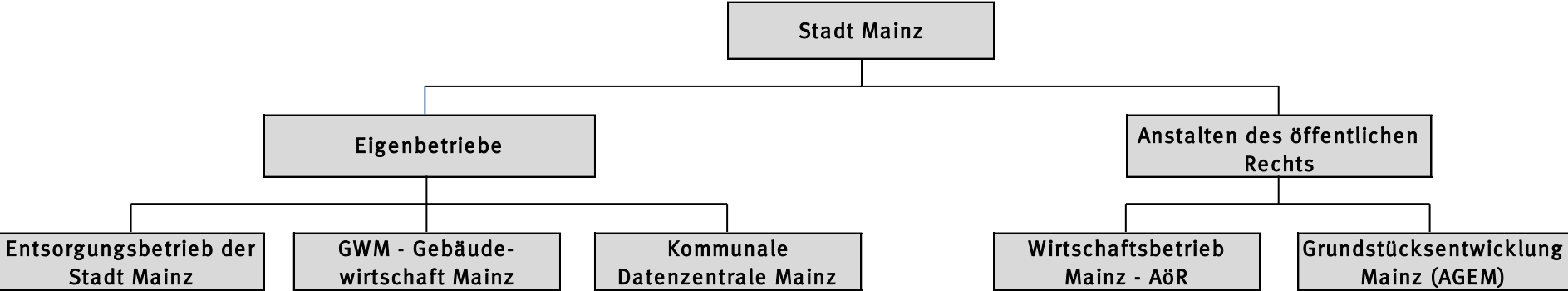
¹ Dotationskapital

2.2 Graphische Gesamtübersicht der Beteiligungen

Stand: 15.10.2014



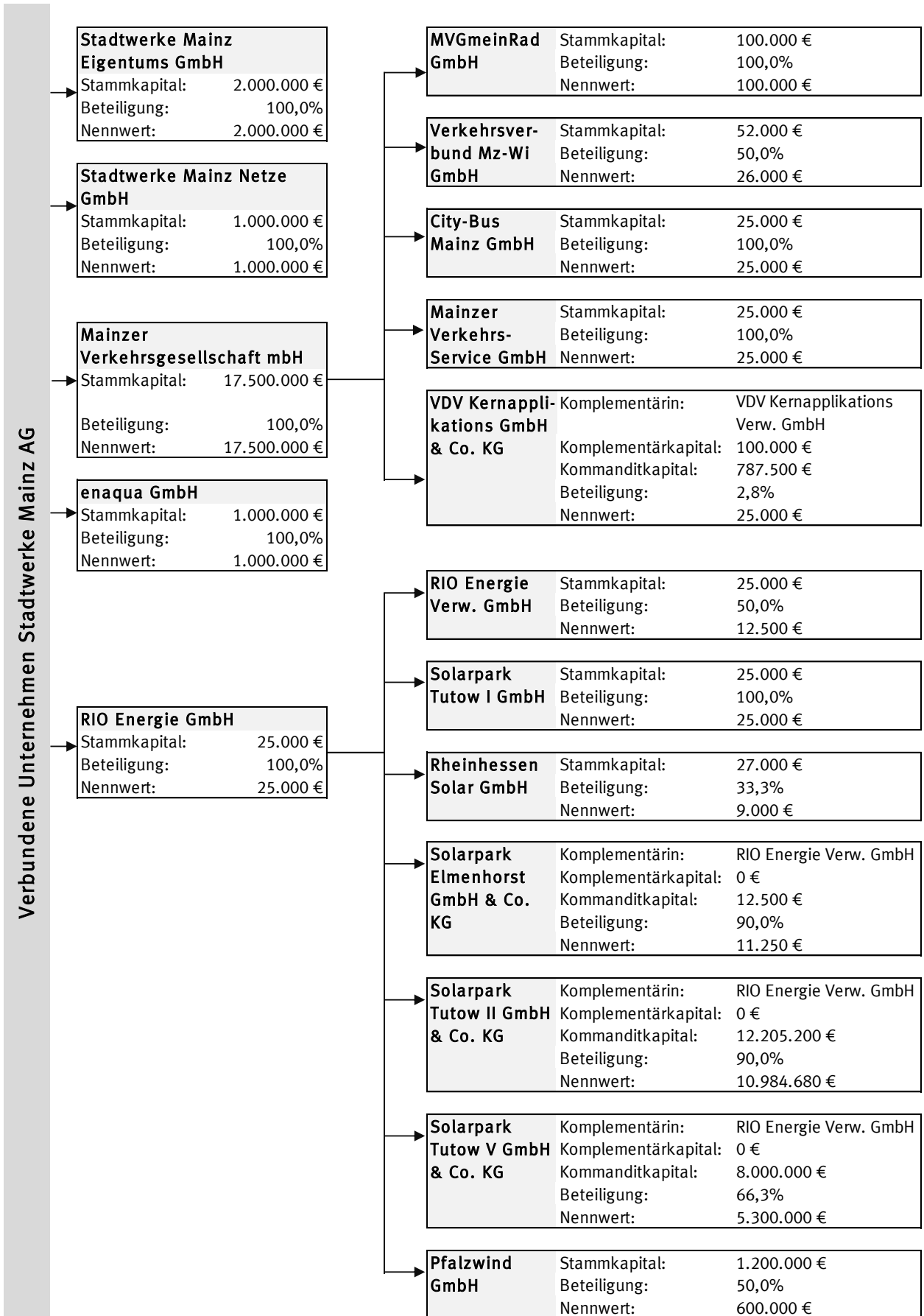
Stand: 15.10.2014



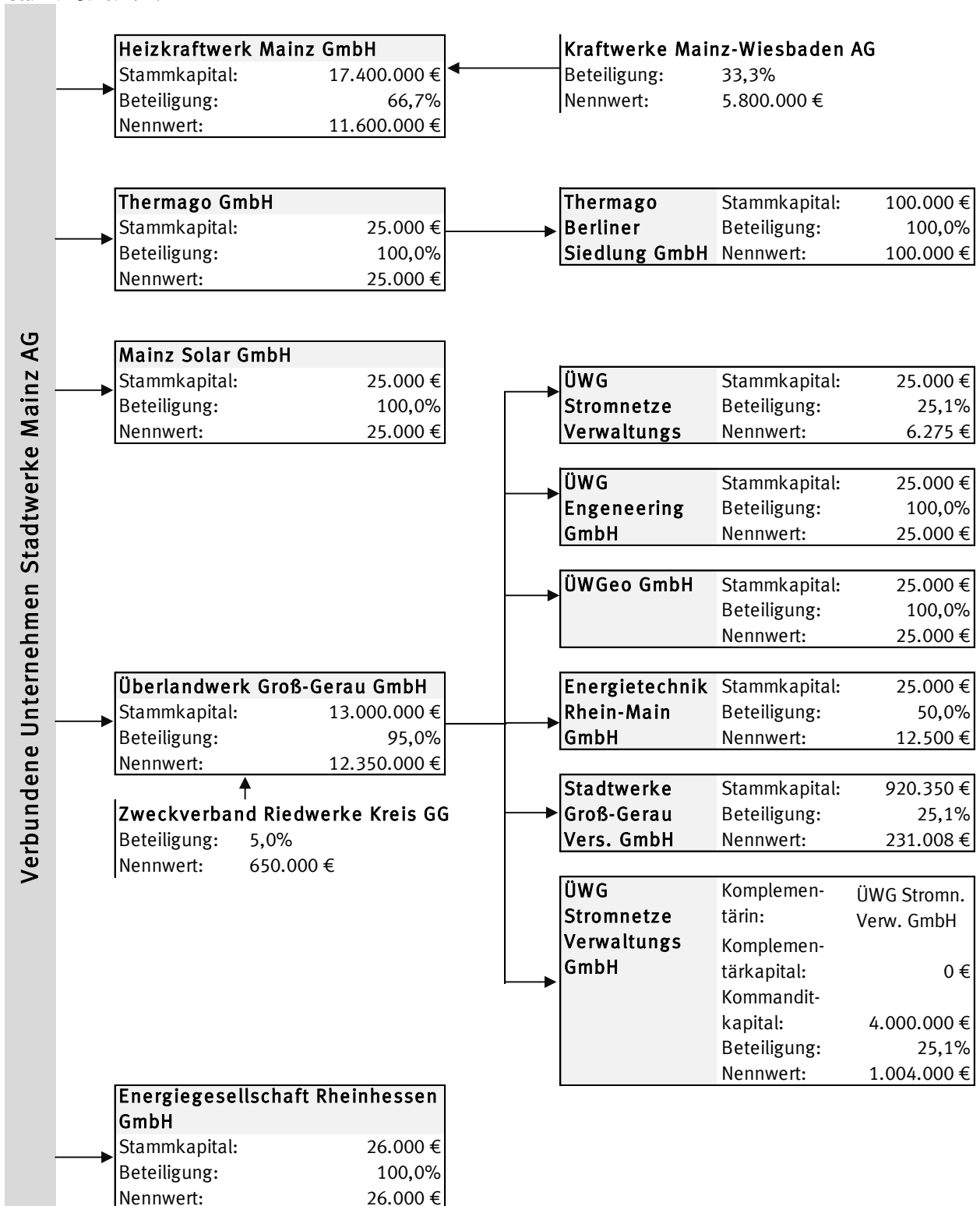
Stand: 15.10.2014



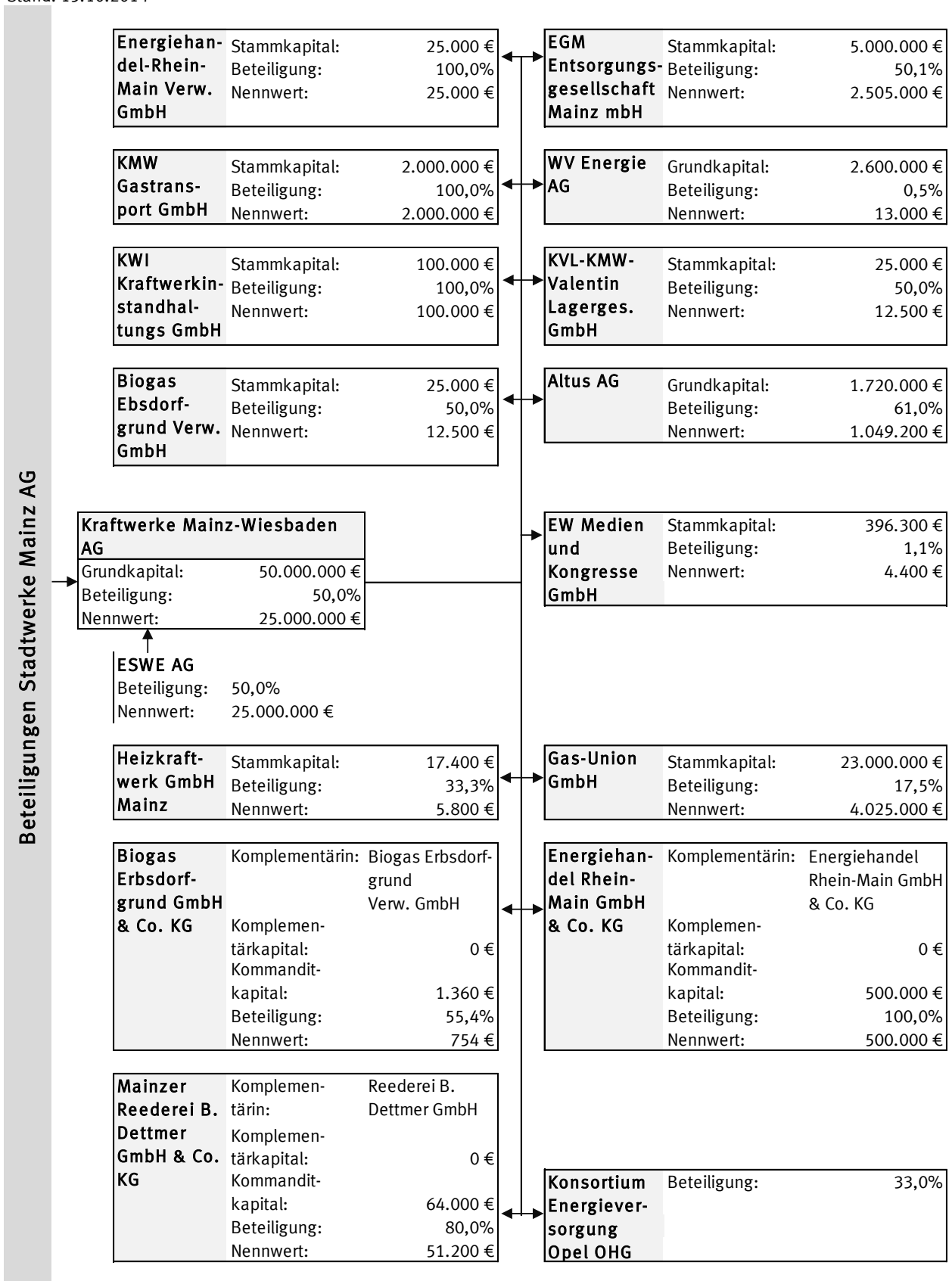
Stand: 15.10.2014



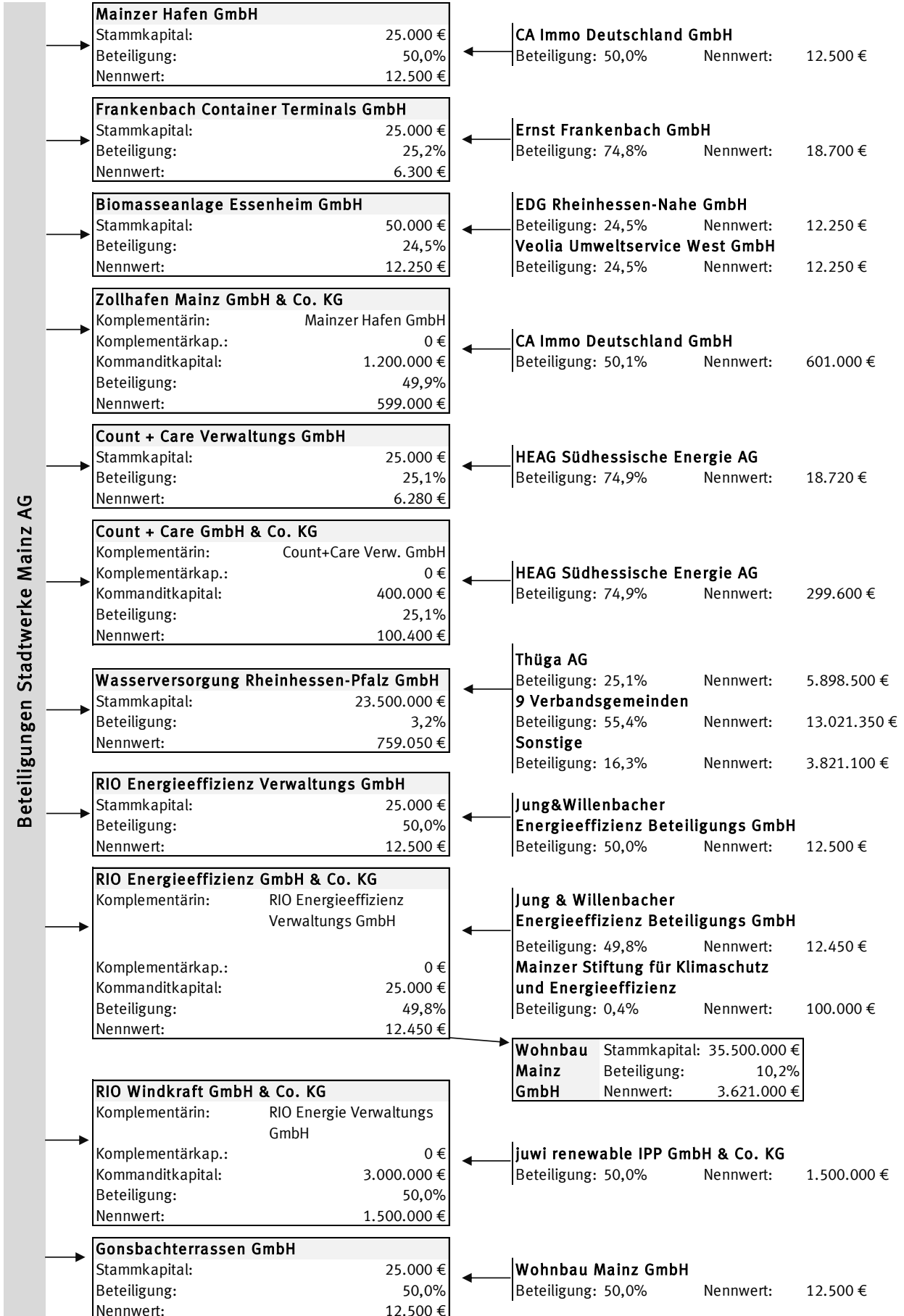
Stand: 15.10.2014



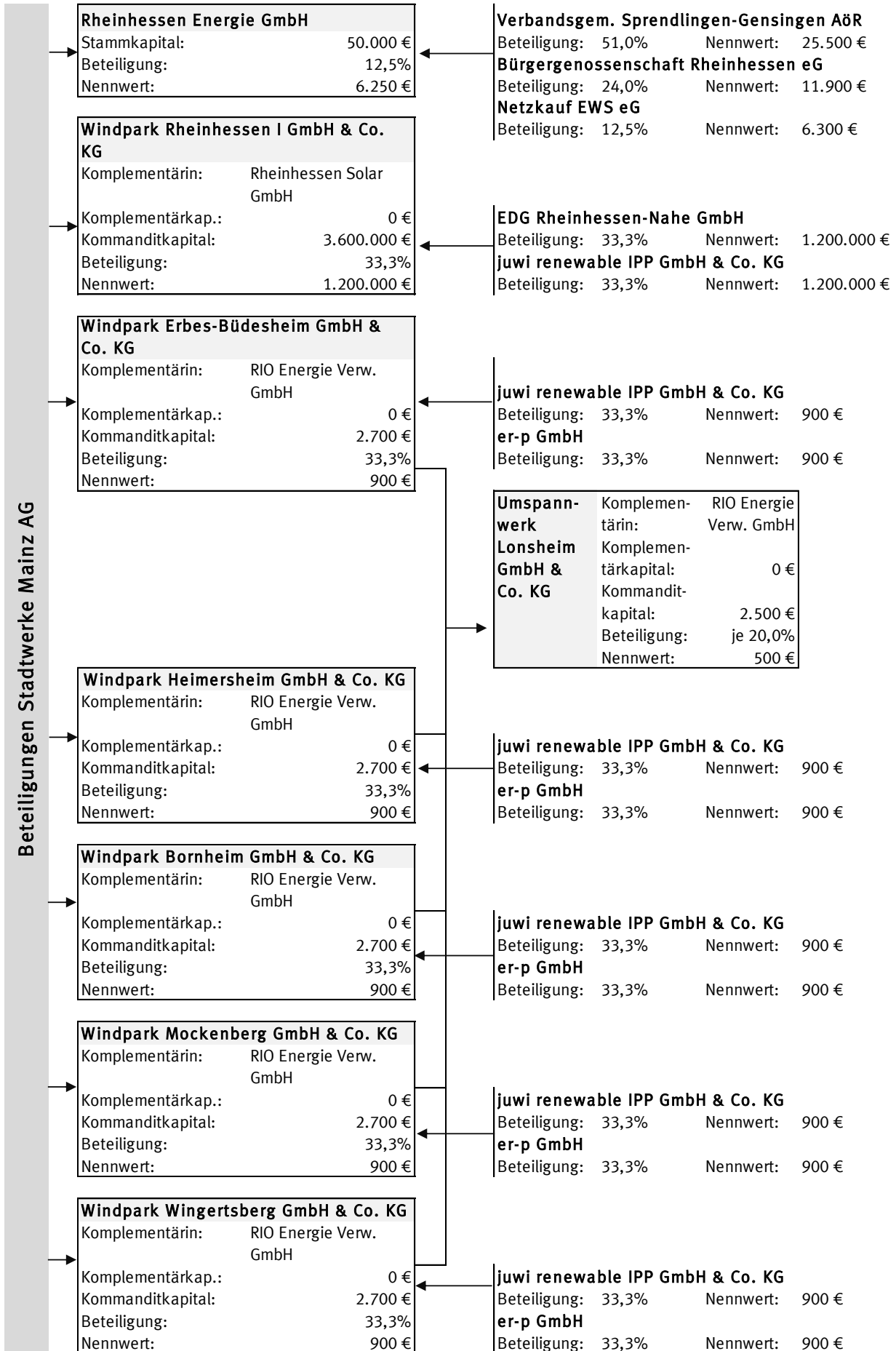
Stand: 15.10.2014



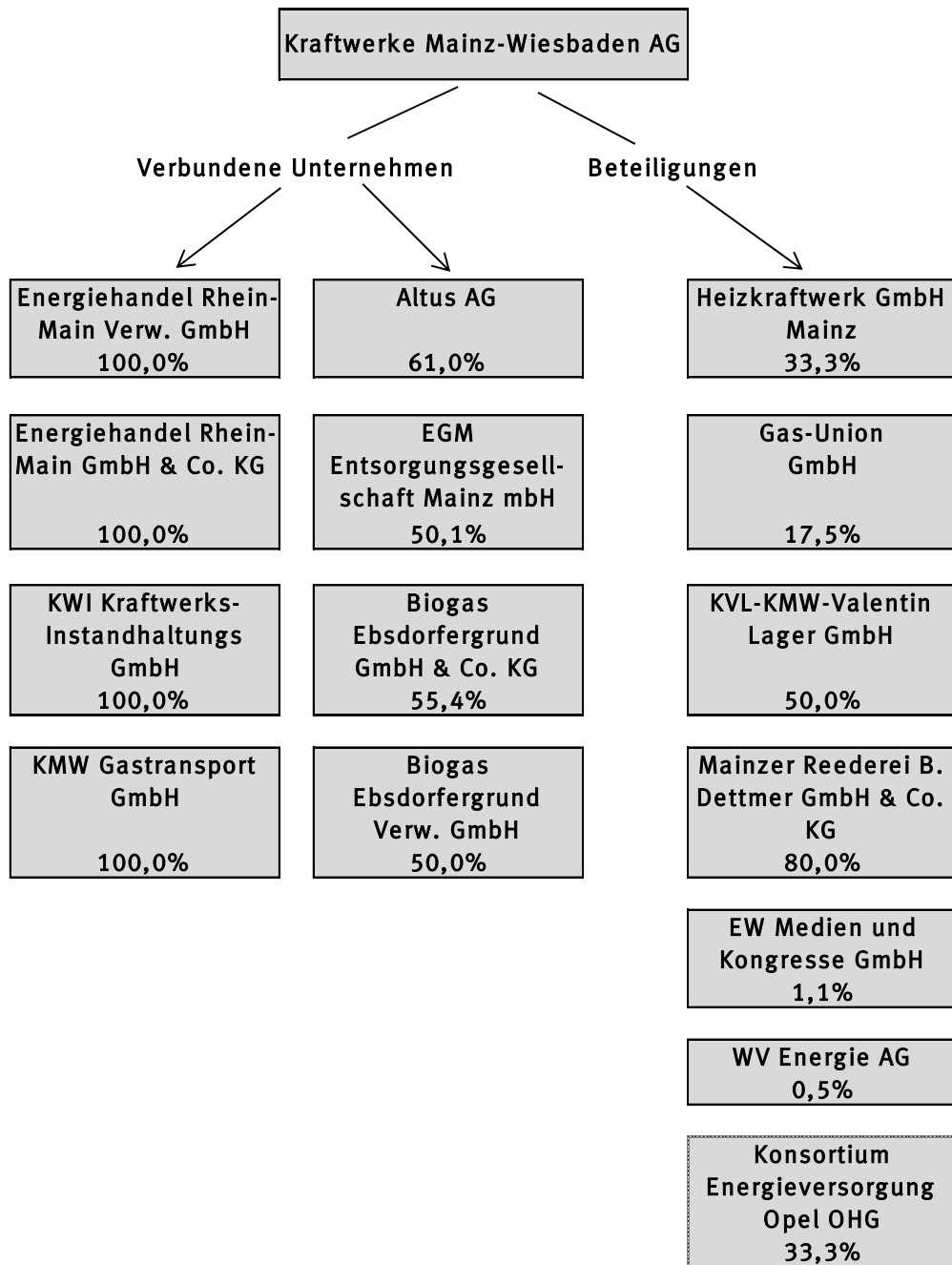
Stand: 15.10.2014



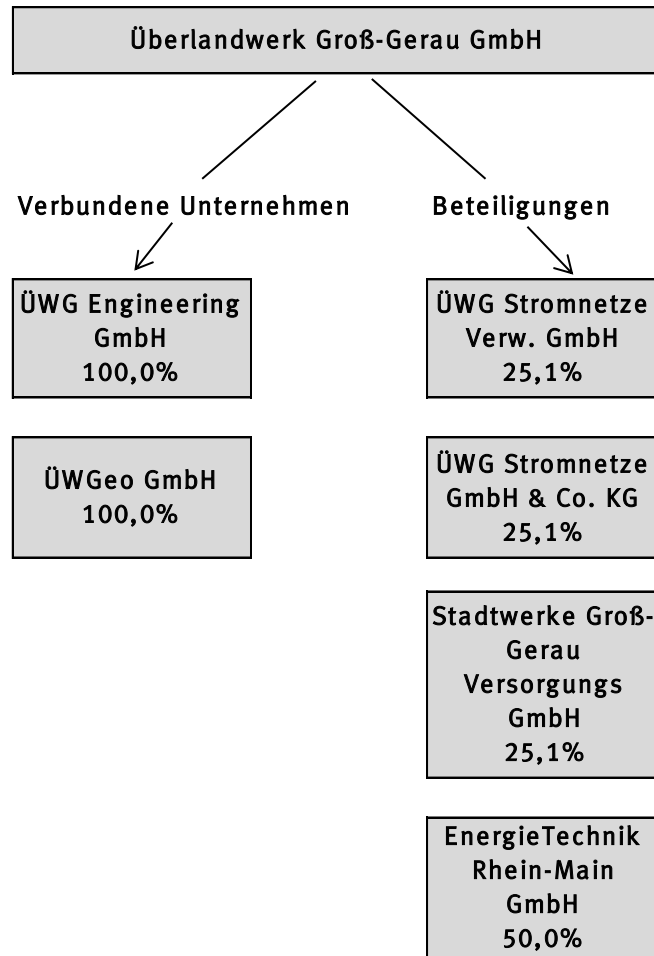
Stand: 15.10.2014



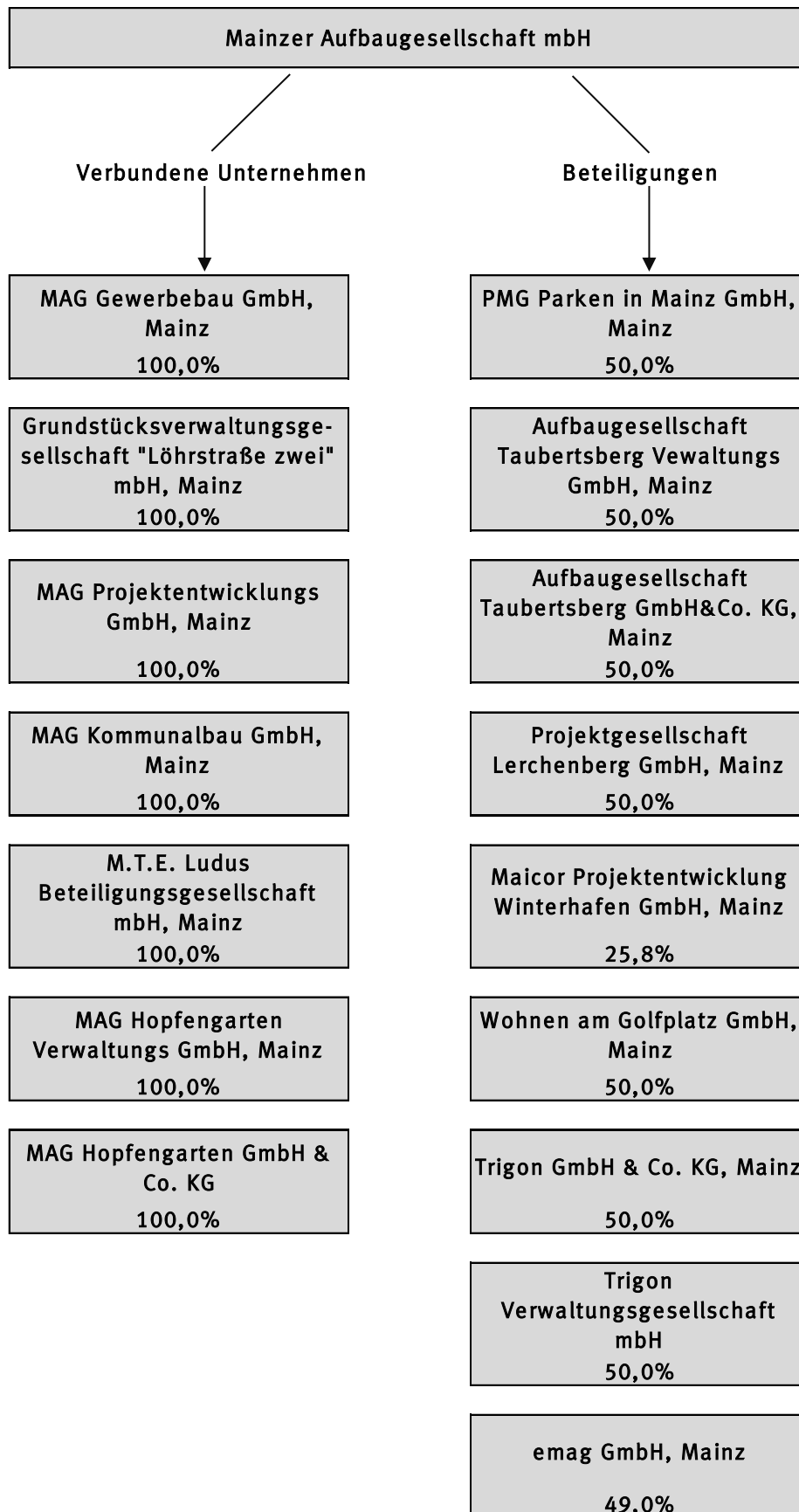
Stand: 15.10.2014



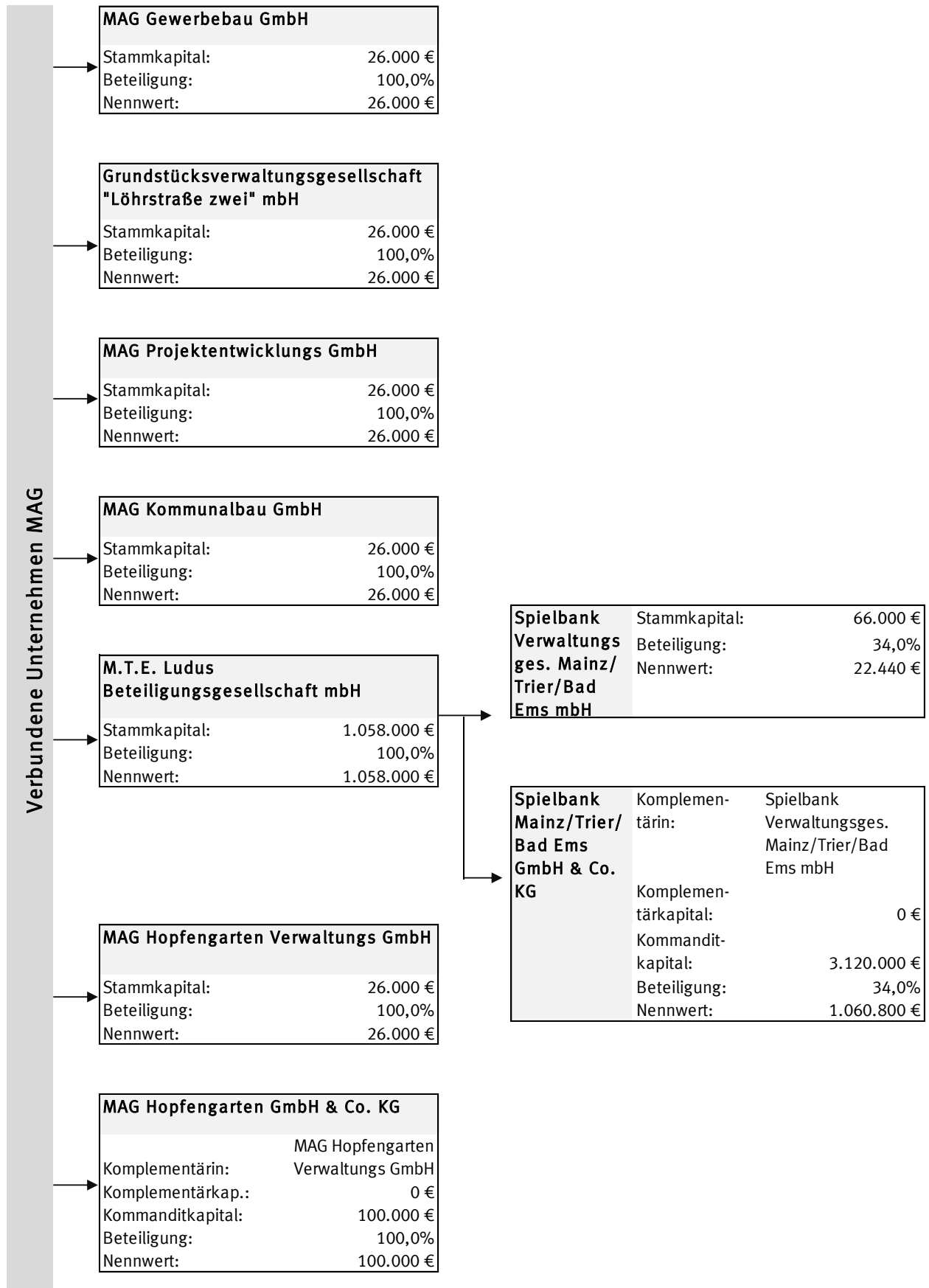
Stand: 15.10.2014



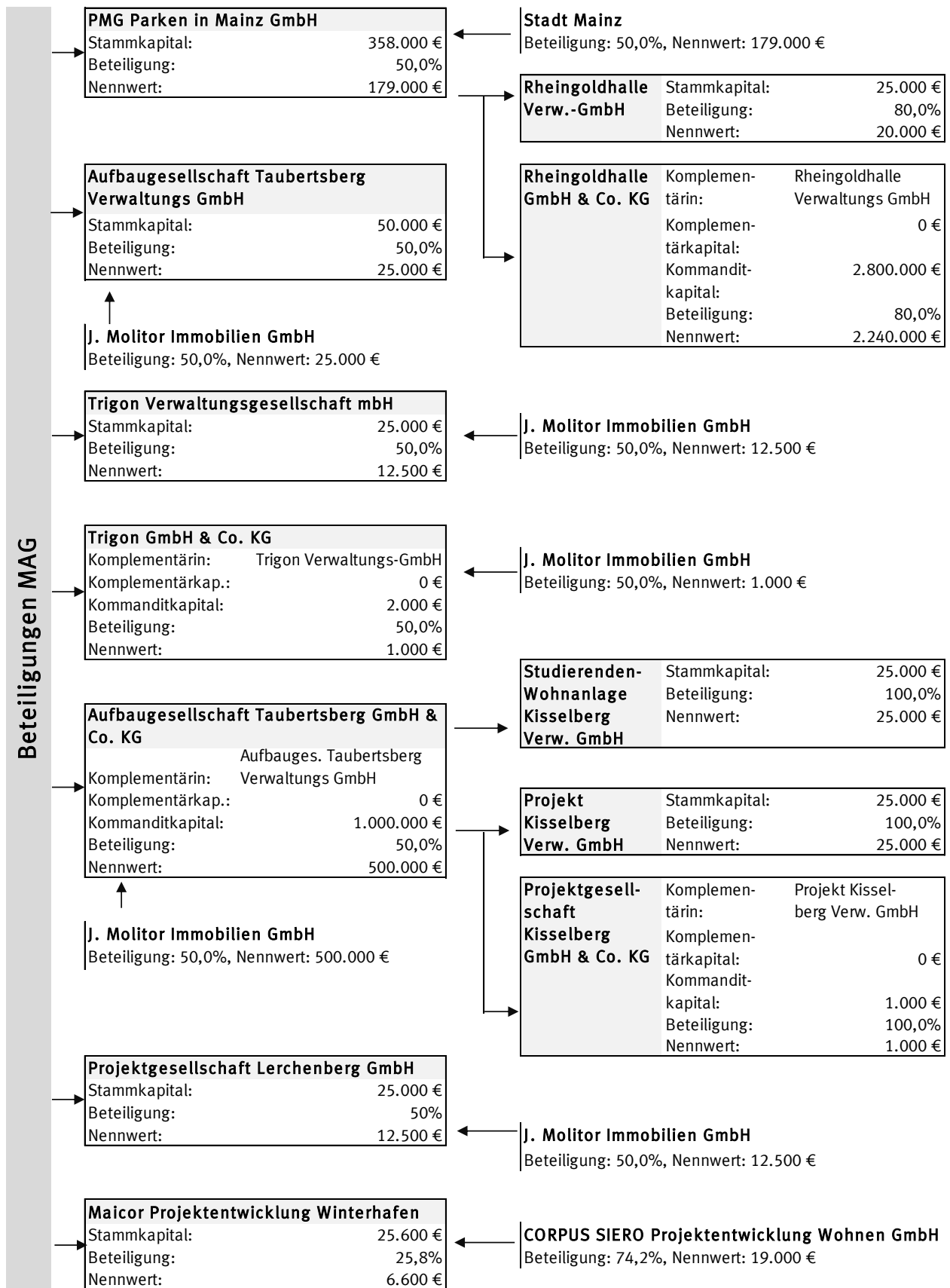
Stand: 15.10.2014

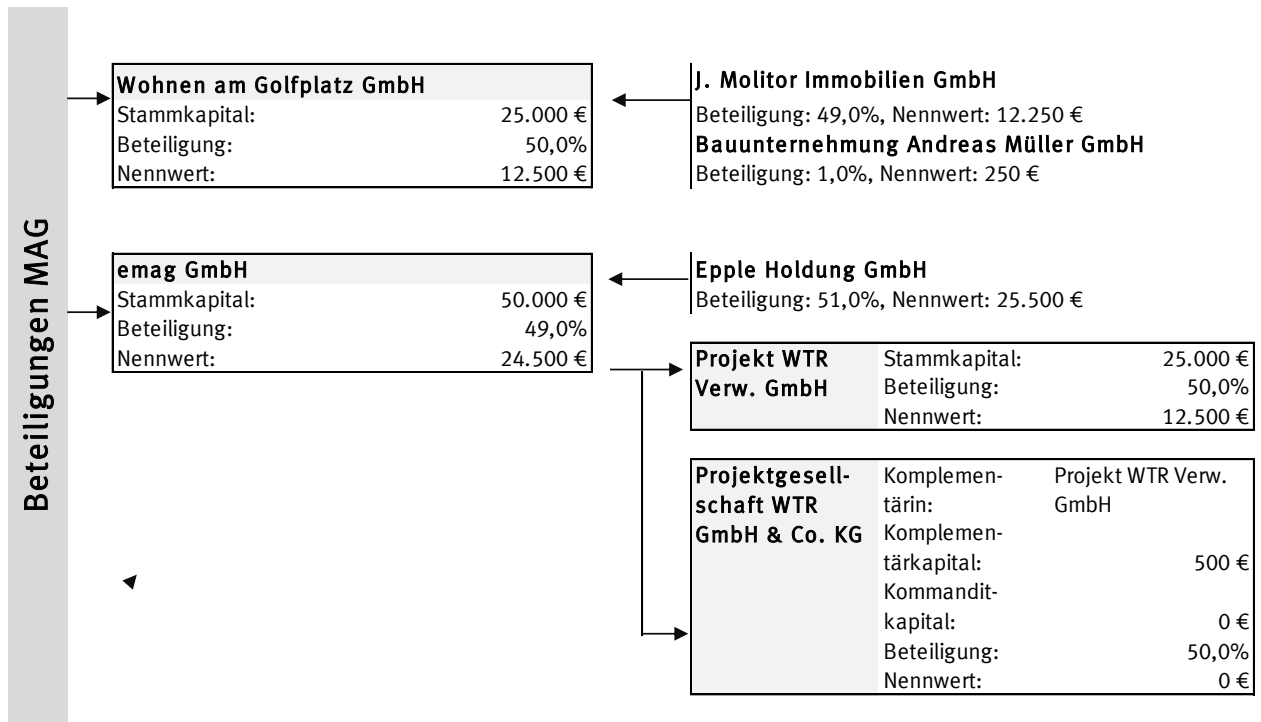


Stand: 15.10.2014

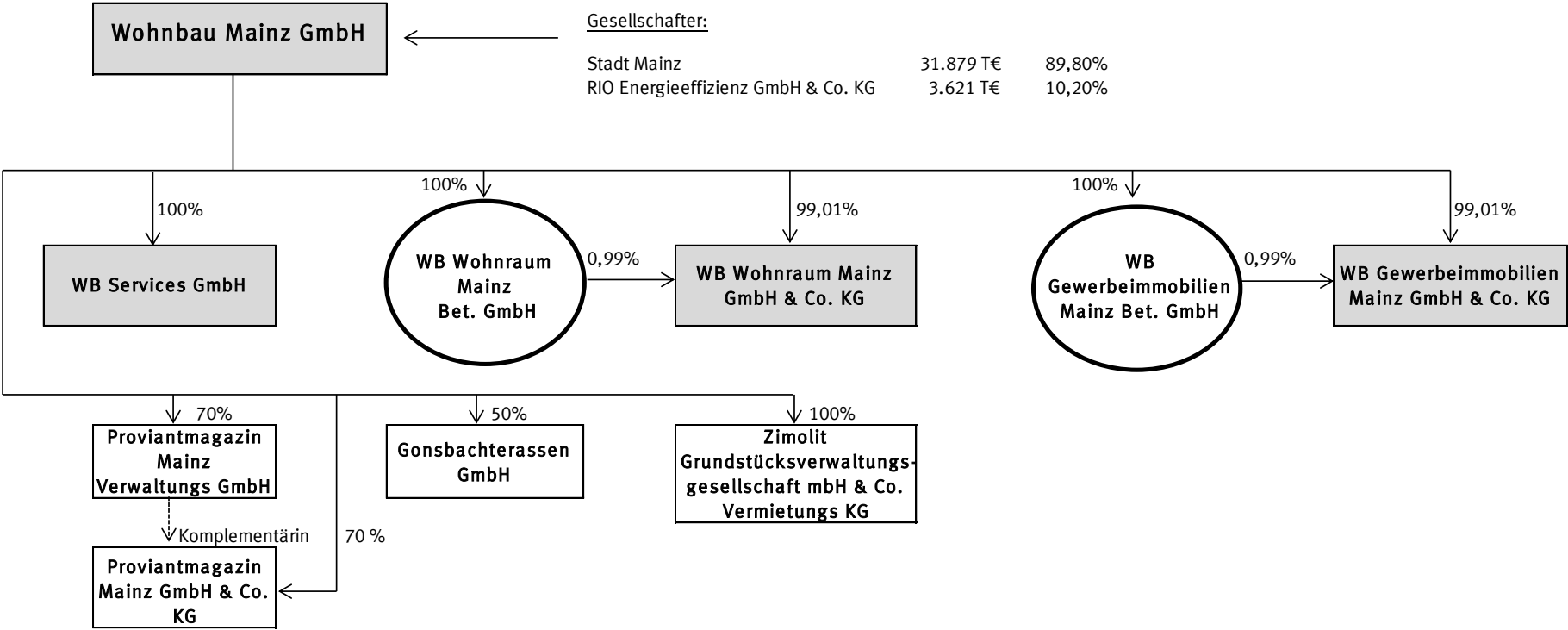


Stand: 15.10.2014





Stand: 15.10.2014



3. Einzeldarstellungen der Beteiligungen

3.1 Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH



Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH

Jockel-Fuchs-Platz 1
55028 Mainz

Tel.: 06131/12 2010
sekretariat@zbm.mainz.de
www.zbm.mainz.de

1. Gründung der Gesellschaft 15. September 2010
Datum der aktuellen Fassung des Gesellschaftsvertrages 15. September 2010

2. Wirtschaftsjahr Kalenderjahr
Stammkapital 25.000 €
Letzte Stammkapitalveränderung Keine

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital i.H.v. 25 T€ sind folgende Gesellschafter beteiligt:

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in T€
Stadt Mainz	100,0	25

4. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist der Erwerb, die Errichtung von, die Beteiligung an, die Veräußerung und die Verwaltung von Unternehmen und Beteiligungen deren Gesellschaftszweck die Erfüllung öffentlicher Aufgaben der Stadt Mainz ist. Hierzu gehören insbesondere:

- die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser, Wärme, Telekommunikation, Verkehrsleistungen, die Entsorgung,
- die Wohnungswirtschaft,
- die Stadt und Infrastrukturentwicklung,
- das Stadtmarketing und Tourismuswesen,
- die Wirtschaftsförderung,
- die Bildung und Weiterbildung und
- die sozialen Angelegenheiten.

Gegenstand der Gesellschaft ist außerdem die Erbringung von Dienstleistungen für die Stadt Mainz – soweit Fragen der wirtschaftlichen Steuerung der städtischen Beteiligungsgesellschaften betroffen sind – und für ihre Beteiligungen, insbesondere deren zentrale Steuerung und Koordination in betriebswirtschaftlicher, organisatorischer und finanzieller Hinsicht in Übereinstimmung mit den kommunalpolitischen Zielen und Aufgaben der Stadt Mainz und den geltenden rechtlichen Bestimmungen.

Die Regelungen in der Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz bezüglich der kommunalen Einflussnahme auf die Organe der Gesellschaft sind, soweit nicht zwingende gesetzliche Bestimmungen des Gesellschaftsrechts entgegenstehen, vorrangig zu beachten.

5. Besetzung der Organe

Die Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung.

Geschäftsführung

Herr Bürgermeister Günter Beck
Herr Hanns-Detlev Höhne
Herr Beigeordneter Christopher Sitte

Aufsichtsrat

OB Michael Ebling (Vorsitzender)	Stadt Mainz
StRM Dr. Peter Tress (CDU)	Stadt Mainz
StRM Hannsgeorg Schönig (CDU)	Stadt Mainz
Wolfgang Reichel, MdL (CDU)	Stadt Mainz
StRM Dr. Gerd Eckhardt (CDU)	Stadt Mainz
StRM Ursula Groden-Kranich, MdB (CDU)	Stadt Mainz
StRM Klaus Hafner (CDU)	Stadt Mainz
StRM Dr. Eckart Lensch (SPD)	Stadt Mainz
StRM Martina Kracht (SPD)	Stadt Mainz
StRM Dr. Christine Pohl (SPD)	Stadt Mainz
StRM Marc- Antonin Bleicher (SPD)	Stadt Mainz
Roman Becker (SPD)	Stadt Mainz
Jürgen Wirbelauer (SPD)	Stadt Mainz
Michael Kloos (Bündnis 90/Die Grünen)	Stadt Mainz
StRM Sylvia Köbler-Gross (Bündnis 90/Die Grünen)	Stadt Mainz
StRM Daniel Köbler, MdL (Bündnis 90/Die Grünen)	Stadt Mainz
StRM Ansgar Helm-Becker (Bündnis 90/Die Grünen)	Stadt Mainz
StRM Katharina Jahn (DIE LINKE)	Stadt Mainz
StRM Harald Strutz (FDP)	Stadt Mainz
StRM Prof. Dr. Felix Leinen (ÖDP)	Stadt Mainz
StRM Kurt Mehler (AfD/Freie Wähler)	Stadt Mainz

Gesellschafterversammlung

Herr Oberbürgermeister Michael Ebling vertritt die Interessen der Stadt Mainz in der Gesellschafterversammlung. Er kann gemäß § 88 Abs. 1 GemO Gemeindebedienstete mit seiner Vertretung beauftragen.

6. Beteiligungen an anderen Unternehmen

Gesellschaft	gesamt Stamm-/ Grundkapital in T€	Anteil der ZBM in %
Verbundene Unternehmen:		
Stadtwerke Mainz AG	100.000	89,1
mainzplus CITYMARKETING GmbH	26	100,0
Frankfurter Hof Verwaltungsgesellschaft mbH	1.960	94,9
Jobperspektive Mainz gGmbH (ehemals: SPAZ gGmbH)	60	100,0
Beteiligungen		
Mainzer Aufbaugesellschaft mbH	3.885	6,6

7. Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die unter der Überschrift „Gegenstand des Unternehmens“ aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck wirtschaftlicher Unternehmen einer Gemeinde und begründen ihr Engagement. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit der Stadt Mainz und ihrem voraussichtlichen Bedarf.

8. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz zum 31.12.2013	
Aktivseite	T€
A. Anlagevermögen	281.032
I. Finanzanlagen	281.032
B. Umlaufvermögen	5.466
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.942
II. Guthaben bei Kreditinstituten	3.524
Bilanzsumme	286.498
Passivseite	
A. Eigenkapital	286.174
I. Gezeichnetes Kapital	25
II. Kapitalrücklage	280.337
III. Gewinnrücklagen	1.207
IV. Bilanzgewinn	4.605
B. Rückstellungen	21
C. Verbindlichkeiten	303
Bilanzsumme	286.498

Gewinn- und Verlustrechnung 2013		T€
1.	Umsatzerlöse	47
2.	Sonstige betriebliche Erträge	2
3.	Personalaufwand	144
4.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	311
5.	Betriebsergebnis	-406
6.	Erträge aus Beteiligungen	7.115
7.	Abschreibungen auf Finanzanlagen	4.201
8.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3
9.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0
10.	Finanzergebnis	2.917
11.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.511
12.	Jahresüberschuss	2.511
13.	Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	5.801
14.	Einstellung in andere Gewinnrücklagen	1.207
15.	Ausschüttung	2.500
16.	Bilanzgewinn	4.605

Kapitalflussrechnung 2013		T€
Zahlungsmittelbestand am Anfang der Periode		1.626
	Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	8.599
	Cash Flow aus Investitionstätigkeit	-4.201
	Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	-2.500
Zahlungsmittelbestand am Ende der Periode		3.524

Finanzwirtschaftliche Kennzahlen 2013

I. Ertragslage		
1.	Eigenkapitalrentabilität	0,9%
2.	Gesamtkapitalrentabilität	0,9%
II. Vermögensaufbau		
1.	Anlagenintensität	98,1%
2.	Intensität des Umlaufvermögens	1,9%
III. Anlagenfinanzierung		
1.	Anlagendeckung I	101,8%
2.	Anlagendeckung II	101,9%
IV. Kapitalausstattung		
1.	Eigenkapitalquote	99,9%
2.	Fremdkapitalquote	1,1%
V. Liquidität		
	Liquiditätsgrad I	1088,0%

Unternehmensspezifische Kennzahlen 2013

Anzahl der Beteiligungen	5
--------------------------	---

9. Lage des Unternehmens

Am 15.09.2010 erfolgte die Gründung der Zentralen Beteiligungsgesellschaft Mainz mbH. Die Einbringung der städtischen Anteile der mainzplus CITYMARKETING GmbH zu 100 %, der Frankfurter Hof Verwaltungsgesellschaft mbH zu 94,9 % und der Stadtwerke Mainz zu 89,1 % erfolgten mit Wirkung zum 01.01.2011 durch Einlage in die Kapitalrücklage der ZBM. Im Geschäftsjahr 2012 erwarb die ZBM 100 % der Anteile an der SPAZ gGmbH sowie eine Beteiligung an der MAG in Höhe von 6,58 %. Der Ausgleich der Jahresfehlbeträge der Gesellschaften mainzplus, FFH und SPAZ erfolgt durch die ZBM (bei der FFH anteilig zu 94,9 %).

Die ZBM erzielte in 2013 Umsatzerlöse aus Dienstleistungen mit der SPAZ gGmbH, der mainzplus und der Mainzer Alten- und Wohnheime gGmbH in Höhe von 47 T€ (i. Vj. 10 T€).

Den Umsatzerlösen stehen im Wesentlichen Personalaufwendungen (144 T€, i.Vj. 113 T€) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen (311 T€, i.Vj. 336 T€) gegenüber. Die ZBM konnte im Geschäftsjahr 2013 freie Liquiditätsreserven anlegen und somit Zinserträge in Höhe von 3 T€ (9 T€) erwirtschaften.

Im Geschäftsjahr 2013 hat die ZBM wie im Vorjahr eine Dividende der SWM in Höhe von 7.115 T€ erhalten. Dem stehen Abschreibungen auf die Beteiligungen an der mainzplus in Höhe von 2.250 T€ (2.084 T€), der FFH in Höhe von 161 T€ (i.Vj. 143 T€) und der SPAZ in Höhe von 1.790 T€ (750 T€) gegenüber.

Insgesamt wird somit ein Jahresüberschuss von 2.511 T€ gegenüber 3.707 T€ im Vorjahr ausgewiesen, der die im Vorjahr abgegebene Prognose bestätigt.

Im Geschäftsjahr 2014 wird auf Grundlage des Stadtratsbeschlusses vom 13. Juni 2012 die Einbringung weiterer Beteiligungsgesellschaften der Stadt Mainz in die ZBM geprüft.

10. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde

Die Stadt Mainz hat zur Gründung der ZBM das Stammkapital i.H.v. 25.000 € eingezahlt.

Zahlungsverkehr zwischen der Stadt Mainz und der Zentralen Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH im Geschäftsjahr 2013

Es liegen keine Zahlungen von der Stadt Mainz an die ZBM vor. Außerdem bestehen keine Forderungen gegenüber der Stadt Mainz.

Zahlungen von der ZBM an die Stadt Mainz in 2013	T€
Ausschüttung Dividende (Netto)	2.104
Sonstige Kostenerstattungen	8
Gesamt	2.112

Es bestehen keine Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Mainz.

Von der Stadt Mainz übernommene Bürgschaften zum 31.12.2013

Keine

Von der Stadt Mainz gewährte Darlehen zum 31.12.2013

Keine

11. Aufwendungen für Gesellschaftsorgane

Die Bezüge der Geschäftsführung sind individualisiert nach der Aufgliederung des § 285 Nr. 9 a) und c) HGB anzugeben:

a) Geschäftsführung

Keine

b) Aufsichtsrat

Bezüge der Aufsichtsratsmitglieder in 2013	T€
Aufwandsentschädigung	10
Sitzungsgeld	8
Gesamt	18

12. Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO

Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

13. Personal

Die Gesellschaft hat folgende Mitarbeiter beschäftigt:

Beschäftigte	2012	2013
Geschäftsführer	3	3
Beamte	0	0
Beschäftigte	2	2
Auszubildende	0	0
Praktikanten/Aushilfen	0	0
Gesamt	5	5

14. Ausführung zu den Anforderungen im Sinne des § 90 GemO (notwendige öffentliche Bekanntmachungen)

1. Die Gesellschafterversammlung der ZBM hat am 09.07.2014 den Jahresabschluss der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2013, abschließend mit einer Bilanzsumme von 286.498 T€ und einem Jahresüberschuss von 2.511 T€, festgestellt.
2. Der Jahresabschluss zum 31.12.2013 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013 wurden von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers AG geprüft. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat dem Jahresabschluss einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

3. Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2013 wird wie folgt verwendet: vom Jahresüberschuss 2013 i.H.v. 2.511 T€ werden 2.500 T€ an die Gesellschafterin Stadt Mainz ausgeschüttet und der Restbetrag i.H.v. 11 T€ wird auf neue Rechnung vorgetragen.
4. Der Jahresabschluss zum 31.12.2013 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013 der ZBM werden gleichzeitig mit dieser Bekanntmachung, entsprechend der Ankündigung im Bekanntmachungsorgan der Stadt Mainz, öffentlich ausgelegt.

15. Public Corporate Governance Kodex

Der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung der ZBM haben den Bericht zum Public Corporate Governance Kodex für das Wirtschaftsjahr 2013 in der Aufsichtsratssitzung am 26.03.2014 zur Kenntnis genommen. Es ergaben sich folgende Abweichungen von den Empfehlungen:

Im Berichtszeitraum gab es keine Schulungs- und Informationsveranstaltungen für Aufsichtsratsmitglieder. Jedes Aufsichtsratsmitglied hatte die Möglichkeit, anlässlich der Aufsichtsratssitzungen fachliche Fragen an die Geschäftsführung zu richten. Ebenfalls besteht in jeder Sitzung die Möglichkeit über Verbesserungsmöglichkeiten zu diskutieren.

Die Beauftragung desselben Wirtschaftsprüfungsunternehmens, das den Jahresabschluss prüft, mit einem Beratungsgutachten erfolgte nach Abschluss eines unabhängigen, mehrstufigen Interessenbekundungsverfahrens. Der Aufsichtsrat hat der Abweichung zur Regelung B.3.9 des Mainzer Public Corporate Governance Kodex zugestimmt.

Die Gesellschaft hat keine interne Revision als Stabsstelle eingerichtet oder Revisionstätigkeiten als externe Dienstleistung beauftragt.

Die Vergütungssätze der Aufsichtsratsmitglieder wurden nicht im Anhang gesondert aufgeführt, da eine solche Aufteilung gem. § 286 Abs. 4 HGB nur für börsennotierte Gesellschaften verpflichtend ist. Im Berichtsjahr wurden keine Beratungs- und Vermittlungsleistungen an Aufsichtsratsmitglieder beauftragt.

Ein Ausweis der Geschäftsführervergütungen aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen wurde im Anhang nicht vorgenommen, da die Geschäftsführung unentgeltlich tätig ist.

3.1.1 Stadtwerke Mainz AG



Stadtwerke Mainz AG

Rheinallee 41
55118 Mainz

Tel.: 06131/12 78 78
Fax: 06131/12 78 77
info@stadtwerke-mainz.de
www.stadtwerke-mainz.de

1. Gründung der Gesellschaft 24. Juni 1971
Datum der aktuellen Fassung der Satzung 11. Juli 2014

2. Wirtschaftsjahr Kalenderjahr
Grundkapital 180.000.000 €
Letzte Grundkapitalveränderung Erhöhung in 2014 um 80.000.000 €

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Grundkapital i.H.v. 180.000 T€ (1.246 nennwertlose Namensaktien) sind folgende Aktionäre beteiligt:

Aktionäre	Anteil in %	Anteil in Aktien
Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH	89,1	1.110
Stadt Mainz	4,8	60
Stadtwerke Mainz AG	6,1	76

4. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, die Entsorgung, der öffentliche Nahverkehr, der Betrieb eines Hafens, der Betrieb der städtischen Fernmeldeanlagen, das Erbringen von Kommunikationsdienstleistungen jeglicher Art, die Entwicklung und gewerbsmäßige Vermarktung der eigenen Immobilien sowie der Betrieb der Straßenbeleuchtung.

Innerhalb dieser Grenzen ist die Gesellschaft zu allen Geschäften und Maßnahmen, so insbesondere auch zum Abschluss von Interessengemeinschaftsverträgen und Unternehmensverträgen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten. Der Gegenstand des Unternehmens ist als eine wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Abs. 1 GemO zu klassifizieren.

5. Besetzung der Organe

Organe der SWM sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Hauptversammlung.

Vorstand	
Herr Hanns-Detlev Höhne	Vorstandsvorsitzender Kaufmännisches Vorstandsmitglied
Herr Dr.-Ing. Tobias Brosze (ab 01.09.2014); Herr Dr.-Ing. Werner Sticksel (bis 31.08.2014)	Stellvertretender Vorstandsvorsitzender Technisches Vorstandsmitglied

Aufsichtsrat	
OB Michael Ebling (Vorsitzender)	Stadt Mainz
StRM Hannsgeorg Schönig (CDU)	Stadt Mainz
StRM Norbert Solbach (CDU)	Stadt Mainz
StRM Sabine Flegel (CDU)	Stadt Mainz
StRM Ursula Groden-Kranich, MdB (CDU)	Stadt Mainz
Oliver Sucher (SPD)	Stadt Mainz
StRM Dr. Lars Kützing (SPD)	Stadt Mainz
StRM Dr. Eckart Lensch (SPD)	Stadt Mainz
StRM Martin Kinzelbach (SPD)	Stadt Mainz
StRM Sylvia Köbler-Gross (Bündnis 90/Die Grünen)	Stadt Mainz
StRM Katharina Binz (Bündnis 90/Die Grünen)	Stadt Mainz
StRM Tabea Rößner, MdB (Bündnis 90/Die Grünen)	Stadt Mainz
StRM Jasper Proske (Die LINKE)	Stadt Mainz
StRM Walter Koppius (FDP)	Stadt Mainz
Christian Binnefeld	Arbeitnehmervertreter
Roman Becker	Arbeitnehmervertreter
Klaus-Dieter Müller	Arbeitnehmervertreter
Torsten Wolfinger	Arbeitnehmervertreter
Frank Vierheller	Arbeitnehmervertreter
Kornelia Müller	Arbeitnehmervertreter
Ernat Mujanovic	Arbeitnehmervertreter

Hauptversammlung

Herr Oberbürgermeister Michael Ebling vertritt die Interessen der Stadt Mainz in der Hauptversammlung. Er kann sich gemäß § 88 Abs. 1 S. 4 GemO durch eine/n Gemeindebedienstete/n vertreten lassen.

6. Beteiligungen an anderen Unternehmen

Gesellschaft	gesamt Stamm-/ Kommanditkapital in T€	Anteil in %
Stadtwerke Mainz Eigentums GmbH	2.000	100,0
Stadtwerke Mainz Netze GmbH	1.000	100,0
Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH	17.500	100,0
enaqua GmbH	1.000	100,0
Energiegesellschaft Rheinhessen GmbH	26	100,0
RIO Energie GmbH	25	100,0
Thermago GmbH	25	100,0
Mainz Solar GmbH	25	100,0
Überlandwerk Groß-Gerau GmbH	13.000	95,0
Heizkraftwerk Mainz GmbH	17.400	66,7
Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG	50.000	50,0
Mainzer Hafen GmbH	25	50,0

Frankenbach Container Terminals GmbH	25	25,2
Zollhafen Mainz GmbH & Co. KG	1.200	49,9
Count + Care Verwaltungs GmbH	25	25,1
Count + Care GmbH & Co. KG	400	25,1
Wasserversorgung Rheinhessen-Pfalz GmbH	23.500	3,2
RIO Energieeffizienz Verwaltungs GmbH	25	50,0
RIO Energieeffizienz GmbH & Co. KG	25	49,8
RIO Windkraft GmbH & Co. KG	3.000	50,0
Gonsbachterrassen GmbH	25	50,0
Rheinhessen Energie GmbH	50	12,5
Windpark Rheinhessen I GmbH & Co. KG	3.600	33,3
Biomasseanlage Essenheim GmbH	50	24,5
Windpark Erbes-Büdesheim GmbH & Co. KG	2,7	33,3
Windpark Wingertsberg GmbH & Co. KG	2,7	33,3
Windpark Heimersheim GmbH & Co. KG	2,7	33,3
Windpark Bornheim GmbH & Co. KG	2,7	33,3
Windpark Mockenberg GmbH & Co. KG	2,7	33,3

7. Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die unter der Überschrift „Gegenstand des Unternehmens“ aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck wirtschaftlicher Unternehmen einer Gemeinde und begründen ihr Engagement. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit der Stadt Mainz und ihrem voraussichtlichen Bedarf.

8. Grundzüge des Geschäftsverlaufes

Bilanz zum 31.12.2013	
Aktivseite	T€
A. Anlagevermögen	527.302
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	927
II. Sachanlagen	157.584
III. Finanzanlagen	368.791
B. Umlaufvermögen	126.060
I. Vorräte	21.951
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	65.768
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	38.341
C. Rechnungsabgrenzungsposten	211
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung	144
Bilanzsumme	653.717
Passivseite	
A. Eigenkapital	210.959
I. Gezeichnetes Kapital	100.000
abzüglich Nennbetrag eigene Anteile	4.880
II. Kapitalrücklage	3.204
III. Gewinnrücklage	105.135
IV. Bilanzgewinn	7.500
B. Sonderposten Mitarbeiterbeteiligung	3.080
C. Empfangene Ertragszuschüsse	9.039
D. Rückstellungen	23.677
E. Verbindlichkeiten	380.659
F. Rechnungsabgrenzungsposten	2
G. Passive latente Steuern	26.301
Bilanzsumme	653.717

Gewinn- und Verlustrechnung 2013		T€
1.	Umsatzerlöse	85.485
2.	Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen und fertigen Erzeugnissen	-3.597
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	9
4.	Sonstige betriebliche Erträge	13.058
5.	Gesamtleistung	94.955
6.	Materialaufwand	54.591
7.	Personalaufwand	4.635
8.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	8.474
9.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	18.120
10.	Betriebsergebnis	9.135
11.	Beteiligungsergebnis	14.256
12.	Zinsergebnis	-11.437
13.	Finanzergebnis	2.819
14.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	11.954
15.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	675
16.	Sonstige Steuern	979
17.	Jahresüberschuss	10.300
18.	Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	7.500
19.	Ausschüttung	7.500
20.	Einstellungen in andere Gewinnrücklagen	2.800
21.	Bilanzgewinn	7.500

Kapitalflussrechnung 2013		T€
Zahlungsmittelbestand am Anfang der Periode		-39.600
	Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	64.000
	Cash Flow aus Investitionstätigkeit	-13.000
	Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	-32.100
Zahlungsmittelbestand am Ende der Periode		-20.700

Finanzwirtschaftliche Kennzahlen 2013

I. Ertragslage		
1.	Eigenkapitalrentabilität	4,9%
2.	Gesamtkapitalrentabilität	1,6%
II. Vermögensaufbau		
1.	Anlagenintensität	80,7%
2.	Intensität des Umlaufvermögens	19,3%
III. Anlagenfinanzierung		
1.	Anlagendeckung I	40,0%
2.	Anlagendeckung II	103,2%
IV. Kapitalausstattung		
1.	Eigenkapitalquote	32,3%
2.	Fremdkapitalquote	67,7%
V. Liquidität		
	Liquiditätsgrad I	47,5%

9. Lage des Unternehmens

Die Stadtwerke Mainz AG hat im Geschäftsjahr 2013 einen Jahresüberschuss in Höhe von 10.300 T€ (Vorjahr: 14.978 T€) erzielt. Ursächlich für den Rückgang ist insbesondere das um 6.076 T€ gesunkene Betriebsergebnis sowie das um 2.670 T€ gesunkene Finanzergebnis. Bei den Umsatzerlösen ist ein Anstieg um 928 T€ auf 85.485 T€ zu verzeichnen. Dies ist im Wesentlichen auf die gestiegenen Erlöse aus der Immobiliensparte zurückzuführen. Diesem Anstieg stehen Rückgänge der Erlöse aus dem Stromhandel und der Wasserversorgung gegenüber. Das niedrigere Finanzergebnis betrifft im Wesentlichen den Verlust aus der Veräußerung der Anteile an den RIO Holzenergie-Gesellschaften, die Wertberichtigungen auf die Anteile an den Windpark-Gesellschaften sowie die Ausleihungen an die Juwi-Gruppe.

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 18.150 T€ auf 653.717 T€ vermindert. Auf der Aktivseite hat sich das Anlagevermögen trotz getätigter Investitionen von insgesamt 19.124 T€ um 10.308 T€ vermindert. Ebenfalls rückläufig entwickelte sich das Umlaufvermögen um 7.897 T€. Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital durch den Jahresüberschuss 2013 in Höhe von 10.300 T€ und die Ausschüttung aus dem Bilanzgewinn 2012 in Höhe von 7.500 T€ um insgesamt 2.800 T€ erhöht. Die Eigenkapitalquote erhöhte sich um 1,3% auf 32,3%. Demgegenüber steht eine Minderung des Fremdkapitals um 20.950 T€.

Die zukünftige Entwicklung des Unternehmens hängt wesentlich von den rechtlichen Rahmenbedingungen auf nationaler oder europäischer Ebene ab sowie von der Wettbewerbssituation im Energiegeschäft sowie von der Bedeutung, welche die Gesellschafterin Stadt Mainz einer regionalen, kommunalen und konventionellen Energieerzeugung beimisst. Für das Geschäftsjahr 2014 wird ein Jahresüberschuss in Höhe von ca. 22.300 T€ prognostiziert.

10. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinden

In den letzten drei Jahren kam es zu keinen Kapitalzuführungen bzw. -herabsetzungen durch die Aktionärin Stadt Mainz.

Zahlungsverkehr zwischen der Stadt Mainz und der SWM-Gruppe im Geschäftsjahr 2013

Zahlungen von der Stadt Mainz an die SWM-Gruppe in 2013	T€
Straßenbeleuchtung	4.160
Verkehrsdienstleistungen	2.970
Wasser	307
Telekommunikation	431
Sonstige Leistungen	499
Gesamt	8.367

Die Forderungen gegenüber der Stadt Mainz (inkl. ZBM) betragen 280.732 €.

Zahlungen von der SWM-Gruppe an die Stadt Mainz in 2013 ²	T€
Konzessionsabgaben (Strom, Gas, Wasser, Verkehr)	15.006
Risikoprämien (SWM und MVG)	447
Grundsteuern	461
Sonstige Gebühren (Entsorgung, Abwassergebühren, Genehmigungen, andere Verwaltungsdienstleistungen)	1.023
Gewerbesteuern	2.135

² Alle Angaben aus Sicht der SWM ohne Umsatzsteuer. Dividenden (Brutto 7.500 T€) hier abzüglich Kapitalertragssteuer und Soli.

Dividende (ZBM und Stadt Mainz)	5.563
Gesamt	24.635

Die Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Mainz betragen 451.112 €.

Von der Stadt Mainz übernommene Bürgschaften zum 31.12.2013

Bürgschaften	Urspr. Darlehen T€	31.12.2012 T€	31.12.2013 T€
von Stadt Mainz	265.456	159.002	146.005

Von der Stadt Mainz gewährte Darlehen zum 31.12.2013

Keine

11. Aufwendungen für Gesellschaftsorgane

Die Bezüge des Vorstands sind individualisiert nach der Aufgliederung des § 285 Nr. 9 a) und c) HGB anzugeben:

a) Vorstand

Keine Angabe

b) Aufsichtsrat

Bezüge der Aufsichtsratsmitglieder in 2013	T€
Gesamt	66

12. Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gemäß § 85 GemO gab es im Berichtsjahr keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

13. Personal

Die Gesellschaft hat folgende Mitarbeiter beschäftigt:

Beschäftigte	2012	2013
Vorstandsmitglieder	2	2
Beamte	0	0
Beschäftigte	47	51
Auszubildende	0	0
Praktikanten/Aushilfen	0	0
Gesamt	49	53

14. Ausführung zu den Anforderungen im Sinne des § 90 GemO (notwendige öffentliche Bekanntmachungen)

1. Der Jahresabschluss zum 31.12.2013 und der Lagebericht der Stadtwerke Mainz AG wurden von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers AG, Frankfurt geprüft. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PWC hat dem Jahresabschluss einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.
2. Die Hauptversammlung der SWM hat am 10. Juli 2014 beschlossen, den Bilanzgewinn 2013 von 7.500.000,00 € in Höhe von 7.115.250,00 € an die Aktionärin Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH und 384.750,00 € an die Aktionärin Stadt Mainz auszuschütten.
3. Gem. § 90 GemO wurde der jeweilige Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses zusammen mit dem Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie der Ergebnisverwendung öffentlich bekannt gemacht.

15. Public Corporate Governance Kodex

Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Mainz AG hat den Bericht des Vorstandes und des Aufsichtsratsvorsitzenden zum Public Corporate Governance Kodex für das Wirtschaftsjahr 2013 in der Aufsichtsratssitzung am 10.07.2014 zur Kenntnis genommen. Es ergaben sich folgende Abweichungen von den Empfehlungen:

Von Schulungs- und Informationsveranstaltungen der Aufsichtsratsmitglieder wurde abgesehen, da jedes Aufsichtsratsmitglied die Möglichkeit hat, anlässlich der Aufsichtsratssitzungen und der vorhergehenden Finanzausschuss-Sitzungen des Aufsichtsrates, fachliche Fragen an den Vorstand zu richten. Ebenfalls besteht in jeder Sitzung die Möglichkeit, über Verbesserungsmöglichkeiten zu diskutieren.

Der Aufsichtsrat wurde in die Entscheidungsprozesse über Maßnahmen und Rechtsgeschäfte von mehrheitlichen Tochter- und Beteiligungsgesellschaften eingebunden, die nach dem Gesellschaftsvertrag der jeweiligen Tochter- oder Beteiligungsgesellschaft einem Vorbehalt der Zustimmung der Gesellschafterversammlung unterliegen und nach der Satzung und der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat der Stadtwerke Mainz AG der Zustimmung des Aufsichtsrates bedürfen.

Die Vergütungssätze der Aufsichtsratsmitglieder und die an die Aufsichtsratsmitglieder gewährten Vergütungen für Beratungs- und Vermittlungsleistungen wurden nicht im Anhang gesondert aufgeführt. Soweit solche Vergütungen gewährt wurden, sind diese dem Jahresabschlussprüfer zwecks Überprüfung einer Vorteilsgewährung mitgeteilt worden.

Ein Ausweis der Vorstandsvergütung, aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen, wurde im Anhang nicht vorgenommen, da eine solche Aufteilung gem. § 286 Abs. 4 HGB nur für börsennotierte Gesellschaften verpflichtend ist.

Die Vergütung des Vorstands wurde durch den Wirtschaftsprüfer nicht überprüft und schriftlich bestätigt, da hierzu keine gesetzliche Verpflichtung besteht und der Aufsichtsrat eine solche Sonderprüfung nicht beauftragt hat.

3.1.2 Frankfurter Hof Verwaltungsgesellschaft mbH**Frankfurter Hof Verwaltungsgesellschaft mbH
Mainz**

Rheinstraße 66

55116 Mainz

Tel.: 06131/242-0

Fax: 06131/242-130

www.frankfurter-hof-mainz.de

- 1. Gründung der Gesellschaft** 26. Mai 1988
Datum der aktuellen Fassung des Gesellschaftsvertrages 15. September 2010

- 2. Wirtschaftsjahr** Kalenderjahr
Stammkapital 1.960.000 €
Letzte Stammkapitalveränderung In 2010 um 1.803,22 €
durch die Stadt Mainz

3. Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in T€
Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH	94,9	1.860
Stadt Mainz	5,1	100

4. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Besitz und die Vermietung der Immobilie Frankfurter Hof in Mainz mit seinen kulturellen, wohnungswirtschaftlichen und gewerblichen Nutzungen.

Die Regelungen in der Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz bezüglich der kommunalen Einflussnahme auf die Organe der Gesellschaft sind, soweit nicht zwingende gesetzliche Bestimmungen des Gesellschaftsrechts entgegenstehen, vorrangig zu beachten.

Der Gegenstand des Unternehmens ist als eine nicht-wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 85 Abs. 4 GemO zu klassifizieren.

5. Besetzung der Organe

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung.

Geschäftsführung

Herr August Moderer

Gesellschafterversammlung

Herr Oberbürgermeister Michael Ebling vertritt die Interessen der Stadt Mainz in der Gesellschafterversammlung. Er kann gemäß § 88 Abs. 1 GemO Gemeindebedienstete mit seiner Vertretung beauftragen.

6. Beteiligungen an anderen Unternehmen

Beteiligungsverhältnisse zu anderen Unternehmen bestehen nicht.

7. Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die unter der Überschrift „Gegenstand des Unternehmens“ aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck nicht-wirtschaftlicher Unternehmen einer Gemeinde und begründen ihr Engagement. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit der Stadt Mainz und ihrem voraussichtlichen Bedarf.

8. Grundzüge des Geschäftsverlaufes

Bilanz zum 31.12.2013	
Aktivseite	T€
A. Anlagevermögen	6.948
I. Sachanlagen	6.948
B. Umlaufvermögen	880
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	54
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	826
Bilanzsumme	7.828
Passivseite	
A. Eigenkapital	1.827
I. Gezeichnetes Kapital	1.960
II. Kapitalrücklage	26
III. Verlustvortrag	0
IV. Jahresfehlbetrag	-159
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	3.264
C. Rückstellungen	17
D. Verbindlichkeiten	2.719
E. Rechnungsabgrenzungsposten	1
Bilanzsumme	7.828

Gewinn- und Verlustrechnung 2013		T€
1.	Umsatzerlöse	439
2.	Sonstige betriebliche Erträge	130
3.	Materialaufwand	168
4.	Personalaufwand	4
5.	Abschreibungen auf Sachanlagen	247
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	226
7.	Betriebsergebnis	-76
8.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	21
9.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	94
10.	Zinsergebnis	-73
11.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-149
12.	Sonstige Steuern	10
13.	Jahresfehlbetrag	-159

Kapitalflussrechnung 2013		T€
Zahlungsmittelbestand am Anfang der Periode		877
	Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	-44
	Cash Flow aus Investitionstätigkeit	-22
	Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	15
Zahlungsmittelbestand am Ende der Periode		826

Finanzwirtschaftliche Kennzahlen 2013

I. Ertragslage		
1.	Eigenkapitalrentabilität	-8,7%
2.	Gesamtkapitalrentabilität	-2,0%
II. Vermögensaufbau		
1.	Anlagenintensität	88,8%
2.	Intensität des Umlaufvermögens	11,2%
III. Anlagenfinanzierung		
1.	Anlagendeckung I	26,3%
2.	Anlagendeckung II	45,4%
IV. Kapitalausstattung		
1.	Eigenkapitalquote	23,3%
2.	Fremdkapitalquote	76,7%
V. Liquidität		
	Liquiditätsgrad I	111,3%

Unternehmensspezifische Kennzahlen 2013

Anzahl kulturelle Veranstaltungen	142
Anzahl externe Veranstaltungen	8

9. Lage des Unternehmens

Im Jahr 2013 ist die Anzahl der kulturellen Veranstaltungen von 155 auf 142 und die der externen Veranstaltungen von 27 auf 8 zurückgegangen, was im Wesentlichen darauf zurückzuführen ist, dass die „Summer in the City“-Veranstaltungen an andere Lokalitäten verlegt wurden. Die Besucherzahlen beliefen sich

auf 45.864 (Vorjahr 44.317). Der Gesamtumsatz betrug 439 T€, davon entfielen auf Veranstaltungen im kulturellen Bereich 206 T€, auf externe Buchungen 47 T€. An Mieterlösen für Wohnungen und Geschäftsräume wurden 186 T€ erzielt.

Die Investitionen im Jahr 2013 betreffen mit 15 T€ das ehemalige SWR-Studio und mit 8 T€ Veranstaltungstechnik. Die Bilanzsumme zum 31.12.2013 beträgt 7.828 T€. Das Anlagevermögen von 6.948 T€ ist vollständig durch mittel- und langfristiges Kapital gedeckt. Das Eigenkapital beläuft sich auf 1.826 T€ und der Sonderposten für Investitionszuschüsse auf 3.264 T€. Das Fremdkapital von 2.719 T€ besteht überwiegend aus mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten, wobei die Bankschulden den größten Posten bilden.

Das Geschäftsjahr 2013 schließt mit einer Bilanzsumme in Höhe von 7.828 T€ und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 159 T€ ab. Die Geschäftsführung geht in ihrem Wirtschaftsplan 2014 von einem voraussichtlichen Jahresfehlbetrag in Höhe von 192 T€ aus. In der Mittelfristplanung für die Jahre 2015 bis 2018 werden weiterhin negative Jahresergebnisse erwartet.

10. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde

Zahlungsverkehr zwischen der Stadt Mainz und der Frankfurter Hof Verwaltungsgesellschaft mbH im Geschäftsjahr 2013

Zahlungen von der Stadt Mainz an die FFH in 2013	T€
Verlustausgleich Anteil Stadt Mainz (Zuführung zur Kapitalrücklage)	9

Die Forderungen an die Stadt Mainz betragen 3 T€.

Zahlungen von der FFH an die Stadt Mainz in 2013	T€
Abfallentsorgung	6
Straßenreinigung	2
Grundsteuer	10
Gesamt	18

Die Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Mainz betragen 617 T€.

Von der Stadt Mainz übernommene Bürgschaften zum 31.12.2013

Bürgschaften	Urspr. Darlehen T€	31.12.2012 T€	31.12.2013 T€
von Stadt Mainz	4.090	2.188	2.061

Von der Stadt Mainz gewährte Darlehen zum 31.12.2013

Keine

11. Aufwendungen für Gesellschaftsorgane

Die Bezüge der Geschäftsführung sind individualisiert nach der Aufgliederung des § 285 Nr. 9 a) und c) HGB anzugeben:

a) Geschäftsführung

Keine Angabe

12. Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO

Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

13. Personal

Gemäß Geschäftsbesorgungsvertrag vom 10. Juli 1997 (letzte Änderung: 01.01.2012) wurde der mainzplus CITYMARKETING GmbH die Betriebsführung, die Vermarktung sowie die Buchungsaktivitäten und die Betreuung der Veranstaltungen externer Kunden, die von der mainzplus CITYMARKETING GmbH gebucht werden, übertragen.

Die Gesellschaft hat folgende Mitarbeiter beschäftigt:

Beschäftigte	2012	2013
Geschäftsführer	1	1
Beamte	0	0
Beschäftigte	0	0
Auszubildende	0	0
Praktikanten/Aushilfen	1	1
Gesamt	2	2

14. Ausführung zu den Anforderungen im Sinne des § 90 GemO (notwendige öffentliche Bekanntmachungen)

1. Die Gesellschafterversammlung der FFH hat am 09.07.2014 den Jahresabschluss der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2013, abschließend mit einer Bilanzsumme von 7.828.178,12 € und einem Jahresfehlbetrag von 159.054,39 €, festgestellt.
2. Der Jahresabschluss zum 31.12.2013 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013 wurden von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers AG Frankfurt, geprüft. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat dem Jahresabschluss einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.
3. Der Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres 2013 wird wie folgt verwendet: der Jahresfehlbetrag für das Jahr 2013 i.H.v. 159.054,39 € wird durch Entnahmen aus der Kapitalrücklage, nach deren vorherigen Dotierung, ausgeglichen.
4. Der Jahresabschluss zum 31.12.2013 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013 der FFH werden gleichzeitig mit dieser Bekanntmachung, entsprechend der Ankündigung im Bekanntmachungsorgan der Stadt Mainz, öffentlich ausgelegt.

15. Public Corporate Governance Kodex

Die Gesellschaft verfügt über keinen Aufsichtsrat, daher sind die Empfehlungen unter A.2 des Mainzer Public Corporate Governance Kodex (PPCGK) nicht anwendbar. Die Geschäftsführung hat über den Bericht zum Mainzer Public Corporate Governance Kodex für das Wirtschaftsjahr 2013 Bericht erstattet. Es ergaben sich folgende Abweichungen von den Empfehlungen:

Ein Managementletter wurde vom Wirtschaftsprüfer nicht erstellt.

Die Gesellschaft hat keine interne Revision als Stabsstelle eingerichtet oder Revisionstätigkeiten als externe Dienstleistung beauftragt. Eine jährliche Überprüfung findet durch den Wirtschaftsprüfer statt. Sollten Verdachtsfälle vorliegen die eine interne Revision erforderlich machen, wird dies beauftragt.

Ein Ausweis der Geschäftsführervergütungen aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen wurde im Anhang nicht vorgenommen, da eine solche Aufteilung gem. § 286 Abs. 4 HGB nur für börsennotierte Gesellschaften verpflichtend ist.

Die Vergütung der Geschäftsführung wurde durch den Wirtschaftsprüfer nicht separat überprüft.

3.1.3 mainzplus CITYMARKETING GmbH



mainzplus CITYMARKETING GmbH

Rheinstraße 66
55116 Mainz

Tel.: 06131/242-0
Fax: 06131/242-100
www.mainzplus.com

1. Gründung der Gesellschaft 16. September 1992
Datum der aktuellen Fassung des Gesellschaftsvertrages 18. April 2013

2. Wirtschaftsjahr Kalenderjahr
Stammkapital 26.000 €
Letzte Stammkapitalveränderung Keine

3. Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in T€
Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH	100,0	26

4. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist die Betreibung und Vermarktung von Kongresseinrichtungen der Stadt Mainz (insbesondere der Rheingoldhalle und des Kurfürstlichen Schlosses), die Organisation und Durchführung von Bühnenprogrammen (insbesondere im Frankfurter Hof oder anderen geeigneten Einrichtungen), die Organisation und Vermarktung von Großveranstaltungen (insbesondere sportlicher Natur) sowie des Tourismus bezogen auf das Stadtgebiet Mainz nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Hierzu gehört auch die Entwicklung von Marketingkonzepten.

Weiterer Gegenstand ist die Gewährleistung des Betriebes der Bürgerhäuser (Mainz-Finthen, Mainz-Hechtsheim, Mainz-Lerchenberg) im Rahmen eines zwischen der Stadt Mainz und der Gesellschaft abgeschlossenen Betriebsführungsvertrages sowie die Wahrnehmung der bürgerhausähnlichen Funktionen im Rahmen der Sonderregelung für Mainzer Vereine.

Die Gesellschaft ist berechtigt, sich an anderen Unternehmen gleicher oder verwandter Art des Inlandes zu beteiligen sowie solche Unternehmen zu gründen oder zu erwerben.

Die Regelungen in der Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz bezüglich der kommunalen Einflussnahme auf die Organe der Gesellschaft sind, soweit nicht zwingende gesetzliche Bestimmungen des Gesellschaftsrechts entgegenstehen, vorrangig zu beachten.

Der Gegenstand des Unternehmens ist als eine nicht-wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 85 Abs. 4 GemO zu klassifizieren.

5. Besetzung der Organe

Die Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung.

Geschäftsführung	
Herr August Moderer	
Aufsichtsrat	
Bgo. Christopher Sitte (Vorsitzender)	Stadt Mainz
StRM Klaus Hafner (CDU)	Stadt Mainz
StRM Sabine Flegel (CDU)	Stadt Mainz
StRM Karin Trautwein (CDU)	Stadt Mainz
StRM Martina Kracht (SPD)	Stadt Mainz
StRM Henning Franz (SPD)	Stadt Mainz
StRM Sylvia Köbler-Gross (Bündnis90/Die Grünen)	Stadt Mainz
StRM Katharina Binz (Bündnis 90/Die Grünen)	Stadt Mainz
StRM Xander Dorn (DIE LINKE)	Stadt Mainz

Gesellschafterversammlung

Die alleinige Gesellschafterin der mainzplus CITYMARKETING GmbH die Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH wird in der Gesellschafterversammlung durch ihre Geschäftsführer vertreten.

6. Beteiligungen an anderen Unternehmen

Gesellschaft	gesamt Stamm-/ Grundkapital in T€	Anteil in %
Rheinhessen-Touristik GmbH	46	2,6

7. Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die unter der Überschrift „Gegenstand des Unternehmens“ aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck nicht-wirtschaftlicher Unternehmen einer Gemeinde und begründen ihr Engagement. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit der Stadt Mainz und ihrem voraussichtlichen Bedarf.

8. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz zum 31.12.2013		T€
Aktivseite		
A. Anlagevermögen		622
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		27
II. Sachanlagen		594
III. Finanzanlagen		1
B. Umlaufvermögen		2.876
I. Vorräte		42
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		956
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		1.878
C. Rechnungsabgrenzungsposten		27
Bilanzsumme		3.525
Passivseite		
A. Eigenkapital		1.397
I. Gezeichnetes Kapital		26
II. Kapitalrücklage		3.667
III. Jahresfehlbetrag		-2.296
B. Empfangene Ertragszuschüsse		74
C. Rückstellungen		401
D. Verbindlichkeiten		1.652
E. Rechnungsabgrenzungsposten		1
Bilanzsumme		3.525

Gewinn- und Verlustrechnung 2013		T€
1.	Umsatzerlöse	9.842
2.	Sonstige betriebliche Erträge	1.060
3.	Materialaufwand	8.374
4.	Personalaufwand	3.122
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	170
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.409
7.	Betriebsergebnis	-2.173
8.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4
9.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4
10.	Zinsergebnis	0
11.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2.173
12.	Sonstige Steuern	123
13.	Jahresfehlbetrag	-2.296

Kapitalflussrechnung 2013		T€
Zahlungsmittelbestand am Anfang der Periode		1.552
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit		-1.849
Cash Flow aus Investitionstätigkeit		-80
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit		2.255
Zahlungsmittelbestand am Ende der Periode		1.878

Finanzwirtschaftliche Kennzahlen 2013

I. Ertragslage		
1.	Eigenkapitalrentabilität	-164,3%
2.	Gesamtkapitalrentabilität	-65,1%
II. Vermögensaufbau		
1.	Anlagenintensität	17,7%
2.	Intensität des Umlaufvermögens	81,6%
III. Anlagenfinanzierung		
1.	Anlagendeckung I	224,2%
2.	Anlagendeckung II	253,1%
IV. Kapitalausstattung		
1.	Eigenkapitalquote	39,6%
2.	Fremdkapitalquote	60,4%
V. Liquidität		
	Liquiditätsgrad I	113,7%

Unternehmensspezifische Kennzahlen 2013

Anzahl der Veranstaltungen		
	Rheingoldhalle	123
	Kurfürstliches Schloss	153
	Bürgerhaus Finthen	222
	Bürgerhaus Hechtsheim	351
	Bürgerhaus Lerchenberg	307

9. Lage des Unternehmens

Zum 1. Januar 2013 wurden die Aufgaben und das Personal der Touristik Centrale Mainz (Verkehrsverein Mainz e.V.) mit den Bereichen Tourist Service Center, Stadtführungen, Weinmarkt und Zimmervermittlung in die mainzplus übertragen. Hieraus werden Synergien bei der Vermarktung von Kongress- und Tourismusangeboten erwartet. Der Geschäftsbereich Kultur ist bereits seit dem 01.01.2012 Bestandteil der mainzplus. Die Gesellschaft besteht damit aus den drei Bereichen: Congress, Kultur und Tourismus.

Das Geschäftsjahr 2013 schließt mit einer Bilanzsumme i.H.v. 3.525 T€ und einem Jahresfehlbetrag i.H.v. 2.296 T€ (Vorjahr: -1.516 T€) ab. Das Anlagevermögen beläuft sich auf 623 T€ und ist vollständig durch das Eigenkapital gedeckt. Das Umlaufvermögen, das im Wesentlichen aus Liefer- und Leistungsforderungen, sonstigen Vermögensgegenständen sowie flüssigen Mitteln besteht, beläuft sich auf insgesamt 2.876 T€. Das Eigenkapital beträgt am 31.12.2013 1.397 T€ bei einer Eigenkapitalquote von 39,6%. Das Fremdkapital umfasst am Bilanzstichtag 2013 insgesamt 2.053 T€, wobei der Großteil (1.948 T€) auf Verbindlichkeiten mit kurzfristigen Laufzeiten entfällt. Es konnte ein Gesamtumsatz von 9.842 T€ verzeichnet werden. Dieser liegt bedingt durch die neuen Bereiche „Kultur“ und „Tourismus“ um 1.806 T€ über dem Wert des Vorjahres. Der Bereich „Congress“ hat insgesamt im Geschäftsjahr einen Umsatz von 4.946 T€ erreicht. Die Umsatzerlöse im Bereich „Kultur“ beliefen sich auf 4.186 T€ und im Bereich „Tourismus“ auf 711 T€.

Das künftige Chancen- und Risikospektrum der Gesellschaft ist durch die zukünftig anstehenden Renovierungsarbeiten im Kurfürstlichen Schloss und im Bereich der alten Rheingoldhalle bestimmt. Das prognostizierte Jahresergebnis für das Jahr 2014 beträgt -2.033 T€. Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2015 weist einen voraussichtlichen Jahresfehlbetrag von 1.998 T€ aus. Die Verbesserung des Ergebnisses soll durch

Personaleinsparung eines Mitarbeiters und Umsatzsteigerungen in den Bereichen Congress und Tourismus erfolgen.

10. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde

Zahlungsverkehr zwischen der Stadt Mainz und der mainzplus CITYMARKETING GmbH im Geschäftsjahr 2013

Zahlungen von der Stadt Mainz an die mainzplus in 2013		T€
Aufwandsersatz Bürgerhäuser		652
Betriebsführungsvergütung Bürgerhäuser		21
Instandhaltung Gebäude		22
Erstattungen im Rahmen der Mainzer Vereinsregelung		3
Gesamt		698

Die Forderungen an die Stadt Mainz betragen 21 T€.

Zahlungen von der mainzplus an die Stadt Mainz in 2013		T€
Abfallentsorgung		35
Verwaltungskostenbeitrag		19
Abgeführte Nutzungsentgelte		268
Pacht		152
Schmutzwassergebühren		8
Straßenreinigung		13
Wiederkehrender Beitrag Oberflächenentwässerung		16
EDV Kosten		120
Grundsteuer		102
Gesamt		733

Die Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Mainz betragen 13 T€.

Von der Stadt Mainz übernommene Bürgschaften zum 31.12.2013

Keine

Von der Stadt Mainz gewährte Darlehen zum 31.12.2013

Keine

11. Aufwendungen für Gesellschaftsorgane

Die Bezüge der Geschäftsführung sind individualisiert nach der Aufgliederung des § 285 Nr. 9 a) und c) HGB anzugeben:

a) Geschäftsführung

Keine Angabe

b) Aufsichtsrat

Bezüge der Aufsichtsratsmitglieder in 2013	T€
Sitzungsgeld	2

12. Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO

Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

13. Personal

Die Gesellschaft hat folgende Mitarbeiter beschäftigt:

Beschäftigte	2012	2013
Geschäftsführer	1	1
Beamte	0	0
Beschäftigte	46	57
Auszubildende	9	12
Praktikanten/Aushilfen	0	0
Gesamt	56	70

Im Geschäftsjahr 2013 waren von der Gesamtzahl der Beschäftigten 7 städtische Mitarbeiter bei der mainzplus CITYMARKETING GmbH beschäftigt.

14. Ausführung zu den Anforderungen im Sinne des § 90 GemO (notwendige öffentliche Bekanntmachungen)

1. Die Gesellschafterversammlung der mainzplus CITYMARKETING GmbH hat am 09.07.2014 den Jahresabschluss der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2013, abschließend mit einer Bilanzsumme von 3.525.294,21 € und einen Jahresfehlbetrag von 2.295.977,77 €, festgestellt.
2. Der Jahresabschluss zum 31.12.2013 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013 wurden von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers AG geprüft. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat dem Jahresabschluss einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.
3. Der Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres 2013 wird wie folgt verwendet: der Jahresfehlbetrag 2013 der mainzplus CITYMARKETING GmbH i.H.v. 2.295.977,77 € wird durch Entnahmen aus der Kapitalrücklage ausgeglichen.
4. Der Jahresabschluss zum 31.12.2013 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013 der mainzplus CITYMARKETING GmbH werden gleichzeitig mit dieser Bekanntmachung, entsprechend der Ankündigung im Bekanntmachungsorgan der Stadt Mainz, öffentlich ausgelegt.

15. Public Corporate Governance Kodex

Der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung haben den Bericht zum Mainzer Public Corporate Governance Kodex (MPCGK) für das Wirtschaftsjahr 2013 in der Aufsichtsratssitzung am 04.07.2014 zur Kenntnis genommen. Es ergaben sich folgende Abweichungen von den Empfehlungen:

Ein Managementletter wurde vom Wirtschaftsprüfer nicht erstellt.

Die Gesellschaft hat keine interne Revision als Stabsstelle eingerichtet oder Revisionstätigkeiten als externe Dienstleistung beauftragt. Eine jährliche Überprüfung findet durch den Wirtschaftsprüfer statt. Sollten Verdachtsfälle vorliegen die eine interne Revision erforderlich machen, wird dies beauftragt.

Ein Ausweis der Geschäftsführervergütungen aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen wurde im Anhang nicht vorgenommen, da eine solche Aufteilung gem. § 286 Abs. 4 HGB nur für börsennotierte Gesellschaften verpflichtend ist.

Die Vergütung der Geschäftsführung wurde durch den Wirtschaftsprüfer nicht separat überprüft.

3.1.4 Jobperspektive Mainz gGmbH

(ehemals: SPAZ Mainzer Gesellschaft für berufsbezogene Bildung und Beschäftigung gGmbH)

Jobperspektive Mainz gGmbH

Robert-Koch-Straße 8
55129 Mainz

Tel.: 06131/2776610
06131/2776611
Fax: 06131/2776612

1. Gründung der Gesellschaft 26. Mai 1988
Datum der aktuellen Fassung des Gesellschaftsvertrages 04. Juli 2014

2. Wirtschaftsjahr Kalenderjahr
Stammkapital 60.000 €
Letzte Stammkapitalveränderung Keine

3. Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in T€
Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH	100,0	60

4. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist die Durchführung von Beratungs-, Bildungs- und Beschäftigungsangeboten für Menschen in sozialen Notlagen, insbesondere für Arbeitslose, denen aus den unterschiedlichsten Gründen der Zugang zum Arbeitsmarkt erschwert ist bzw. die nicht oder nicht ausreichend in das Sozialversicherungssystem integriert sind.

Die Angebote umfassen schwerpunktmäßig die Bereiche sozialpädagogische Beratung und Betreuung, Allgemeinbildung und Berufsvorbereitung, Ausbildung, ausbildungsbegleitende Hilfen, Fort- und Weiterbildung sowie die Sozial- und Schuldnerberatung.

Der Gegenstand des Unternehmens ist als eine nicht-wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 85 Abs. 4 GemO zu klassifizieren. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig.

5. Besetzung der Organe

Die Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung.

Geschäftsführung

Herr Felix Wälder

Aufsichtsrat

Aufgrund der geringen Geschäftstätigkeit der Jobperspektive wird der Gesellschaftsvertrag derzeit überarbeitet und soll zukünftig keinen Aufsichtsrat mehr vorsehen. Auf die Neubesetzung des Aufsichtsrats wurde daher verzichtet.

Gesellschafterversammlung

Die alleinige Gesellschafterin der Jobperspektive Mainz gGmbH die Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH wird in der Gesellschafterversammlung durch ihre Geschäftsführer vertreten.

6. Beteiligungen an anderen Unternehmen

Gesellschaft	gesamt Stamm-/ Grundkapital in T€	Anteil in %
Arbeitsmarktagentur Mainz GbR	0	33,3

7. Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die unter der Überschrift „Gegenstand des Unternehmens“ aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck nicht-wirtschaftlicher Unternehmen einer Gemeinde und begründen ihr Engagement. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit der Stadt Mainz und ihrem voraussichtlichen Bedarf.

8. Grundzüge des Geschäftsverlaufes

Bilanz zum 31.12.2013		T€
Aktivseite		
A. Anlagevermögen		8
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		0
II. Sachanlagen		8
B. Umlaufvermögen		346
I. Vorräte		0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		278
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		68
C. Rechnungsabgrenzungsposten		0
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		241
Bilanzsumme		595
Passivseite		
A. Eigenkapital		0
I. Gezeichnetes Kapital		60
II. Kapitalrücklage		3.000
III. Verlustvortrag		-1.234
IV. Jahresfehlbetrag		-2.067
V. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		241
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen		0
C. Rückstellungen		542
D. Verbindlichkeiten		53
Bilanzsumme		595

Gewinn- und Verlustrechnung 2013		T€
1.	Umsatzerlöse	1.666
2.	Sonstige betriebliche Erträge	1.027
3.	Materialaufwand	85
4.	Personalaufwand	2.943
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	52
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.594
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	86
9.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2.067
10.	Sonstige Steuern	1
11.	Jahresfehlbetrag	-2.068

Kapitalflussrechnung 2013		T€
Zahlungsmittelbestand am Anfang der Periode		38
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit		-1.443
Cash Flow aus Investitionstätigkeit		-25
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit		1.498
Zahlungsmittelbestand am Ende der Periode		68

Finanzwirtschaftliche Kennzahlen 2013

I. Ertragslage		
1.	Eigenkapitalrentabilität	./.
2.	Gesamtkapitalrentabilität	-347,3%
II. Vermögensaufbau		
1.	Anlagenintensität	1,4%
2.	Intensität des Umlaufvermögens	58,0%
III. Anlagenfinanzierung		
1.	Anlagendeckung I	0,0%
2.	Anlagendeckung II	0,0%
IV. Kapitalausstattung		
1.	Eigenkapitalquote	0,0%
2.	Fremdkapitalquote	100,0%
V. Liquidität		
	Liquiditätsgrad I	126,7%

9. Lage des Unternehmens

Die Gesellschaft weist einen Jahresfehlbetrag i.H.v. 2.068 T€ aus. Die Umsatzerlöse sind vor allem aufgrund von Kürzungen im Bereich der Zuschüsse, der Bereichsschließungen sowie der Aufgabe von Projekten gesunken. Der Wegfall weiterer Projekte führte zu einer weiteren Verschlechterung der Kostenstruktur. Die ZBM hat in Ihrer Gesellschafterversammlung beschlossen, die Bereiche Gastronomie und die Zweckbetriebe in Mainz-Mombach zu schließen.

Nach den Konsolidierungsmaßnahmen hat sich gezeigt, dass die vorhandene Kostenstruktur den Fortbestand der Gesellschaft nicht garantiert. Es konnten keine neuen wirtschaftlichen Projekte oder Dienstleistungen akquiriert werden, die zur Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung hätten beitragen können.

Aufgrund der sich zunehmend verschlechternden Lage hat die Gesellschafterin ZBM beschlossen, sämtliche Geschäftszweige der Gesellschaft mit Ausnahme des Geschäftszweiges „Technische Dienste“ zum 31.12.2013 aufzugeben. Aufgrund der Umstrukturierung der SPAZ wurde die Gesellschaft in „Jobperspektive Mainz gGmbH“ umfirmiert.

10. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der GemeindeZahlungsverkehr zwischen der Stadt Mainz und der Jobperspektive Mainz gGmbH im Geschäftsjahr 2013

Zahlungen von der Stadt Mainz an die Jobperspektive in 2013	T€
Entgelte für Leistungen der Gesellschaft	56
Zuschuss Schuldnerberatung	58
Sonstige Zuschüsse (MiA, Café Conn@ction, PWE)	27
Institutioneller Zuschuss	0
Zuschuss Arbeitnehmerüberlassung Job Perspektive	21
Gesamt	162

Die Forderungen an die Stadt Mainz betragen 95 T€ und stammen aus Lieferungen und Leistungen.

Zahlungen von der Jobperspektive an die Stadt Mainz in 2013	T€
Gebühren (Entsorgung u.a.)	2
Mieten	48
Rückerstattung von Zuschüssen aus Vorjahren	5
Gesamt	55

Die Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Mainz betragen zum Bilanzstichtag 18 T€.

Von der Stadt Mainz übernommene Bürgschaften zum 31.12.2013

Keine

Von der Stadt Mainz gewährte Darlehen zum 31.12.2013

Keine

11. Aufwendungen für Gesellschaftsorgane

Die Bezüge der Geschäftsführung sind individualisiert nach der Aufgliederung des § 285 Nr. 9 a) und c) HGB anzugeben:

a) Geschäftsführung

Keine Angabe

b) Aufsichtsrat

Die Aufsichtsratsmitglieder übten ihre Funktion ehrenamtlich aus. Sie erhielten keinerlei Sitzungsgelder oder Aufwandsentschädigungen.

12. Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO

Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

13. Personal

Die Gesellschaft hat folgende Mitarbeiter beschäftigt:

Beschäftigte	2012	2013
Geschäftsführer	1	1
Beamte	0	0
Beschäftigte	83	54
Auszubildende	0	0
Praktikanten/Aushilfen	0	0
Gesamt	84	55

14. Ausführung zu den Anforderungen im Sinne des § 90 GemO (notwendige öffentliche Bekanntmachungen)

1. Die Gesellschafterversammlung der Jobperspektive Mainz gGmbH hat in der Sitzung vom 09.07.2014 den Jahresabschluss der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2013 abschließend mit einer Bilanzsumme von 595.271,39 € festgestellt.
2. Der Jahresabschluss 2013 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013 wurden von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Dornbach Revision GmbH, Mainz geprüft. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat dem Jahresabschluss einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.
3. Der Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres 2013 wird wie folgt verwendet: der Betrag in Höhe von 2.067.575,64 € sowie der Betrag i.H.v. 785.919,41 € sind aus der Kapitalrücklage zu entnehmen und zum Ausgleich des Jahresfehlbetrages sowie des Verlustvortrages aus dem Vorjahr zu verwenden.
4. Der Jahresabschluss 2013 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013 der Jobperspektive Mainz gGmbH werden gleichzeitig mit dieser Bekanntmachung, entsprechend der Ankündigung im Bekanntmachungsorgan der Stadt Mainz, öffentlich ausgelegt.

15. Public Corporate Governance Kodex

Im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der Jobperspektive Mainz gGmbH (ehemals SPAZ) wird für das Jahr 2013 keine Entsprechenserklärung zum Kodex abgegeben.

3.2 Entsorgung und Verkehr

3.2.1 PMG Parken in Mainz GmbH



PMG Parken in Mainz GmbH

Hechtsheimer Straße 37
55131 Mainz

Tel.: 06131/95201-52
Fax: 06131/95201-20
info@parken-in-mainz.de
www.pmg-mainz.de

1. Gründung der Gesellschaft	20. Dezember 1983
Datum der aktuellen Fassung des Gesellschaftsvertrages	08. Dezember 2003
2. Wirtschaftsjahr	Kalenderjahr
Stammkapital	358.000 €
Letzte Stammkapitalveränderung	Keine

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital i.H.v. 358 T€ sind folgende Gesellschafter beteiligt:

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in T€
Stadt Mainz	50,0	179
Mainzer Aufbaugesellschaft mbH (MAG)	50,0	179

4. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist der Bau, die Unterhaltung und Vermietung von Parkeinrichtungen für Kraftfahrzeuge aller Art; der Verkauf von Stellplätzen, auch für Dritte; die Anmietung, Vermietung und Verpachtung von sonstigen Grundstücken und Gebäuden; der Kauf und Verkauf von Grundstücken und Grundstücksrechten sowie grundstücksgleichen Rechten (Erbbaurechtsvertrag).

Die Gesellschaft darf andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art erwerben, sich an solchen beteiligen sowie deren Vertretung übernehmen.

Der Gegenstand des Unternehmens ist als eine wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 85 Abs. 1 GemO zu klassifizieren.

5. Besetzung der Organe

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung, der Beirat und die Gesellschafterversammlung.

Geschäftsführung

Herr Martin Dörnemann

Beirat

Beigeordnete Katrin Eder (Vorsitzende)	Stadt Mainz
Bgm. Günter Beck (Beteiligungsdezernent)	Stadt Mainz
StRM Thomas Gerster (CDU)	Stadt Mainz
StRM Sabine Flegel (CDU)	Stadt Mainz
StRM Dr. Christine Pohl (SPD)	Stadt Mainz
StRM Amin Kondakji (SPD)	Stadt Mainz
StRM Ansgar Helm-Becker (Bündnis 90/Die Grünen)	Stadt Mainz
StRM Xander Dorn (DIE LINKE)	Stadt Mainz
StRM Martin Kinzelbach	von MAG entsandt
Sabine Helweg	von MAG entsandt

Gesellschafterversammlung

Frau Bgo. Katrin Eder als zuständige Beigeordnete vertritt die Interessen der Stadt Mainz in der Gesellschafterversammlung. Sie kann sich gemäß § 88 Abs. 1 S. 4 GemO durch eine/n Gemeindebedienstete/n vertreten lassen.

6. Beteiligungen an anderen Unternehmen

Gesellschaft	gesamt Stamm-/ Grundkapital in T€	Anteil der PMG in %
Rheingoldhalle GmbH & Co. KG	2.800	80,0
Rheingoldhalle Verwaltungs-GmbH	25	80,0

7. Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die unter der Überschrift „Gegenstand des Unternehmens“ aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck einer Gemeinde und begründen ihr Engagement. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit der Stadt Mainz und ihrem voraussichtlichen Bedarf.

8. Grundzüge des Geschäftsverlaufes

Bilanz zum 31.12.2013		T€
Aktivseite		
A. Anlagevermögen		38.816
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		5
II. Sachanlagen		34.339
III. Finanzanlagen		4.472
B. Umlaufvermögen		4.125
I. Vorräte		117
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		2.065
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		1.943
Bilanzsumme		42.941
Passivseite		
A. Eigenkapital		7.760
I. Gezeichnetes Kapital		358
II. Kapitalrücklage		9.087
III. Bilanzverlust		-1.685
B. Rückstellungen		1.585
C. Verbindlichkeiten		33.038
D. Rechnungsabgrenzungsposten		558
Bilanzsumme		42.941

Gewinn- und Verlustrechnung 2013		T€
1.	Umsatzerlöse	12.679
2.	Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen	-7
3.	Sonstige betriebliche Erträge	302
4.	Aufwendungen für bezogene Leistungen	8.327
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.231
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.329
7.	Erträge aus Beteiligungen	83
8.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6
9.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.381
10.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.205
11.	Ertrag aus Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	185
12.	Jahresfehlbetrag	-1.020
13.	Verlustvortrag	-665
14.	Bilanzverlust	-1.685

Kapitalflussrechnung 2013		T€
Zahlungsmittelbestand am Anfang der Periode		3.537
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit		-777
Cash Flow aus Investitionstätigkeit		-110
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit		-706
Zahlungsmittelbestand am Ende der Periode		1.944

Finanzwirtschaftliche Kennzahlen 2013

I. Ertragslage		
1.	Eigenkapitalrentabilität	-13,1%
2.	Gesamtkapitalrentabilität	-2,4%
II. Vermögensaufbau		
1.	Anlagenintensität	90,4%
2.	Intensität des Umlaufvermögens	9,6%
III. Anlagenfinanzierung		
1.	Anlagendeckung I	20,0%
2.	Anlagendeckung II	79,9%
IV. Kapitalausstattung		
1.	Eigenkapitalquote	18,1%
2.	Fremdkapitalquote	81,9%
V. Liquidität		
	Liquiditätsgrad I	56,0%

Unternehmensspezifische Kennzahlen 2013

Anzahl Parkplätze im Eigentum	3.974
Anzahl Parkplätze im Pachtverhältnis	3.676
Anzahl Parkplätze in Betreibung	2.110
Anzahl Parkplätze (insgesamt)	9.760

9. Lage des Unternehmens

Die PMG ist Marktführer bei der Parkraumbewirtschaftung in der Landeshauptstadt Mainz und betreibt derzeit rund 9.760 Stellplätze in 22 Parkhäusern, von denen acht im Besitz der PMG sind. Weitere 14 werden im Rahmen von Pacht- bzw. Managementverträgen geführt. Die Umsätze aus allen Parkierungseinrichtungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um 1.122 T€ auf 12.679 T€ verringert.

Die Bilanzsumme zum 31.12.2013 beträgt 42.941 T€. Das Geschäftsjahr 2013 schließt mit einem Jahresfehlbetrag i.H.v. 1.020 T€ (im Vorjahr Jahresüberschuss: 2.047 T€) ab. Die Ergebnisminderung um 3.067 T€ gegenüber dem Vorjahr hat verschiedene Gründe. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Aufwendungen für bezogene Leistungen um 1.092 T€ auf 8.326 T€ gestiegen. Die Erhöhung begründet sich ursächlich durch die umfangreichen Instandhaltungsmaßnahmen in der Parkgarage Schillerplatz (2.703 T€). Des Weiteren wurden im Unterschied zum Vorjahr die Wartungs- und Reparaturarbeiten, die im Zusammenhang mit der Geschäftstätigkeit stehen, unter den Aufwendungen für bezogene Leistungen erfasst (245 T€). Gegenläufig dazu haben sich die Aufwendungen aus der Betriebsführung und den Nebenkosten aufgrund der Beendigung des Betreibervertrages für das Parkhaus Platzhirsch in Kelsterbach entwickelt.

Das Ergebnis für das Geschäftsjahr 2014 wird bei Annahme von stabilen Umsätzen in der Größenordnung des Jahres 2013 von weiteren Sanierungsmaßnahmen zur Steigerung der Attraktivität geprägt. Trotz höheren Investitionsaufwendungen die sich ertragsmindernd auswirken werden, weist die Erfolgsplanung für das Geschäftsjahr 2014 ein positives Jahresergebnis i.H.v. 481 T€ aus. Bestandsgefährdende Risiken haben im Geschäftsjahr 2013 nicht vorgelegen und sind auch für das Jahr 2014 nicht zu erwarten. Wesentliche Chancen werden vor dem Hintergrund der starken Marktstellung in der Vermietung von Parkeinrichtungen, in deren weiteren Ausbau sowie der Substanzsteigerung gesehen.

10. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinden

Zahlungsverkehr zwischen der Stadt Mainz und der Parken in Mainz GmbH (PMG) im Geschäftsjahr 2013

Zahlungen von der Stadt Mainz an die PMG in 2013		T€
Selbst genutzte Stellplätze der Stadt Mainz		169
Park- und Kongresstickets		124
Gesamt		293

Es bestehen keine Forderungen an die Stadt Mainz.

Zahlungen von der PMG an die Stadt Mainz in 2013		T€
Gewerbesteuerzahlungen		474
Grundsteuer		150
Mieten und Pachten für Parkplätze/Parkhäuser		73
Sonstige Kostenerstattungen		80
Kosten für Parkeinrichtungen		0
Gesamt		777

Es bestehen keine Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Mainz.

Von der Stadt Mainz übernommene Bürgschaften zum 31.12.2013

Bürgschaften	Urspr. Darlehen T€	31.12.2012 T€	31.12.2013 T€
von Stadt Mainz	14.372	6.493	2.392

Von der Stadt Mainz gewährte Darlehen zum 31.12.2013

Keine

11. Aufwendungen für Gesellschaftsorgane

Die Bezüge der Geschäftsführung sind individualisiert nach der Aufgliederung des § 285 Nr. 9 a) und c) HGB anzugeben:

a) Geschäftsführung

Der Geschäftsführer erhält von der Gesellschaft keine Vergütung.

b) Beirat

Bezüge der Beiratsmitglieder in 2013		T€
Sitzungsgeld		3

12. Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

13. Personal

Die PMG beschäftigt kein eigenes Personal. Die Dienstleistungen der PMG werden von Mitarbeitern der Mainzer Aufbaugesellschaft mbH erbracht. Im Geschäftsjahr 2013 waren durchschnittlich 23 festangestellte Mitarbeiter, eine Teilzeitkraft sowie 1,5 Aushilfskräfte (in den ersten 6 Monaten) ausschließlich für die PMG tätig.

14. Ausführung zu den Anforderungen im Sinne des § 90 GemO (notwendige öffentliche Bekanntmachungen)

1. Die Gesellschafterversammlung der PMG hat am 18.06.2014 den von der Geschäftsführung aufgestellten und von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG AG, Frankfurt geprüften und unter dem Datum des 20. Mai 2014 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2013 (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang und Lagebericht), mit einer Bilanzsumme von 42.940.723,83 € und mit einem Jahresfehlbetrag von 1.019.970,12 € abschließend zur Kenntnis genommen.
2. Der Jahresabschluss zum 31.12.2013 und der Lagebericht der PMG wurden von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, KPMG AG in Mainz geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.
3. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.020 T€ wird mit dem vorgetragenen Bilanzverlust zum 31.12.2012 in Höhe von 665 T€ verrechnet und einen Bilanzverlust in Höhe von 1.685 T€ vorgetragen.
4. Der Jahresabschluss zum 31.12.2013 und der Lagebericht der PMG werden gleichzeitig mit dieser Bekanntmachung, entsprechend der Ankündigung im Bekanntmachungsorgan der Stadt Mainz, öffentlich ausgelegt.

15. Public Corporate Governance Kodex

Die Geschäftsführung der PMG hat den Empfehlungen des Mainzer Public Corporate Governance Kodex im Wirtschaftsjahr 2013 weitgehend entsprochen. Es ergaben sich folgende Abweichungen von den Empfehlungen:

Schulungs- und Informationsveranstaltungen der Beiratsmitglieder haben im Wirtschaftsjahr 2013 nicht stattgefunden; Verbesserungsmöglichkeiten werden in die Tätigkeit des Beirats einbezogen.

Ein Managementletter für die Abschlussprüfung 2013 wurde der Beteiligungsverwaltung nicht vorgelegt, da der Wirtschaftsprüfer keine Veranlassung hierzu hatte.

Die Versendung der Unterlagen erfolgt nicht spätestens 14 Tage vor der Beiratssitzung, sondern eine Woche davor.

Die Vergütungssätze der Beiratsmitglieder und die an die Beiratsmitglieder gewährten Vergütungen für Beratungs- und Vermittlungsleistungen wurden nicht im Anhang gesondert aufgeführt. Ein Beiratsmitglied

hat anwaltliche Dienstleistungen im Wege der Einzelmandatierung erbracht; dieser Beauftragung ist gem. § 114 AktG im Voraus die Zustimmung durch den Beirat erteilt worden.

Ein Ausweis der Geschäftsführervergütung aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen wurde im Anhang nicht vorgenommen, da eine solche Aufteilung gem. § 286 Abs. 4 HGB nur für börsennotierte Gesellschaften verpflichtend ist und kein Geschäftsführeranstellungsvertrag besteht.

Die Vergütung des Geschäftsführers wurde durch den Wirtschaftsprüfer nicht überprüft und schriftlich bestätigt, da der Beirat eine solche Sonderprüfung nicht beauftragt hat und kein Geschäftsführeranstellungsvertrag besteht.

3.2.2 EGM Entsorgungsgesellschaft Mainz mbH

**Entsorgungsgesellschaft
Mainz mbH**

EGM Entsorgungsgesellschaft Mainz mbH

Kraftwerkallee 1
55120 Mainz

Tel.: 06131/976-0
Fax: 06131/976-16129
sekretariat.MHKW@kwm-ag.de
www.mhkw-mainz.de

1. Gründung der Gesellschaft	12. März 1999
Datum der aktuellen Fassung des Gesellschaftsvertrages	28. März 2001
2. Wirtschaftsjahr	Kalenderjahr
Stammkapital	5.000.000 €
Letzte Stammkapitalveränderung	1999

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital i.H.v. 5.000 T€ sind folgende Gesellschafter beteiligt:

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in T€
Stadt Mainz	5,0	250
Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG	50,1	2.505
REMONDIS GmbH	44,9	2.245

4. Gegenstand des Unternehmens

Den Gegenstand des Unternehmens bilden der Bau, der Betrieb und die Instandhaltung von Abfallverwertungs- und Abfallbeseitigungsanlagen sowie sonstiger Abfallbehandlungsanlagen für die thermische Behandlung von Abfällen aus den Gebieten der Stadt Mainz, des Landkreises Mainz-Bingen und weiterer Gebietskörperschaften, deren Entsorgung den Gebietskörperschaften als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger obliegt und Dritter, soweit es dem Gesellschaftszweck förderlich ist.

Unternehmensgegenstand ist weiterhin der Einsatz von Abfällen als Ersatzbrennstoff für die Erzeugung von elektrischer Energie und Fernwärme in Kraft-Wärme-Kopplung, die Errichtung, der Erwerb, die Pachtung und Verpachtung aller zu oben genannten Zwecken notwendigen Anlagen und Grundstücke und die Erledigung aller den Gesellschaftszwecken mittelbar und unmittelbar dienenden Geschäften.

Nach § 25 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages der EGM sind wesentliche Entscheidungen (auch operative), die für die Unternehmensführung von Bedeutung sind, einer Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung der EGM vorbehalten. In den Fällen, in denen Entscheidungen zur Unternehmensführung der EGM die elementaren Interessen der Stadt Mainz berühren, ist ein Beschluss der Gesellschafterversammlung der EGM gegen die Stimmen der Stadt Mainz nicht möglich.

Der Gegenstand des Unternehmens ist als eine nichtwirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 85 Abs. 4 GemO zu klassifizieren.

5. Besetzung der Organe

Die Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung, der Verwaltungsrat und die Gesellschafterversammlung.

Geschäftsführung	
Herr Dipl.-Kfm. Wolf Götzelt	
Herr Dipl.-Ing. Markus Blüm	
Verwaltungsrat	
Bgo. Katrin Eder (Vorsitzende)	Stadt Mainz
StRM Norbert Solbach (CDU)	Stadt Mainz
StRM Wolfgang Reichel, MdL (CDU)	Stadt Mainz
StRM Dr. Eleonore Lossen-Geißler (SPD)	Stadt Mainz
StRM Ute Wellstein (Bündnis 90/Die Grünen)	Stadt Mainz
Ralf Schodlock	Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG
Dr. Werner Sticksel	Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG
Hans-Joachim Heidecker	Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG
Siegfried Rehberger	Remondis GmbH & Co. KG
Jörg Detlof	Remondis GmbH & Co. KG

Gesellschafterversammlung

Frau Bgo. Katrin Eder vertritt die Interessen der Stadt Mainz in der Gesellschafterversammlung. Sie kann sich gemäß § 88 Abs.1 S. 4 GemO durch eine/n Gemeindebedienstete/n vertreten lassen.

6. Beteiligungen an anderen Unternehmen

Beteiligungsverhältnisse zu anderen Unternehmen liegen nicht vor.

7. Stand der Erfüllung des öffentlichen Zweck

Die unter der Überschrift „Gegenstand des Unternehmens“ aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck nichtwirtschaftlicher Unternehmen einer Gemeinde und begründen ihr Engagement. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit der Stadt Mainz und ihrem voraussichtlichen Bedarf.

8. Grundzüge des Geschäftsverlaufes

Bilanz zum 31.12.2013		T€
Aktivseite		
A. Anlagevermögen		103.802
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		2.253
II. Sachanlagen		96.049
III. Finanzanlagen		5.500
B. Umlaufvermögen		17.631
I. Vorräte		2.194
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		5.136
III. Guthaben bei Kreditinstituten		10.301
Bilanzsumme		121.433
Passivseite		
A. Eigenkapital		40.370
I. Gezeichnetes Kapital		5.000
II. Kapitalrücklage		121
III. Bilanzgewinn		35.249
B. Rückstellungen		3.440
C. Verbindlichkeiten		31.856
D. Rechnungsabgrenzungsposten		45.767
Bilanzsumme		121.433

Gewinn- und Verlustrechnung 2013		T€
1. Umsatzerlöse		42.685
2. Andere akivierte Eigenleistungen		0
3. Sonstige betriebliche Erträge		1.719
4. Materialaufwand		6.584
5. Personalaufwand		51
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		11.376
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		19.329
8. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		146
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		63
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		788
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		6.485
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		2.054
13. Sonstige Steuern		25
14. Jahresüberschuss		4.406
15. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		30.843
16. Bilanzgewinn		35.249

Kapitalflussrechnung 2013		T€
Zahlungsmittelbestand am Anfang der Periode		3.307
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit		16.676
Cash Flow aus Investitionstätigkeit		-415
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit		-9.267
Zahlungsmittelbestand am Ende der Periode		10.301

Finanzwirtschaftliche Kennzahlen 2013

I. Ertragslage		
1.	Eigenkapitalrentabilität	10,9%
2.	Gesamtkapitalrentabilität	3,6%
II. Vermögensaufbau		
1.	Anlagenintensität	85,5%
2.	Intensität des Umlaufvermögens	14,5%
III. Anlagenfinanzierung		
1.	Anlagendeckung I	38,9%
2.	Anlagendeckung II	102,3%
IV. Kapitalausstattung		
1.	Eigenkapitalquote	33,2%
2.	Fremdkapitalquote	66,8%
V. Liquidität		
	Liquiditätsgrad I	87,2%

Unternehmensspezifische Kennzahlen 2013

Verwertung von Siedlungs- und Gewerbeabfällen	365.980 t
---	-----------

9. Lage des Unternehmens

Die Gesellschaft hat das Geschäftsjahr 2013 mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen. Nach Berücksichtigung der Steuern wird ein Jahresüberschuss von 4.406 T€ (Vorjahr: 4.637 T€) ausgewiesen. Der Rückgang des Jahresüberschusses um 231 T€ resultiert im Wesentlichen aus der Verminderung der sonstigen betrieblichen Erträge. Positiv auf das Jahresergebnis 2013 haben sich im Vergleich zum Vorjahr ein verbessertes Zinsergebnis sowie ein höheres Betriebsergebnis ausgewirkt. Die drei Verbrennungslinien haben den bisher höchsten Abfalldurchsatz seit Betriebsbeginn vor 10 Jahren erzielt und haben den Vorjahreswert um 7,1% übertroffen. Die erzeugte Hochdruckdampfmenge hat mit 1,3 Mio. t den Wert des Vorjahres um 3,2% übertroffen.

Die Bilanzsumme zum 31.12.2013 hat sich gegenüber dem Vorjahr um 3.926 T€ auf 121.433 T€ vermindert. Auf der Aktivseite verminderte sich das Sachanlagevermögen. Auf der Passivseite verminderten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aufgrund plan- und außerplanmäßiger Tilgungen sowie der passive Rechnungsabgrenzungsposten (Einzahlungen aus einem Forderungskaufvertrag zur Finanzierung der 3. Linie des Müllheizkraftwerks) durch die jährliche Auflösung. Das Eigenkapital hat sich durch den Jahresüberschuss um 4.406 T€ auf 40.370 T€ erhöht. Die Eigenkapitalquote ist gegenüber dem Vorjahr um 4,5 Prozentpunkte auf 33,2% gestiegen.

Die Geschäftsführung erwartet für das Jahr 2014 eine zufriedenstellende Ertragssituation. Bei guter Anlagenverfügbarkeit und leicht sinkenden Energieerlösen wird auch für das Geschäftsjahr 2014 ein positives, jedoch niedrigeres Jahresergebnis prognostiziert.

10. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde

In den letzten drei Jahren kam es zu keinen Stammkapitalzuführungen bzw. -entnahmen durch die Gesellschafterin Stadt Mainz.

Zahlungsverkehr zwischen der Stadt Mainz und der Entsorgungsgesellschaft Mainz mbH im Geschäftsjahr 2013

Zahlungen von der Stadt Mainz an die EGM in 2013		T€
Abfallentsorgung		14.652
Gesamt		14.652

Die Forderungen gegenüber der Stadt Mainz betragen 1.658.542 €.

Zahlungen von der EGM an die Stadt Mainz in 2013		T€
Bürgschaftsprovisionen		88
Gewerbesteuer		1.044
Entschädigungen Wartezeiten		46
Kehrgebühren		8
Kosten für Zwischenlagerung		30
Grundsteuer		25
Sonstige Leistungen		2
Gesamt		1.243

Die Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Mainz betragen 0 €.

Von der Stadt Mainz übernommene Bürgschaften zum 31.12.2013

Bürgschaften	Urspr. Darlehen T€	31.12.2012 T€	31.12.2013 T€
von Stadt Mainz	70.420	33.096	20.038

Von der Stadt Mainz gewährte Darlehen zum 31.12.2013

Keine

11. Aufwendungen für Gesellschaftsorgane

Die Bezüge der Geschäftsführung sind individualisiert nach der Aufgliederung des § 285 Nr. 9 a) und c) anzugeben:

a) Geschäftsführung

Keine Angabe

b) Verwaltungsrat

Keine Angabe

12. Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

13. Personal

Derzeit werden keine eigenen Mitarbeiter beschäftigt. Über einen Personalgestellungsvertrag mit der Kraftwerke-Mainz-Wiesbaden AG werden alle erforderlichen Tätigkeiten durch deren Mitarbeiter ausgeführt.

14. Ausführung zu den Anforderungen im Sinne des § 90 GemO (notwendige öffentliche Bekanntmachungen)

Die im Sinne des § 90 GemO geforderten Ausführungen entfallen, da es sich bei der Gesellschaft um eine mehrheitlich privat beherrschte Gesellschaft handelt.

15. Public Corporate Governance Kodex

Für Gesellschaften, an denen die Stadt Mainz direkt oder indirekt mit einer Minderheit beteiligt ist, wird die Verpflichtung der Gesellschaft auf diesen Kodex empfohlen.

3.2.3 Wirtschaftsbetrieb Mainz AöR



Wirtschaftsbetrieb Mainz

Anstalt des öffentlichen Rechts

Industriestraße 70
55120 Mainz

Tel.: 06131/9715-196

Fax: 06131/9715-209

wirtschaftsbetrieb.mainz@stadt.mainz.de

www.wirtschaftsbetrieb.mainz.de

1. Gründung der Einrichtung	01. Januar 2008
(vorher: WB Mainz – Eigenbetrieb)	
Datum der aktuellen Fassung der Satzung	18. Dezember 2008
2. Wirtschaftsjahr	Kalenderjahr
Stammkapital	7.300.000 €
davon werden zugeordnet:	
dem Betriebszweig Entwässerung	6.300.000 €
dem Betriebszweig Bestattung	1.000.000 €
Letzte Stammkapitalveränderung	Keine

3. Beteiligungsverhältnisse

Der Wirtschaftsbetrieb Mainz Anstalt des öffentlichen Rechts ist eine Einrichtung der Stadt Mainz.

4. Gegenstand der Anstalt

Der Stadtrat beschloss in seiner Sitzung am 17. Dezember 2008 die Umwandlung des Wirtschaftsbetrieb Mainz, Eigenbetrieb der Stadt Mainz, rückwirkend zum 1. Januar 2008, in eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Die Anstalt besteht aus den Betriebszweigen Entwässerung und Bestattung.

Zweck des Betriebszweiges Entwässerung ist die Ableitung des Schmutz-, Regen- und Mischwassers sowie die Reinigung und unschädliche Beseitigung der Abwässer im Gebiet der Stadt Mainz und der Verbandsgemeinde Bodenheim, die Planung, der Bau, die Unterhaltung und der Betrieb der Gewässer III. Ordnung, des Rheinufers, soweit es in die Zuständigkeit der Stadt Mainz fällt, des Winterhafens (Winterhafendamm, Wasserfläche einschließlich Schrägufer, Rampen, Drehbrücke und des Einfahrbereichs) und der Hochwasserschutzanlagen, soweit sie in die Zuständigkeit der Stadt Mainz fallen, die Planung, Leitung und Durchführung von Einsätzen des Hochwasserschutzes sowie der Bau und die Wartung der öffentlichen Toilettenanlagen im Stadtgebiet. Zweck des Betriebszweiges Bestattung ist die Übernahme aller mit dem Friedhofs- und Bestattungswesen einhergehenden Aufgaben einschließlich der damit verbundenen Verwaltungsaufgaben sowie dem Bau, der Unterhaltung und dem Betrieb von Friedhöfen und Krematorien, die Wahrnehmung der Aufgabe der örtlichen Ordnungsbehörde für Bestattungen sowie die Pflege und Unterhaltung im Bereich: jüdischer Friedhöfe, Kriegsgräber, Ehrengräber, denkmalgeschützter und historischer Grabmale im Rahmen der zur Verfügung gestellten Mittel.

Der Wirtschaftsbetrieb Mainz ist eine selbständige Einrichtung der Stadt Mainz in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts und wird nach der Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz, der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung und den Bestimmungen der Satzung geführt. Die Anstalt verfolgt keine Gewinnerzielungsabsicht.

5. Besetzung der Organe

Die Organe des Wirtschaftsbetriebes sind der Vorstand und der Verwaltungsrat.

Vorstand	
Herr Dip.-Ing. Volker Mettke (bis 31.12.2014)	
Frau Dipl.-Verwaltungswirtin (FH) Jeanette Wetterling	
Herr Dipl.-Ing. Michael Paulus (ab 01.01.2015)	

Verwaltungsrat	
<u>Mitglieder</u>	<u>Stellvertretung/en</u>
Bgo. Katrin Eder (Vorsitzende)	
Bgm. Günter Beck (Beteiligungsdezernent)	
StRM Norbert Solbach (CDU)	alle StRM
StRM Wolfgang Reichel, MdL (CDU)	
StRM Martin Kinzelbach (SPD)	StRM Dr. Eckart Lensch
StRM Dr. Christine Pohl (SPD)	StRM Marc-Antonin Bleicher
StRM Milan Sell (Bündnis 90/Die Grünen)	alle StRM
StRM Antje Kuessner (Bündnis 90/Die Grünen)	Caroline Blume
Roland Hartung (DIE LINKE)	StRM Jasper Proske

Der Stadtrat hat folgende Damen und Herren auf Vorschlag des Personalrates gemäß § 90 LPersVG als Vertreter mit beratender Stimme in den Verwaltungsrat des Wirtschaftsbetriebes bestimmt:

Ordentliche Vertretung	Ersatzvertretung
Gabriele Orben	Elke Finkenbrink
Ralf Biesenack	Thomas Gaul
Heiko Schultz	Irina Wettstein

6. Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die unter der Überschrift "Gegenstand des Anstalt" aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck nicht-wirtschaftlicher Einrichtungen einer Gemeinde und begründen ihr Engagement. Die Anstalt steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit der Stadt Mainz und ihrem voraussichtlichen Bedarf an Ver- bzw. Entsorgungsleistungen.

7. Grundzüge des Geschäftsverlaufes

Bilanz zum 31.12.2013	
Aktivseite	T€
A. Anlagevermögen	269.839
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.004
II. Sachanlagen	268.663
III. Finanzanlagen	172
B. Umlaufvermögen	39.546
I. Vorräte	190
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	29.121
III. Guthaben bei Kreditinstituten	10.235
C. Rechnungsabgrenzungsposten	28
Bilanzsumme	309.413
Passivseite	
A. Eigenkapital	99.025
I. Stammkapital	7.300
II. Zweckgebundene Rücklage	22.583
III. Allgemeine Rücklage	68.985
IV. Verlustvortrag	-853
V. Jahresgewinn	1.010
B. Empfangene Ertragszuschüsse	25.553
C. Grabnutzungsrechte	24.455
D. Rückstellungen	4.365
E. Verbindlichkeiten	156.015
Bilanzsumme	309.413

Gewinn- und Verlustrechnung 2013		T€
1.	Umsatzerlöse	42.129
2.	Andere akivierte Eigenleistungen	456
3.	Sonstige betriebliche Erträge	1.526
4.	Materialaufwand	8.489
5.	Personalaufwand	13.687
6.	Abschreibungen	10.825
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.260
8.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.058
9.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.888
10.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.020
11.	Sonstige Steuern	10
12.	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.010

Kapitalflussrechnung 2013		T€
Zahlungsmittelbestand am Anfang der Periode		8.605
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit		13.266
Cash Flow aus Investitionstätigkeit		-12.811
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit		1.175
Zahlungsmittelbestand am Ende der Periode		10.235

Finanzwirtschaftliche Kennzahlen 2013

I. Ertragslage		
1.	Eigenkapitalrentabilität	1,0%
2.	Gesamtkapitalrentabilität	0,3%
II. Vermögensaufbau		
1.	Anlagenintensität	87,2%
2.	Intensität des Umlaufvermögens	12,8%
III. Anlagenfinanzierung		
1.	Anlagendeckung I (durch Eigenkapital)	36,7%
1.1	Anlagendeckung (durch Eigenkapital und 2/3 der Ertragszuschüsse)	43,0%
2.	Anlagendeckung II (durch Eigenkapital und langfr.Fremdkapital)	73,6%
IV. Kapitalausstattung		
1.	Eigenkapitalquote	32,0%
1.1	Eigenkapitalquote (einschl. 2/3 der Ertragszuschüsse)	37,5%
2.	Fremdkapitalquote (einschl. Ertragszuschüsse und Grabnutzungsrechte)	68,0%
2.2	Fremdkapitalquote (einschl. 1/3 der Ertragszuschüsse)	62,5%
V. Liquidität		
	Liquiditätsgrad I	52,6%

Unternehmensspezifische Kennzahlen 2013Mengen- und Gebührenstatistik 2013:Betriebszweig Entwässerung:

Die Umsatzerlöse aus Schmutzwassergebühren und wiederkehrenden Beiträgen der Oberflächenwasserbeseitigung gliedern sich im Berichtsjahr wie folgt:

2013	Tm ³	T€	€/m ³
Schmutzwassergebühr			
Privathaushalte	9.124	12.774	1,40
Nichthaushalte	4.638	6.493	1,40
	<u>13.762</u>	<u>19.267</u>	
	Tm³	T€	€/m³
Wiederkehrende Beiträge für die Niederschlagswasserbeseitigung			
Privathaushalte	10.159	6.095	0,60
Nichthaushalte	8.006	4.804	0,60
	<u>18.165</u>	<u>10.899</u>	

Die letzte Gebührenerhöhung wurde zum 01.01.2012 durchgeführt. Trotz der erhöhten Schmutzwassergebühr konnten in der Stadt Mainz und der Verbandsgemeinde Bodenheim nach wie vor die nahezu niedrigsten Abwassergebühren in der Bundesrepublik Deutschland gehalten werden.

Vergleich von Entgeltsbedarf und Entgeltsaufkommen der Abwasserbeseitigung je entgeltspflichtigem Einwohner:

	2013 €
Entgeltsbedarf I (ohne Eigenkapitalverzinsung)	80,12
Entgeltsbedarf II (einschließlich anteiliger Eigenkapitalverzinsung)	89,88
Entgeltsaufkommen	94,38
Vertretbares Entgelt	70,00

Betriebszweig Bestattungen:

Die Mengen- und Tarifstatistik des Betriebszweiges Bestattung stellt sich im Berichtsjahr wie folgt dar:

	Anzahl 2013	Gebühren laut Gebührensatzung
Erdbestattungen gesamt	597	218,00/436,00
Urnenbestattungen gesamt	1.330	95,00/142,00
Grabverkauf:		
Erdreihengrab	75	75,00/240,00/536,00/820,00/1.080,00
Erdwahlgrab II (2-stellig)	14	4.320,00/4.920,00
Erdwahlgrab III (1-stellig)	110	2.160,00/2.460,00
Kolumbarien	238	1.470,00/2.190,00/2.910,00
Urnenreihengrab	454	260,00/345,00/380,00/460,00
Urnenwahlgrab	172	1.020,00/1.290,00/1.530,00/2.040,00
Grabverlängerung:		
Erdwahlgrab I (3-/4-/5-/6-/7-/9-stellig)	110	207,00/276,00/345,00/414,00/483,00/621,00
Erdwahlgrab II (2-stellig)	2.476	138,00
Erdwahlgrab III (1-stellig)	4.058	69,00/79,00
Kolumbarien	371	46,00/70,00/94,00
Urnenwahlgrab	900	33,00/42,00/49,00/65,00

8. Lage der Anstalt

Das Wirtschaftsjahr 2013 schließt mit einer Bilanzsumme von 309.413 T€ und einem Jahresüberschuss i.H.v. 1.010 T€ (Vorjahr: 2.328 T€) ab. Das Jahresergebnis setzt sich aus dem Ergebnis für die Betriebszweige „Bestattung“ i.H.v. -256 T€ und „Entwässerung“ i.H.v. 1.266 T€ zusammen. Die Ertragslage der „Entwässerung“ stellt sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich ungünstiger dar. Den um 844 T€ höheren betrieblichen Erträgen stehen unterproportional gestiegene betriebliche Aufwendungen von 574 T€ gegenüber. Beim Betriebszweig „Bestattung“ führten der Rückgang der betrieblichen Erträge um 76 T€, der insbesondere auf die Anpassung des Auflösungszeitraums der Altgrabnutzungsrechte zurückzuführen ist und die zusätzlichen Erträge aus der Grünpflege überkompensierte, sowie die insgesamt um 405 T€ gestiegenen betrieblichen Aufwendungen, bedingt durch einen höheren Personalaufwand, zu einem deutlich höheren negativen Betriebsergebnis von -490 T€.

9. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde

Übersicht über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Eigenbetriebes, die sich auf die Finanzplanung der Stadt Mainz auswirken (§ 19 Ziff. 2 EigAnVO):

Einnahmen	Betriebs- zweig	2013 T€	2014 T€	2015 T€	2016 T€	2017 T€
Anteil an einmaligen Beiträgen für Straßenentwässerung in Neubaugebieten	Entwässerung	100	0	0	0	0
Erstattung für die Straßenoberflächenentwässerung	Entwässerung	3.400	3.400	3.400	3.400	3.400
Reinigung von Grundstücksentwässerungsanlagen	Entwässerung	2	2	2	2	2
Erstattung für Toilettenanlagen	Entwässerung	260	260	260	260	260
Erstattung Ingenieurleistungen	Entwässerung	200	200	200	200	200
Erstattung BöV	Entwässerung	150	150	175	175	175
Erstattung Erschließungsbeiträge	Entwässerung	120	120	120	120	120
Erstattung Gewässer III. Ordnung, Rheinufer etc.	Entwässerung	365	290	290	290	290
Erstattung Rufbereitschaft	Entwässerung	10	15	15	15	15
Erstattung frühere Grabnutzungsrechte	Bestattung	0	0	0	0	0
Erstattung Betriebszweig Bestattung	Bestattung	0	0	0	0	0
Erstattung für öffentliches Grün	Bestattung	474	474	474	474	474
Erstattung für Vorhalteflächen	Bestattung	0	0	0	0	0
Erstattung für Planungsflächen	Bestattung	0	0	0	0	0
Erstattung nicht satzungsmäßige Leistungen (z.B. Grabpflege)	Bestattung	156	156	156	156	156
Sinkkästenreinigung	Entwässerung	170	170	170	170	170
Summe der Einnahmen		5.407	5.237	5.262	5.262	5.262

Ausgaben						
Verwaltungskostenbeitrag an Querschnittsämter	Entwässerung & Bestattung	264	250	341	253	253
Nutzungsentschädigung für die Inanspruchnahme städt. Grundstücke	Entwässerung	30	30	30	30	30
Summe der Ausgaben		294	280	371	283	283

10. Aufwendungen für Gesellschaftsorgane

Die Bezüge des Vorstands sind individualisiert nach der Aufgliederung des § 285 Nr. 9 a) und c) HGB anzugeben:

a) Vorstand

Bezüge des Vorstands in 2013		T€
Vergütung der Vorstandsmitglieder		258

b) Verwaltungsrat

Bezüge der Verwaltungsratsmitglieder in 2013		T€
Sitzungsgelder		1

11. Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO

Entfällt

12. Personal

Der Wirtschaftsbetrieb Mainz hat folgende Mitarbeiter beschäftigt:

Beschäftigte	2012	2013
Geschäftsführer	2	2
Beamte	7	7
Beschäftigte	242	245
Auszubildende	9	10
Praktikanten/Aushilfen	0	0
Gesamt	260	264

13. Wichtige Verträge

Mit der Gemeinde Budenheim hat der damalige Eigenbetrieb am 25. Oktober 1979 in der geänderten Fassung vom 27. Juni 1990 mit Wirkung vom 1. Januar 1989 einen Abwasseranschlussvertrag abgeschlossen. Nach § 6 dieses Vertrages werden die Kosten für Betrieb und Unterhaltung der städtischen Abwasseranlagen einschließlich Abschreibungen und Zinsen nach Maßgabe der Verteilungsverhältnisse in Rechnung gestellt. Von der Gemeinde Budenheim geleistete Baukostenzuschüsse werden als "Empfangene Ertragszuschüsse" passiviert, mit 5 % p.a. aufgelöst und entsprechend bei der Endabrechnung berücksichtigt.

Die Stadt Mainz hat dem ehemaligen Entwässerungsbetrieb die Betriebsführung der öffentlichen Toiletten mit Vertrag von 18. Dezember 1992 übertragen. Der Wirtschaftsbetrieb Mainz verpflichtet sich, erforderliche Baumaßnahmen, maschinelle Unterhaltungen sowie eventuelle Neuinvestitionen vorzunehmen. Ferner werden ihm die in der Vereinbarung genannten Einrichtungen (Toiletten) als Eigentum übertragen. Die Stadt Mainz erstattet dem Entwässerungsbetrieb (jetzt: Wirtschaftsbetrieb Mainz AöR) sämtliche aus dieser Vereinbarung anfallenden Kosten unter Berücksichtigung der Einnahmen. Die Erstattung erfolgt jährlich im Nachhinein anhand einer detaillierten und separaten Kostenaufstellung, die in regelmäßigen Abständen der Stadt Mainz vorzulegen ist.

Der ehemalige Entwässerungsbetrieb hat mit der Verbandsgemeinde Bodenheim eine Zweckvereinbarung über die Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht einschließlich der ordnungsgemäßen Beseitigung der im Gebiet der Verbandsgemeinde Bodenheim anfallenden Abwässer abgeschlossen, der mit Wirkung vom 01.01.2002 in Kraft getreten ist. Gleichzeitig wurde ein Vertrag über die Übernahme des Abwasseran-

lagevermögens der Verbandsgemeinde Bodenheim auf den ehemaligen Entwässerungsbetrieb abgeschlossen.

Im Zuge des Betriebsübergangs des Abwasserwerks Bodenheim auf den ehemaligen Entwässerungsbetrieb wurde darüber hinaus am 5. September 2001 ein Tarifvertrag zur Überleitung des Personals der Verbandsgemeinde Bodenheim – Abwasserbetrieb - auf die Stadt Mainz abgeschlossen.

Zur Überleitung von Personal der Landeshauptstadt Mainz auf den Wirtschaftsbetrieb Mainz AöR wurde ein Personalüberleitungstarifvertrag abgeschlossen mit dem Inhalt, übergehende Beschäftigte so zu stellen, dass Ihnen unter Berücksichtigung der notwendigen Veränderungen durch die Überleitung Ihres Arbeitsverhältnisses keine Veränderungen in arbeitsrechtlichen und sonstigen für sie bisher geltenden Regelungen entstehen und den gesetzlichen Schutzvorschriften in vollem Umfang Rechnung getragen wird.

Ab 1.10.2013 findet der Tarifvertrag für Versorgungsbetriebe (TV-V) Anwendung auf die Arbeitsverhältnisse der Beschäftigten.

14. Public Corporate Governance Kodex

Der Public Corporate Governance Kodex gilt sinngemäß auch für die Anstalten des öffentlichen Rechts der Stadt Mainz. Die Anstalten des öffentlichen Rechts haben die darüber hinausgehenden gesetzlichen Vorgaben und Berichtspflichten der EigAnVO und der GemO Rh-Pf sowie die Vorgaben der Betriebssatzung zu berücksichtigen.

Der Vorstand hat den Empfehlungen des Mainzer Public Corporate Governance Kodex weitgehend entsprochen. Es ergaben sich folgende Abweichungen von den Empfehlungen:

Der Jahresabschluss wird vom Vorstand nicht innerhalb der ersten 5 Monate nach Geschäftsjahresende aufgestellt, sondern gemäß § 12 Abs. 1 der Anstaltssatzung innerhalb der ersten 6 Monate nach Ende des Wirtschaftsjahres.

Ein Managementletter wurde vom Wirtschaftsprüfer nicht erstellt bzw. an die Beteiligungsverwaltung weitergeleitet, da die Erstellung von der EigAnVO nicht vorgegeben ist.

3.2.4 Entsorgungsbetrieb der Stadt Mainz



Entsorgungsbetrieb der Stadt Mainz

Zwerchallee 24
55120 Mainz

Tel.: 06131/12 3427
Fax: 06131/12-3801
entsorgungsbetrieb@stadt.mainz.de
www.eb.mainz.de

1. Gründung der Einrichtung	1. Januar 1988
Datum der aktuellen Fassung der Satzung	7. Mai 1998

2. Wirtschaftsjahr	Kalenderjahr
Stammkapital	511.292 €
Letzte Stammkapitalveränderung	Keine

3. Beteiligungsverhältnisse

Der Entsorgungsbetrieb ist ein Eigenbetrieb der Stadt Mainz.

4. Gegenstand des Eigenbetriebes

Die Entsorgungseinrichtungen Abfallentsorgung und Straßenreinigung der Stadt Mainz werden als Eigenbetrieb nach der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung und der Betriebssatzung geführt.

Zweck des Eigenbetriebes ist die Entsorgung und Wiederverwertung von Abfällen und die Reinigung öffentlicher Straßen in der Stadt Mainz. Der Eigenbetrieb kann alle seinen Betriebszweck fördernden und ihn wirtschaftlich berührenden Hilfs- und Nebengeschäfte betreiben.

Der Entsorgungsbetrieb ist eine nicht-wirtschaftliche Einrichtung und wird gemäß § 86 Abs. 2 Satz 2 GemO als Eigenbetrieb nach den Vorschriften der EigAnVO geführt. Er verfolgt nach § 1 Abs. 3 der Betriebssatzung keine Gewinnerzielungsabsicht.

5. Besetzung der Organe

Die Organe des Entsorgungsbetriebes sind der Oberbürgermeister, der Stadtrat, der Werkausschuss und die Werkleitung.

Oberbürgermeister

Der Oberbürgermeister ist Dienstvorgesetzter der Werkleitung sowie der Bediensteten im Eigenbetrieb.

Beigeordneter

Der für den Geschäftsbereich zuständige Beigeordnete ist Vorgesetzter der Werkleitung.

Stadtrat

Der Stadtrat beschließt über alle Angelegenheiten, die ihm durch die Vorschriften der Gemeindeordnung und der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung vorbehalten und nicht durch Hauptsatzung der Stadt Mainz übertragen worden sind.

Werkausschuss	
<u>Mitglieder</u>	<u>Stellvertretung/en</u>
Bgo. Katrin Eder (Vorsitzende)	
StRM Norbert Solbach (CDU)	alle StRM
StRM Prof. Dr. Michael Pitsch (CDU)	
StRM Wolfgang Reichel, MdL (CDU)	
Herbert Schäfer (CDU)	
StRM Martin Kinzelbach (SPD)	alle StRM
StRM Johannes Klomann (SPD)	Denny Jera
StRM Dr. Christine Pohl (SPD)	Torsten Wegmann
StRM Dr. Eleonore Lossen-Geißler (SPD)	Myriam Lauzi, Matthias Dietz-Lenssen, Horst Hof
StRM Milan Sell (Bündnis 90/Die Grünen)	alle StRM
StRM Antje Kuessner (Bündnis 90/Die Grünen)	Martin Schykowski
Matthias Gill (Bündnis 90/Die Grünen)	Christian Heitzmann
StRM Walter Koppius (FDP)	alle StRM, David Dietz, Ralf Gerz, Hermann Wiest
Bodo Noeske (Die Linke)	alle StRM, Tupac Orellana
Karl-Heinz Schimpf (ÖDP)	StRM Dr. Claudius Moseler, StRM Prof. Dr. Felix Leinen

Der Stadtrat hat folgende Damen und Herren auf Vorschlag des Personalrates gemäß § 90 LPersVG als Vertreter mit beratender Stimme in den Werkausschuss des Entsorgungsbetriebes bestimmt:

Ordentliche Vertretung	Ersatzvertretung
Raimund Neumann	Dirk Reinhardt
Markus Conradi	Georg Müller
Wilhelm Schiffer	Walter Kost
Rainer Behrendt	Jürgen Lunkenheimer
Roswitha Eisinger	Fiona Roser

Werkleitung
Herr Hermann Winkel

6. Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die unter der Überschrift „Gegenstand des Eigenbetriebes“ aufgeführten Betriebsziele entsprechen dem öffentlichen Zweck nicht-wirtschaftlicher Einrichtungen einer Gemeinde und begründen ihr Engagement. Der Eigenbetrieb steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit der Stadt Mainz und ihrem voraussichtlichen Bedarf an Ver- bzw. Entsorgungsleistungen.

7. Grundzüge des Geschäftsverlaufes

Bilanz zum 31.12.2013		T€
Aktivseite		
A. Anlagevermögen		36.578
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		60
II. Sachanlagen		36.518
III. Finanzanlagen		0
B. Umlaufvermögen		24.573
I. Vorräte		806
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		7.764
III. Guthaben bei Kreditinstituten		16.003
C. Rechnungsabgrenzungsposten		143
Bilanzsumme		61.294
Passivseite		
A. Eigenkapital		23.772
I. Stammkapital		511
II. Allgemeine Rücklage		16.171
III. Gewinnvortrag		5.681
IV. Jahresgewinn		1.409
B. Rückstellungen		23.594
C. Verbindlichkeiten		13.927
D. Rechnungsabgrenzungsposten		1
Bilanzsumme		61.294

Gewinn- und Verlustrechnung 2013		T€
1.	Umsatzerlöse	37.280
2.	Sonstige betriebliche Erträge	8.450
3.	Materialaufwand	16.624
4.	Personalaufwand	21.168
5.	Abschreibungen	2.973
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.248
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	121
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.264
9.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.574
10.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0
11.	Sonstige Steuern	164
12.	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.410

Kapitalflussrechnung 2013		T€
Zahlungsmittelbestand am Anfang der Periode		14.987
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit		3.693
Cash Flow aus Investitionstätigkeit		-2.250
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit		-427
Zahlungsmittelbestand am Ende der Periode		16.003

Finanzwirtschaftliche Kennzahlen 2013

I. Ertragslage		
1.	Eigenkapitalrentabilität	5,9%
2.	Gesamtkapitalrentabilität	2,3%
II. Vermögensaufbau		
1.	Anlagenintensität	59,8%
2.	Intensität des Umlaufvermögens	40,2%
III. Anlagenfinanzierung		
1.	Anlagendeckung I	65,0%
2.	Anlagendeckung II	109,5%
IV. Kapitalausstattung		
1.	Eigenkapitalquote	38,8%
2.	Fremdkapitalquote	61,2%
V. Liquidität		
	Liquiditätsgrad I	346,4%

Mengen- und Gebührenstatistik 2013:**Abfallentsorgung:**

Abfall-/Wertstoffart	Ablagerung in t
Hausmüll und hausmüllähnliche Gewerbeabfälle	100.090
<u>Davon entfallen folgende Mengen auszugsweise auf einzelne</u>	
<u>Abfall- bzw. Wertstoffarten:</u>	
• Hausmüll Stadt Mainz	35.968
• Spermüll	7.274
• hausmüllähnliche Gewerbeabfälle	10.419
Unbelastete Böden	1.274.236
Produktionsabfälle	0
Jahressumme 2013	1.374.326

Mit Verfüllung des Deponieabschnittes IIIa in Budenheim verfügt der Entsorgungsbetrieb über keine Möglichkeiten zur Ablagerung von belasteten Materialien. Bei den o.a. Bauabfällen handelt es sich ausschließlich um unbelastete Böden, die im Steinbruch Laubenheim-Nord zur Verfüllung angenommen wurden.

Die **Jahresgebühr für die Entsorgung der Haushalte** je Abfuhreinheit (60 Liter) beträgt in 2013:

bei wöchentlicher Entleerung	144,12 €
bei 14 – tägiger Entleerung	98,16 €

Im Umleerbehälterbereich teilt sich die Gebühr in eine Aufstell-, Entleerungs- und Mietgebühr auf. Bei den Absetz- und Abrollbehältern werden eine Abfuhr- und eine Deponiegebühr erhoben.

Einmalige Abfuhr von Abfällen, die nicht aus Haushaltungen herrühren, hausmüllähnliche Gewerbeabfälle:

2,5 m ³	96,30 €
5,0 m ³	144,00 €
7,0 m ³	181,30 €

Absetz- und Abrollbehälter, Transportgebühren zuzüglich Deponierung und Miete:

5,0 m³ bis 16,0 m³	66,50 €
20,0 m³ bis 40,0 m³	81,80 €

Ablagerungsgebühren:

Abfälle zur Beseitigung und andere Siedlungsabfälle	168,00 €
Baustoffe und sonstiges Material mit Verunreinigungen	95,00 €
Produktionsspezifische Abfälle	78,00 €
Baumischabfälle z. Beseitigung	168,00 €
Vermischte Abfälle z. Verwertung	115,00 €
Grünabfälle aus Gewerbe	35,00 €

Straßenreinigung:

Die Straßenreinigungsgebühren wurden zum 01.07.2001 durch ein neues Tarifsysteem abgelöst, das nach der Reinigungshäufigkeit und der Verkehrsbedeutung der Straße gestaffelt ist. Dadurch ergeben sich 36 unterschiedliche Gebührensätze. Die Gebühren wurden letztmalig zum 01.01.2010 aufgrund des Beschlusses des Stadtrates vom 16.12.2009 um durchschnittlich 10,8 % erhöht.

8. Lage des Eigenbetriebes

Das Geschäftsjahr 2013 schließt mit einer Bilanzsumme von 61.294 T€ und einem Jahresüberschuss i.H.v. 1.410 T€ (Vorjahr: 1.188 T€) ab. Das Jahresergebnis setzt sich zusammen aus einem Gewinn im Betriebszweig „Abfallentsorgung“ i.H.v. 558 T€, einem Gewinn im Betriebszweig „Straßenreinigung“ i.H.v. 885 T€ sowie einem Verlust im Bereich „Betrieb gewerblicher Art“ i.H.v. -34 T€.

Der Anstieg der betrieblichen Gesamtleistung auf 45.480 T€ resultiert aus stark gestiegenen Anlieferungen inerten Materials in Laubenheim (+649 T€), um 309 T€ erhöhten Abrechnungen für die Winterdienstleistungen gegenüber der Stadt Mainz und der Erhöhung der Abrechnungen von Straßenreinigungsgebühren über 135 T€. Rückläufig waren dagegen die Erlöse aus der Abrechnung von Altpapier (-289 T€) und dem Eingang periodenfremder Erträge.

Die Vermögens- und Kapitalstrukturen sind geordnet. Finanzierungsprobleme bestanden im Berichtsjahr nicht. Besondere Risiken bestehen in der Nichterfüllung der Anlieferverpflichtungen für das Müllheizkraftwerk Mainz sowie in einem fortschreitenden Rückgang der Erlöse aus der Altpapierverwertung durch den Marktpreisverfall in diesem Bereich.

9. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde

Übersicht über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Eigenbetriebes, die sich auf die Finanzplanung der Stadt Mainz auswirken (§ 19 Ziff. 2 EigAnVO):

Einnahmen	Betriebszweig	2013 T€	2014 T€	2015 T€	2016 T€	2017 T€
Kosten des Winterdienstes	Straßen- reinigung	1.099	716	941	800	800
Leistungen des Betriebszweiges Straßenreinigung für städt. Ämter außerhalb der gebührenpfl. Straßenreinigung	Straßen- reinigung	602	583	604	605	605
Städt. Gebührenanteil an den Straßenreinigungskosten	Straßen- reinigung	1.147	1.147	1.147	1.147	1.147
Leistungen des Betriebszweiges Abfallentsorgung - Werkstätten -für städt. Ämter	Abfallent- sorgung	317	294	290	300	300
Summe der Einnahmen		3.165	2.740	2.982	2.852	2.852

Ausgaben						
Verwaltungskostenbeiträge	Allgemeine Betriebsab- teilungen	341	387	387	387	387
Erstattung für Leistungen städt. Dienststellen an die Betriebszweige Straßenreinigung und Abfallentsorgung	Straßenrei- nigung, Abfallent- sorgung	116	120	128	130	130
Summe der Ausgaben		457	507	515	517	517

10. Aufwendungen für Gesellschaftsorgane

Die Bezüge der Werkleitung sind individualisiert nach der Aufgliederung des § 285 Nr. 9 a) und c) HGB anzugeben:

a) Werkleitung

Keine Angabe

b) Werkausschuss

Bezüge der Werkausschussmitglieder in 2013	T€
Sitzungsgelder	0,3

11. Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO

Entfällt

12. Personal

Der Eigenbetrieb hat folgende Mitarbeiter beschäftigt:

Beschäftigte	2012	2013
Geschäftsführer	1	1
Beamte	2	2
Arbeiter	390	398
Angestellte	77	75
Wertstoffpaten	22	24
Auszubildende	0	0
Gesamt	492	500

13. Wichtige Verträge

- Mit der Stadtwerke Mainz AG hat der Eigenbetrieb am 16.03.1990 einen Stromlieferungsvertrag für die Deponiegasverstromung auf der Deponie Budenheim geschlossen. Hierin verpflichtet sich der Eigenbetrieb, die gesamte in seiner Stromerzeugungsanlage erzeugte elektrische Energie, soweit sie den Eigenbedarf übersteigt, an die Stadtwerke Mainz AG zu liefern. Diese Mengen werden nach EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) abgerechnet.
- Seit 2004 erfolgt die Verbrennung des Deponiesickerwassers im MHKW. Die Laufzeit des Vertrages mit der EGM geht bis zum 31.12.2023.
- Am 26.04.1999 schloss der Entsorgungsbetrieb mit der Entsorgungsgesellschaft Mainz mbH einen Vertrag über die thermische Behandlung von Abfällen. Der Behandlungspreis wird nach den Vorschriften der PR 30/53 ermittelt. Von der Anlieferungsmenge entfallen 61.000 t/a auf die Stadt Mainz und 33.000 t/a auf den Landkreis Mainz-Bingen. Der Vertrag endet am 31.12.2023. Weiterhin schloss die Stadt Mainz am 21.01.2000 mit der Entsorgungsgesellschaft einen Vertrag über die thermische Behandlung von jährlich 17.000 t Abfällen aus dem Donnersbergkreis. Der Vertrag endet am 31.12.2023.
- Mit der Verwertung von Altholz ist die Firma Knettenbrech & Gurdulic für die Jahre 2012 und 2013, mit der Verwertung von Bauschutt die Firmen Meinhardt Städtereinigung GmbH und der ELW beauftragt. Die FA. WEKO wurde für die Verwertung von PPK-Abfällen beauftragt.
- Mit dem Landkreis Mainz-Bingen hat die Stadt Mainz am 17.06.1993 einen Vertrag über die Anlieferung von Bioabfällen in das Humuswerk Essenheim durch die Stadt Mainz abgeschlossen. Im Jahr 2011 wurde dieser Vertrag um weitere 12 Jahre vorzeitig verlängert.
- Mit dem Landkreis Mainz-Bingen wurde am 26. April 1999 eine Zweckvereinbarung zur Übernahme von Abfallentsorgungsaufgaben des Landkreises Mainz-Bingen durch die Stadt Mainz geschlossen. Am 01.07.2010 wurde eine weitere Zweckvereinbarung zu der abfallwirtschaftlichen Kooperation über die Einsammlung von Restmüll und Bioabfall sowie Sperrmüll und PPK abgeschlossen. Die Vereinbarung ist seit dem 01.01.2012 in Kraft.
- Die Stadt Mainz und der Donnersbergkreis haben am 21.01.2000 eine Zweckvereinbarung zur Übernahme von Abfallentsorgungsaufgaben des Donnersbergkreises durch die Stadt Mainz geschlossen.
- Die Verwertung von Grünabfall erfolgt für die Anliefermenge in Weisenau durch die Fa. Meinhardt Städtereinigung GmbH und bei Anlieferungen in Essenheim durch die Fa. Veolia Umweltservice West GmbH, Soest.
- Seit dem 01.06.2010 sortiert der Entsorgungsbetrieb den Sperrmüll in Eigenregie. Hierzu hat er einen Pachtvertrag über eine Sperrmüllsortieranlage mit der Fa. Meinhardt Städtereinigung GmbH und einen Betriebsführungsvertrag mit der Fa. MERA Personal-Leasing GmbH abgeschlossen. Die Verträge sind zum

31.05.2013 gekündigt worden. Seit Juni 2013 sortiert und verwertet die Fa. Meinhardt Städtereinigung GmbH den Sperrmüll der Stadt Mainz.

- Seit August 2011 erfolgt die Behandlung von Straßenkehricht durch die Fa. Althaus & Sander.
- Zwischen dem Entsorgungsbetrieb und der Mainzer Golfclub GmbH & Co. KG wurde mit Datum vom 19.03.2007 ein Erbbaupachtvertrag über wesentliche Teile des Deponiegeländes im Entsorgungszentrum Budenheim für die Dauer von 99 Jahren geschlossen.
- Im März 2010 wurden nach einem öffentlichen Bieterverfahren Konzessionsverträge über die Verfüllung des Steinbruchs Laubenheim-Nord mit drei Firmen abgeschlossen.

14. Public Corporate Governance Kodex

Der Public Corporate Governance Kodex gilt sinngemäß auch für die Eigenbetriebe der Stadt Mainz. Die Eigenbetriebe haben die darüber hinausgehenden gesetzlichen Vorgaben und Berichtspflichten der EigAnVO und der GemO Rh-Pf sowie die Vorgaben der Satzung zu berücksichtigen.

Die Werkleitung hat den Empfehlungen des Mainzer Public Corporate Governance Kodex weitgehend entsprochen. Es ergaben sich folgende Abweichungen von den Empfehlungen:

Der Werkausschuss soll künftig einmal jährlich über Verbesserungsmöglichkeiten seiner Tätigkeit beraten.

Ein Managementletter über die Jahresabschlussprüfung 2013 wurde vom Wirtschaftsprüfer nicht erstellt.

Eine Aufgliederung und Angabe der Gesamtbezüge der Werkausschuss-Mitglieder wurde im Anhang nicht vorgenommen, da die Werkausschuss-Mitglieder außer einem Sitzungsgeld keine Bezüge erhalten.

Eine Directors & Officers-Versicherung (Vermögensschadenshaftpflichtversicherung) wurde für die Werkleitung und die Werkausschuss-Mitglieder durch die Landeshauptstadt Mainz nicht abgeschlossen. Stattdessen hat die Landeshauptstadt Mainz eine Vermögenseigenschadensversicherung (Versicherungssumme i.H.v. 50 T€) für Personen abgeschlossen, die im Dienst-, Arbeits- und Ausbildungsverhältnis zu der Landeshauptstadt Mainz stehen, für Personen die ehrenamtlich oder nebenberuflich für die Landeshauptstadt Mainz tätig sind sowie Mitglieder des Stadtrats und dessen Ausschüsse.

3.3 Stadtentwicklung und Wohnungswirtschaft

3.3.1 Wohnbau Mainz GmbH



Wohnbau Mainz GmbH

Dr. Martin-Luther-King-Weg 20
55122 Mainz

Tel.: 06131/807-0
Fax:06131-807-100
webmaster@wohnbau-mainz.de
www.wohnbau-mainz.de

1. Gründung der Gesellschaft 15. März 1917
Datum der aktuellen Fassung des Gesellschaftsvertrages 17. Dezember 2009

2. Wirtschaftsjahr Kalenderjahr
Stammkapital 35.500 €
Letzte Stammkapitalveränderung Erhöhung in 2009 um 4.328,09 €

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital i.H.v. 35.500 T€ sind folgende Gesellschafter beteiligt:

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in T€
Stadt Mainz	89,8	31.879
RIO Energieeffizienz GmbH & Co. KG	10,2	3.621

4. Gegenstand des Unternehmens

Der Zweck der Gesellschaft ist eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung für die Landeshauptstadt Mainz. Die Überlassung von Mietwohnungen soll einer sozialverträglichen Preisbildung unter der Berücksichtigung einer angemessenen Verzinsung des Eigenkapitals folgen. Zur Erfüllung dieses Zwecks kann die Gesellschaft alle im Bereich der Wohnungswirtschaft anfallenden Aufgaben übernehmen, bauliche Anlagen erwerben, bebauen, pachten, verpachten, veräußern, treuhänderisch für Dritte verwalten sowie Erbbaurechte erwerben, belasten und veräußern. Die Gesellschaft kann Tochtergesellschaften und Zweigniederlassungen errichten, sich an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen, solche erwerben oder deren Vertretung übernehmen.

5. Besetzung der Organe

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung.

Geschäftsführung

Herr Thomas Will
Herr Franz Ringhoffer

Aufsichtsrat

Bgo. Kurt Merkator (Vorsitzender)	Stadt Mainz
StRM Dr. Peter Tress (CDU)	Stadt Mainz
StRM Karin Trautwein (CDU)	Stadt Mainz
StRM Johannes Klomann (SPD)	Stadt Mainz
StRM Martin Kinzelbach (SPD)	Stadt Mainz
StRM Antje Kuessner (Bündnis 90/Die Grünen)	Stadt Mainz
Ulrich Steinbach, MdL (Bündnis 90/Die Grünen)	Stadt Mainz
StRM Waltraud Hingst (DIE LINKE)	Stadt Mainz
Stephan Krome	RIO Energieeffizienz GmbH & Co. KG

Gäste mit beratender Stimme

Hanns-Detlev Höhne	Stadtwerke Mainz AG
Thomas Klein	Betriebsrat Wohnbau Mainz GmbH
Bgm. Günter Beck	Beteiligungsdezernent Stadt Mainz
Bgo. Marianne Grosse	Baudezernentin Stadt Mainz

Gesellschafterversammlung

Herr Bgo. Kurt Merkator vertritt die Interessen der Stadt Mainz in der Gesellschafterversammlung. Er kann sich gemäß § 88 Abs. 1 S. 4 GemO durch eine/n Gemeindebedienstete/n vertreten lassen.

6. Beteiligungen an anderen Unternehmen

Gesellschaft	gesamt Stamm-/ Kommandit- kapital in T€	Anteil der WBM in %
WB Services GmbH	25	100,0
WB Wohnraum Mainz Beteiligungs GmbH	25	100,0
WB Wohnraum Mainz GmbH & Co. KG	100	99,0
WB Gewerbeimmobilien Mainz Beteiligungs GmbH	25	100,0
WB Gewerbeimmobilien Mainz GmbH & Co. KG	10	99,0
Zimolit Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	25	100,0
Proviantmagazin Mainz Verwaltungs GmbH	25	70,0
Proviantmagazin Mainz GmbH & Co. KG	0	70,0
Gonsbacherassen GmbH	25	50,0

7. Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die unter der Überschrift „Gegenstand des Unternehmens“ aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck nicht-wirtschaftlicher Unternehmen einer Gemeinde und begründen ihr Engagement. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit der Stadt Mainz und ihrem voraussichtlichen Bedarf.

8. Grundzüge des Geschäftsverlaufes

Bilanz zum 31.12.2013		T€
Aktivseite		
A. Anlagevermögen		206.360
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		462
II. Sachanlagen		565
III. Finanzanlagen		205.333
B. Umlaufvermögen		23.007
I. Andere Vorräte		194
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		17.259
III. Flüssige Mittel		5.554
C. Rechnungsabgrenzungsposten		1
Bilanzsumme		229.368
Passivseite		
A. Eigenkapital		166.941
I. Gezeichnetes Kapital		35.500
II. Kapitalrücklage		94.621
III. Gewinnrücklagen		60.052
IV. Verlustvortrag		-23.476
V. Jahresüberschuss		244
B. Rückstellungen		13.665
C. Verbindlichkeiten		48.762
Bilanzsumme		229.368

Gewinn- und Verlustrechnung 2013		T€
1.	Umsatzerlöse	1.704
2.	Verminderung des Bestands an zum Verkauf bestimmten Grundstücken mit fertigen oder unfertigen Bauten sowie unfertigen Leistungen	18
3.	Sonstige betriebliche Erträge	3.290
4.	Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	933
5.	Personalaufwand	8.746
6.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	170
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.397
8.	Erträge aus Beteiligungen	11.053
9.	Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	343
10.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	9
11.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.136
12.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.272
13.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	35
14.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-239
15.	Sonstige Steuern	30
16.	Jahresüberschuss	244

Kapitalflussrechnung 2013		T€
Zahlungsmittelbestand am Anfang der Periode		7.767
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit		-2.873
Cash Flow aus Investitionstätigkeit		-2.003
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit		2.663
Zahlungsmittelbestand am Ende der Periode		5.554

Finanzwirtschaftliche Kennzahlen 2013

I. Ertragslage		
1.	Eigenkapitalrentabilität	*
2.	Gesamtkapitalrentabilität	*
II. Vermögensaufbau		
1.	Anlagenintensität	*
2.	Intensität des Umlaufvermögens	*
III. Anlagenfinanzierung		
1.	Anlagendeckung I	*
2.	Anlagendeckung II	*
IV. Kapitalausstattung		
1.	Eigenkapitalquote	72,8%
2.	Fremdkapitalquote	27,2%
V. Liquidität		
	Liquiditätsgrad I	*

* Nach der Neustrukturierung der Wohnbau Mainz Gruppe im Jahr 2009 sind isolierte Kennzahlen der Wohnbau Mainz GmbH ohne Berücksichtigung der Tochtergesellschaften nicht mehr aussagefähig, weshalb die Angaben zu den Kennzahlen unterbleiben.

9. Lage des Unternehmens

Die Wohnbau Mainz GmbH ist Dienstleister für ihre Tochtergesellschaften innerhalb des Wohnbau-Konzerns. Sie stellt das erforderliche Personal und die Sachmittel für die Tochtergesellschaften zur Verfügung. Für die Beurteilung der tatsächlichen wirtschaftlichen Lage ist der Konzernabschluss maßgebend. Hier wird für das Geschäftsjahr 2013 ein Konzernjahresüberschuss von 10,8 Mio. € (Vorjahr: 11,5 Mio. €) ausgewiesen.

Das Geschäftsjahr 2013 der Wohnbau Mainz GmbH schließt mit einer Bilanzsumme von 229,4 Mio. € ab. Trotz höherer unterjähriger Gewinnentnahmen der Wohnbau Mainz GmbH bei den beiden Tochtergesellschaften WB Wohnraum und WB Gewerbeimmobilien zur Deckung ihrer Personal- und Sachaufwendungen von insgesamt 11,1 Mio. € ist der Jahresüberschuss bei der Wohnbau Mainz GmbH im Geschäftsjahr 2013 in Höhe von 0,2 Mio. € (Vorjahr: 1,1 Mio. €) geringer ausgefallen. Der Ergebnissrückgang ist im Wesentlichen auf eine Aufstockung der Drohverlustrückstellungen für Verluste aus dem Sale-and-Lease-back-Geschäft mit der Zimolit KG in Höhe von 1,8 Mio. € bedingt. Im Vorjahr enthielt das Jahresergebnis überdies eine einmalige Umsatzsteuererstattung für 2009 in Höhe von 1,4 Mio. €.

Nach Berücksichtigung der unterjährigen Gewinnentnahmen betragen die bereinigten Jahresergebnisse 2013 bei der WB Wohnraum 5,9 Mio. € (Vorjahr: 5,2 Mio. €) und bei der WB Gewerbeimmobilien 1,7 Mio. € (Vorjahr: 0,6 Mio. €). Die WB Services hat das Geschäftsjahr 2013 mit einem Jahresüberschuss vor

Ergebnisabführung an die Wohnbau Mainz GmbH in Höhe von 0,3 Mio. € (Vorjahr: 0,5 Mio. €) abgeschlossen.

Auf der Grundlage der mehrjährigen Finanz- und Wirtschaftsplanung erwartet die Geschäftsführung auch in den nächsten Jahren positive Geschäftsentwicklungen. Für die Geschäftsjahre 2014 und 2015 werden weiterhin Konzernjahresüberschüsse prognostiziert.

10. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde

Im Berichtszeitraum 2013 kam es zu keinen Kapitalzuführungen bzw. -entnahmen durch die Gesellschafterin Stadt Mainz.

Zahlungsverkehr zwischen der Stadt Mainz und der Wohnbau Mainz (Konzern) im Geschäftsjahr 2013

Zahlungen von der Stadt Mainz an die Wohnbau (Konzern) in 2013	T€
Miete	756
Belegungsrechte	10
Spenden	0
Schuldendiensthilfe	107
Zinszuschüsse	1
Soziale Stadt (Gelungene Nachbarschaft)	47
Gesamt	921

Die Forderungen gegenüber der Stadt Mainz betragen 274 T€.

Zahlungen von der Wohnbau (Konzern) an die Stadt Mainz in 2013	T€
Kapitaldienst	72
Pacht	7
Grundsteuer	1.612
Kanalgebühren / Entwässerung	8
Garagenkosten / Stellplätze	5
Erbbauzinsen	91
Bürgschaftsgebühren	686
Sanierungsausgleich	0
Betriebskosten Proviantmagazin	34
Sonstiges	372
Gesamt	2.887

Die Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Mainz betragen 3.645 T€.

Von der Stadt Mainz übernommene Bürgschaften zum 31.12.2013

Bürgschaften (Konzern)	Urspr. Darlehen T€	31.12.2012 T€	31.12.2013 T€
von Stadt Mainz	111.500	91.500	91.500

Von der Stadt Mainz gewährte Darlehen zum 31.12.2013

Keine

11. Aufwendungen für Gesellschaftsorgane

Die Bezüge der Geschäftsführung sind individualisiert nach der Aufgliederung des § 285 Nr. 9 a) und c) HGB anzugeben:

a) Geschäftsführung

Bezüge der Geschäftsführung in 2013	T€
Fixgehalt	399

b) Aufsichtsrat

Bezüge der Aufsichtsratsmitglieder in 2013	T€
Sitzungsgelder inkl. Bewirtung	7

12. Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

13. Personal

Die Gesellschaft hat folgende Mitarbeiter beschäftigt:

Beschäftigte	2012	2013
Geschäftsführer	2	2
Beamte	0	0
Beschäftigte	132	133
Auszubildende	12	13
Praktikanten/Aushilfen	0	0
Gesamt	146	148

14. Ausführung zu den Anforderungen im Sinne des § 90 GemO (notwendige öffentliche Bekanntmachungen)

1. Die Gesellschafterversammlung der Wohnbau Mainz GmbH hat in der Sitzung vom 18.06.2014 den Jahresabschluss der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2013 mit einer Bilanzsumme von 229.368 T€ und einem Jahresüberschuss in Höhe von 244 T€ festgestellt.
2. Der Jahresabschluss zum 31.12.2013 und der Lagebericht der Wohnbau Mainz GmbH wurden von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BRV AG geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

3. In der Gesellschafterversammlung der Wohnbau Mainz GmbH vom 18.06.2014 wurde der Beschluss gefasst, den Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2013 i.H.v. 244 T€ auf neue Rechnung vorzutragen.
4. Der Jahresabschluss und Lagebericht zum 31.12.2013 der Wohnbau Mainz GmbH werden gleichzeitig mit dieser Bekanntmachung, entsprechend der Ankündigung im Bekanntmachungsorgan der Stadt Mainz, öffentlich ausgelegt.

15. Public Corporate Governance Kodex

Der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung der Wohnbau Mainz GmbH haben den Bericht zum Public Corporate Governance Kodex für das Wirtschaftsjahr 2013 in der Aufsichtsratssitzung am 07.03.2014 zur Kenntnis genommen. Es ergaben sich folgende Abweichungen von den Empfehlungen:

Der Aufsichtsrat soll künftig regelmäßig über Verbesserungsmöglichkeiten seiner Tätigkeit beraten.

Ein Managementletter über die Jahresabschlussprüfung 2013 wurde vom Wirtschaftsprüfer nicht erstellt.

Die Vergütungssätze der Aufsichtsratsmitglieder wurden nicht im Anhang gesondert aufgeführt, da eine solche Aufteilung gem. § 286 Abs. 4 HGB nur für börsennotierte Gesellschaften verpflichtend ist.

Im Berichtsjahr wurden keine Beratungs- und Vermittlungsleistungen an Aufsichtsratsmitglieder beauftragt.

Ein Ausweis der Geschäftsführervergütungen aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen wurde im Anhang nicht vorgenommen, da eine solche Aufteilung gem. § 286 Abs. 4 HGB nur für börsennotierte Gesellschaften verpflichtend ist.

3.3.2 Mainzer Aufbaugesellschaft mbH

Mainzer Aufbaugesellschaft mbH

Mainzer Aufbaugesellschaft mbHHechtsheimer Straße 37
55131 MainzTel.: 06131/95201-0
Fax:06131-95201-20
info@mag-mainz.de
www.mag-mainz.de

1. Gründung der Gesellschaft	12. September 1966
Datum der aktuellen Fassung des Gesellschaftsvertrages	22. Dezember 2011
2. Wirtschaftsjahr	Kalenderjahr
Stammkapital	3.884.818 €
Letzte Stammkapitalveränderung	Keine

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital i.H.v. 3.885 T€ sind folgende Gesellschafter beteiligt:

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in T€
Stadt Mainz	43,3	1.683
Epple Holding GmbH	24,9	967
Sparkasse Mainz	9,9	384
Mainzer Volksbank e.G.	9,9	384
Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH	6,6	256
Landesbank Baden-Württemberg	2,7	105
FVH Frankfurter Vermögens-Holding GmbH	2,7	105

4. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist der Erwerb und die Veräußerung, die Bebauung und Nutzung sowie die Bewirtschaftung und Verwaltung von Grundbesitz sowie die Tätigkeit als Projektentwickler. Die Gesellschaft kann zur Erfüllung dieses Zweckes Grundstücke und Bauwerke jeder Art erwerben und veräußern, bebauen, pachten und wieder verpachten und darüber hinaus auch treuhänderisch für Dritte verwalten sowie Immobilien planen und betreuen.

Zum Gegenstand gehören insbesondere die Durchführung von Baumaßnahmen, die Erbringung aller damit zusammenhängenden Leistungen sowie die im Absatz 1 genannten Tätigkeiten soweit diese zur Erfüllung der öffentlichen Aufgaben der Stadt Mainz dienen.

Die Gesellschaft darf andere Unternehmen gleicher Art oder ähnlicher Art erwerben, sich an solchen beteiligen sowie deren Vertretung übernehmen.

Der Gegenstand des Unternehmens ist als eine wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Abs. 1 GemO zu klassifizieren.

5. Besetzung der Organe

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung.

Geschäftsführung	
Herr Martin Dörnemann	
Herr Christian von der Lühe	
Aufsichtsrat	
Bgm. Günter Beck (Vorsitzender)	Stadt Mainz
StRM Hannsgeorg Schönig (CDU)	Stadt Mainz
StRM Martin Kinzelbach (SPD)	Stadt Mainz
StRM Ansgar Helm-Becker (Bündnis 90/Die Grünen)	Stadt Mainz
Andreas Epple	Epple Holding GmbH
Michael Gölz (stellvertretender Vorsitzender)	Justiziar der Sparkasse Mainz
Sabine Helweg	Direktorin/Leiterin Immobilienkunden SEB AG
Andreas Jungkenn	Prokurist MVB
Harald Schmitz	Direktor/Leiter Immobilienkunden LBBW
Bgo. Christopher Sitte	Geschäftsführer der ZBM GmbH, Wirtschaftsdezernent der Stadt Mainz
Mitglied mit beratender Stimme	
Bgo. Marianne Grosse	Baudezernentin der Stadt Mainz

Gesellschafterversammlung:

Herr Bgm. Günter Beck vertritt die Interessen der Stadt Mainz in der Gesellschafterversammlung. Er kann sich gemäß § 88 Abs. 1 S. 4 GemO durch eine/n Gemeindebedienstete/n vertreten lassen.

6. Beteiligungen an anderen Unternehmen

Die MAG stellt freiwillig einen Konzernabschluss und einen Konzernlagebericht nach den §§ 290 ff. HGB auf. In den Konsolidierungskreis einbezogen sind 7 verbundene Unternehmen, 10 mittelbare Gemeinschaftsunternehmen sowie 9 Beteiligungen an assoziierten Unternehmen.

Gesellschaft	gesamt Stamm-/ Kommandit- kapital in T€	Anteil in %
MAG Gewerbebau GmbH, Mainz	26	100,0
Grundstücksverwaltungsgesellschaft "Löhrstraße zwei" mbH, Mainz	26	100,0
MAG Projektentwicklungs GmbH, Mainz	26	100,0
MAG Kommunalbau GmbH, Mainz	26	100,0
M.T.E. Ludus Beteiligungsgesellschaft mbH, Mainz	1.058	100,0
MAG Hopfengarten Verwaltungs GmbH, Mainz	26	100,0
MAG Hopfengarten GmbH & Co. KG, Mainz	100	100,0

Beteiligungen

PMG Parken in Mainz GmbH, Mainz	358	50,0
Aufbaugesellschaft Taubertsberg Vewaltungs GmbH, Mainz	50	50,0
Aufbaugesellschaft Taubertsberg GmbH & Co. KG, Mainz	1.000	50,0
Projektgesellschaft Lerchenberg GmbH, Mainz	25	50,0
Maicor Projektentwicklung Winterhafen GmbH, Mainz	26	25,8
Wohnen am Golfplatz GmbH, Mainz	25	50,0
Trigon GmbH & Co. KG, Ingelheim	2	50,0
Trigon Verwaltungsgesellschaft mbH	25	50,0
emag GmbH, Mainz	50	49,0

mittelbare Beteiligungen

Spielbank Mainz/Trier/Bad Ems GmbH & Co. KG, Mainz ¹⁾	4.728 ²⁾	34,0
Spielbank Verwaltungsgesellschaft Mainz/Trier/ Bad Ems mbH, Mainz ¹⁾	0 ²⁾	34,0
Rheingoldhalle GmbH & Co. KG, Mainz ³⁾	2.800	80,0
Rheingoldhalle Verwaltungs-GmbH, Mainz ³⁾	25	80,0
Projekt Kisselberg Verwaltungsgesellschaft mbH, Mainz ⁴⁾	25	100,0
Projektgesellschaft Kisselberg GmbH & Co. KG, Mainz ⁴⁾	1	100,0
Studierenden-Wohnanlage Kisselberg Verwaltungsgesellschaft mbH, Mainz ⁴⁾	25	100,0
Studierenden-Wohnanlage Kisselberg GmbH & Co. KG, Mainz ⁴⁾	1	5,1
Projektgesellschaft WTR GmbH & Co. KG, Mainz ⁵⁾	1	50,0
Projekt WTR Verwaltungsgesellschaft mbH, Mainz ⁵⁾	25	50,0

¹⁾ Mittelbare Beteiligung über die M.T.E. Ludus Beteiligungsgesellschaft mbH.

²⁾ Angegeben wird das Eigenkapital zum 31. Dezember 2013.

³⁾ Mittelbare Beteiligung über die PMG Parken in Mainz GmbH.

⁴⁾ Mittelbare Beteiligung über die Taubertsberg GmbH & Co. KG.

⁵⁾ Mittelbare Beteiligung über die emag GmbH.

7. Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die unter der Überschrift „Gegenstand des Unternehmens“ aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck einer Gemeinde und begründen ihr Engagement. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit der Stadt Mainz und ihrem voraussichtlichen Bedarf.

8. Grundzüge des Geschäftsverlaufes

Bilanz zum 31.12.2013	
Aktivseite	T€
A. Anlagevermögen	44.251
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	59
II. Sachanlagen	21.518
III. Finanzanlagen	22.674
B. Umlaufvermögen	26.762
I. Vorräte	4.511
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	11.533
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	10.718
Bilanzsumme	71.013
Passivseite	
A. Eigenkapital	18.972
I. Gezeichnetes Kapital	3.885
II. Kapitalrücklage	2.056
III. Genussrechtskapital	6.559
IV. Bilanzgewinn	6.472
B. Rückstellungen	1.629
C. Verbindlichkeiten	50.412
D. Rechnungsabgrenzungsposten	
Bilanzsumme	71.013

Gewinn- und Verlustrechnung 2013		T€
1.	Umsatzerlöse	5.518
2.	Verminderung des Bestands an unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	-2.264
3.	Sonstige betriebliche Erträge	4.034
4.	Materialaufwand	891
5.	Personalaufwand	2.838
6.a	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.253
6.b	Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten	0
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.591
8.	Erträge aus Beteiligungen	7.136
9.	Aufwendungen aus Beteiligungen	66
10.	Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	723
11.	Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	817
12.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	74
13.	Aufwendungen aus Verlustübernahme	1.672
14.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.032
15.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5.695
16.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	327
17.	Vergütung für Genussrechtskapital	508
18.	Jahresüberschuss	4.860
19.	Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	1.611
20.	Bilanzgewinn	6.471

Kapitalflussrechnung 2013		T€
Zahlungsmittelbestand am Anfang der Periode		6.720
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit		-3.179
Cash Flow aus Investitionstätigkeit		10.157
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit		-2.980
Zahlungsmittelbestand am Ende der Periode		10.718

Finanzwirtschaftliche Kennzahlen 2013

I. Ertragslage		
1.	Eigenkapitalrentabilität	25,6%
2.	Gesamtkapitalrentabilität	9,6%
II. Vermögensaufbau		
1.	Anlagenintensität	62,3%
2.	Intensität des Umlaufvermögens	37,7%
III. Anlagenfinanzierung		
1.	Anlagendeckung I	42,9%
2.	Anlagendeckung II	89,2%
IV. Kapitalausstattung		
1.	Eigenkapitalquote	26,7%
2.	Fremdkapitalquote	73,3%
V. Liquidität		
	Liquiditätsgrad I	504,0%

9. Lage des Unternehmens

Das Geschäftsjahr 2013 schließt mit einer Bilanzsumme von 71.013 T€ und einem Bilanzgewinn i.H.v. 6.471 T€ ab. Der Jahresüberschuss in Höhe von 4.860 T€ resultiert maßgeblich aus dem Anstieg des Beteiligungsergebnisses um 6.863 T€, welcher im Wesentlichen durch den Anstieg des anteiligen Gewinns der Taubertsberg KG (4,054 T€; i.Vj. 68 T€), der Kapitalherabsetzung und –rückzahlung bei der MAG Hopfengarten KG (2.556 T€) sowie dem Ertrag aus Gewinnabführungsverträgen der MAG-Gewerbebau GmbH (723 T€; i.Vj. Verlustübernahme 23 T€) bedingt ist. Belastet wurde das Beteiligungsergebnis durch die Verlustübernahme von der M.T.E. Ludus (1.121 T€; im Vorjahr 21 T€).

Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft hat sich ergebnisbedingt von 19,3% auf 26,7% verbessert. Während die langfristigen Bankverbindlichkeiten um 2,8 Mio. €, die kurzfristigen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 2,7 Mio. €, ein Darlehen der Stadt Mainz um 1,1 Mio. € reduziert wurden, haben sich die langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Mainz auf 4,5 Mio. € erhöht.

Der Bestand an liquiden Mitteln hat sich um 4,0 Mio. € auf 10,7 Mio. € erhöht. Dabei resultiert der Zahlungsmittelzugang im Wesentlichen aus der Desinvestitionstätigkeit in das Sachanlagenvermögen (5,6 Mio. €) und das Finanzanlagevermögen (5,0 Mio. €). Demgegenüber war der Zahlungsmittelzufluss aus der operativen Tätigkeit negativ (-3,2 Mio. €). Die Tilgungen übertrafen die Kreditaufnahmen um 3,0 Mio. €, weshalb in dieser Höhe ein negativer Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit entstanden ist.

10. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde

Für das Geschäftsjahr 2013 erhält die Stadt Mainz eine Verzinsung auf das Genussrecht in Höhe von 507 T€.

Zahlungsverkehr zwischen der Stadt Mainz und der Mainzer Aufbaugesellschaft mbH im Geschäftsjahr 2013

Zahlungen von der Stadt Mainz an die MAG in 2013		T€
Miete Kita Marienborn		88
Grundstückskauf Hechtsheimer Str. (Gymnasium Oberstadt)		3.285
Gesamt		3.373

Die Forderungen gegenüber der Stadt Mainz betragen 1.073 T€.

Zahlungen von der MAG an die Stadt Mainz in 2013		T€
Gewerbesteuer		0
Grundsteuer		137
Avalprovision, Bürgschaftsprovision		38
Oberflächenwasser		3
Genussrechtsverzinsung		507
Gesamt		685

Es bestehen Darlehen i.H.v. 4.848 T€, die mit 7,74% (ab 1.7.14 4,53%) verzinst werden.

Von der Stadt Mainz übernommene Bürgschaften zum 31.12.2013:

Bürgschaften	Urspr. Darlehen T€	31.12.2012 T€	31.12.2013 T€
von Stadt Mainz	14.725	5.144	4.402

Von der Stadt Mainz gewährte Darlehen zum 31.12.2013:

Darlehen	Urspr. Darlehen T€	31.12.2012 T€	31.12.2013 T€
von Stadt Mainz	5.000	4.907	4.848

11. Aufwendungen für Gesellschaftsorgane

Die Bezüge der Geschäftsführung sind individualisiert nach der Aufgliederung des § 285 Nr. 9 a) und c) HGB anzugeben:

a) Geschäftsführung

Keine Angabe

b) Aufsichtsrat

Bezüge der Aufsichtsratsmitglieder in 2013	T€
Sitzungsgelder	7
Aufsichtsratsvergütung	36

12. Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

13. Personal

Die Gesellschaft hat folgende Mitarbeiter beschäftigt:

Beschäftigte	2012	2013
Geschäftsführer	2	2
Beamte	0	0
Beschäftigte	40	44
Auszubildende	3	3
Praktikanten/Aushilfen	0	0
Gesamt	45	49

14. Ausführung zu den Anforderungen im Sinne des § 90 GemO (notwendige öffentliche Bekanntmachungen)

Die im Sinne des § 90 GemO geforderten Ausführungen entfallen, da es sich bei der Gesellschaft um eine mehrheitlich privat beherrschte Gesellschaft handelt.

15. Public Corporate Governance Kodex

Der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung der MAG haben den Bericht zum Public Corporate Governance Kodex für das Wirtschaftsjahr 2013 in der Aufsichtsratssitzung am 27.03.2014 zur Kenntnis genommen. Es ergaben sich folgende Abweichungen von den Empfehlungen:

Schulungs- und Informationsveranstaltungen der Aufsichtsratsmitglieder haben im Wirtschaftsjahr 2013 nicht stattgefunden; ein Schulungsprogramm soll für zukünftige Geschäftsjahre entwickelt werden.

Entscheidungsnotwendige Unterlagen wurden den Aufsichtsratsmitgliedern in einem Zeitraum von spätestens 14 bis 3 Tagen vor der Sitzung zugesandt; die Tagesordnungspunkte wurden im Rahmen von Managementpräsentationen eingehend erläutert.

Ein Managementletter wurde von dem Wirtschaftsprüfer nicht erstellt, da hierzu keine Veranlassung bestand.

Die Vergütungssätze der Aufsichtsratsmitglieder wurden nicht im Anhang gesondert aufgeführt, da eine solche Aufteilung gem. § 286 Abs. 4 HGB nur für börsennotierte Gesellschaften verpflichtend ist.

Ein Ausweis der Geschäftsführervergütung aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen wurde im Anhang nicht vorgenommen, da eine solche Aufteilung gem. § 286 Abs. 4 HGB nur für börsennotierte Gesellschaften verpflichtend ist.

Die Vergütung der Geschäftsführung wurde durch den Wirtschaftsprüfer nicht überprüft und schriftlich bestätigt, da der Aufsichtsrat eine solche Sonderprüfung nicht beauftragt hat.

3.3.3 Rheingoldhalle Verwaltungs-GmbH

Rheingoldhalle Verwaltungs-GmbH Mainz

Hechtsheimer Straße 37
55131 Mainz

Tel.: 06131/95201-0
Fax: 06131/95201-20

1. Gründung der Gesellschaft 07. Mai 2004
Datum der aktuellen Fassung des Gesellschaftsvertrages 11. Oktober 2004

2. Wirtschaftsjahr Kalenderjahr
Stammkapital 25.000 €
Letzte Stammkapitalveränderung Keine

3. Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil in	Anteil in
	%	T€
Stadt Mainz	20,0	5
Parken in Mainz GmbH	80,0	20

4. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung bei Handelsgesellschaften, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende geschäftsführende Gesellschafterin an der Rheingoldhalle GmbH & Co. KG, die die Projektierung, die Errichtung, die Betreuung, Vermietung und Verpachtung des Erweiterungsbaus Rheingoldhalle sowie die Vermietung und Verpachtung des Rathausparkhauses zum Gegenstand hat. Die GmbH kann Geschäfte jeder Art tätigen, die dem Gegenstand des Unternehmens unmittelbar oder mittelbar dienen.

Der Gegenstand des Unternehmens ist als eine wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 85 Abs. 1 GemO zu klassifizieren.

5. Besetzung der Organe

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung.

Geschäftsführung

Herr Martin Dörnemann

Gesellschafterversammlung

Frau Bgo. Marianne Grosse vertritt die Interessen der Stadt Mainz in der Gesellschafterversammlung. Sie kann sich gemäß § 88 Abs.1 S. 4 GemO durch eine/n Gemeindebedienstete/n vertreten lassen.

6. Beteiligungen an anderen Unternehmen

Beteiligungsverhältnisse zu anderen Unternehmen bestehen nicht. Die Rheingoldhalle Verwaltungs-GmbH ist persönlich haftende Gesellschafterin bei der Rheingoldhalle GmbH & Co. KG, Mainz.

7. Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die unter der Überschrift „Gegenstand des Unternehmens“ aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck wirtschaftlicher Unternehmen einer Gemeinde und begründen ihr Engagement. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit der Stadt Mainz und ihrem voraussichtlichen Bedarf.

8. Grundzüge des Geschäftsverlaufes

Bilanz zum 31.12.2013		T€
Aktivseite		
A. Umlaufvermögen		48
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		34
II. Guthaben bei Kreditinstituten		14
Bilanzsumme		48
Passivseite		
A. Eigenkapital		42
I. Stammkapital		25
II. Gewinnvortrag		14
III. Jahresüberschuss		3
B. Rückstellungen		5
C. Verbindlichkeiten		1
Bilanzsumme		48
Gewinn- und Verlustrechnung 2013		T€
1. Sonstige betriebliche Erträge		8
2. Sonstige betriebliche Aufwendungen		4
3. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		0
4. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		4
5. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		1
6. Jahresüberschuss		3

9. Lage des Unternehmens

Der Geschäftsverlauf der Gesellschaft wird ausschließlich durch die Geschäftsführung sowie die Vertretung und Übernahme der persönlichen Haftung für die Rheingoldhalle GmbH & Co. KG bestimmt. Die Gesellschaft ist ausschließlich als Komplementärin ohne Einlage bei der Rheingoldhalle GmbH & Co. KG tätig.

Das Geschäftsjahr 2013 schließt mit einer Bilanzsumme von 48 T€ und einem Jahresüberschuss von 3 T€ (Vorjahr: 1 T€) ab. Wesentliche Risiken in materieller und rechtlicher Hinsicht sind nicht erkennbar. Sie können im Wesentlichen nur aus der Übernahme der persönlichen Haftung für die Rheingoldhalle GmbH & Co. KG entstehen.

Die Gewährung der Risikoentschädigung sowie der Ersatz der mit der Geschäftsführung im Zusammenhang stehenden Aufwendungen durch die Rheingoldhalle GmbH & Co. KG lassen auch zukünftig einen angemessenen Ertrag erwarten, so dass sich die Jahresergebnisse der Geschäftsjahre 2014 und 2015 jeweils entsprechend dem des Geschäftsjahres 2013 entwickeln werden.

10. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinden

Keine

Von der Stadt Mainz übernommene Bürgschaften zum 31.12.2013

Keine

Von der Stadt Mainz gewährte Darlehen zum 31.12.2013

Keine

11. Aufwendungen für Gesellschaftsorgane

Die Bezüge der Geschäftsführung sind individualisiert nach der Aufgliederung des § 285 Nr. 9 a) und c) HGB anzugeben:

a) Geschäftsführung

Keine

12. Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

13. Personal

Die Gesellschaft hat kein eigenes Personal.

14. Ausführung zu den Anforderungen im Sinne des § 90 GemO (notwendige öffentliche Bekanntmachungen)

Die im Sinne des § 90 GemO geforderten Ausführungen entfallen, da es sich bei der Gesellschaft um eine mehrheitlich privat beherrschte Gesellschaft handelt.

15. Public Corporate Governance Kodex

Die Gesellschaft verfügt über keinen Aufsichtsrat. Daher sind die Empfehlungen unter A.2 des Mainzer Public Corporate Governance Kodex (MPCGK) nicht anwendbar.

Die Gesellschafter und die Geschäftsführung der Rheingoldhalle Verwaltungsgesellschaft mbH haben den Bericht zum Public Corporate Governance Kodex für das Wirtschaftsjahr 2013 in der Gesellschafterversammlung am 03.11.2014 beschlossen.

Die Geschäftsführung hat den Empfehlungen des Mainzer Public Corporate Governance Kodex weitgehend entsprochen. Es ergab sich folgende Abweichung von den Empfehlungen des MPCGK :

Ein Managementletter wurde vom Wirtschaftsprüfer nicht erstellt, da hierzu keine Veranlassung bestand.

3.3.4 Rheingoldhalle GmbH & Co. KG

Rheingoldhalle GmbH & Co. KG

Hechtsheimer Straße 37
55131 Mainz

Tel.: 06131/95201-0
Fax: 06131/95201-20

1. Gründung der Gesellschaft	19. Oktober 2004
Datum der aktuellen Fassung des Gesellschaftsvertrages	11. Oktober 2004
2. Wirtschaftsjahr	Kalenderjahr
Stammkapital	2.800.000 €
Letzte Stammkapitalveränderung	Keine

3. Beteiligungsverhältnisse / Stimmrechte

Das in das Handelsregister eingetragene Haftkapital (Festkapital) der Rheingoldhalle GmbH & Co. KG beträgt 2.800 T€.

Persönlich haftende Gesellschafterin ist die Rheingoldhalle Verwaltungs-GmbH (Komplementär-GmbH) ohne Kapitalanteil. Das gezeichnete Kapital dieser Gesellschaft beträgt 25 T€.

Kommanditisten sind:

Parken in Mainz GmbH mit einer Haftenlage von 2.240 T€ (= 80,0%)

Stadt Mainz mit einer Haftenlage von 560 T€ (= 20,0%).

Gemäß Gesellschaftsvertrag der Rheingoldhalle GmbH & Co. KG werden den Gesellschaftern folgende Stimmrechte eingeräumt:

- Stadt Mainz: Für je 50 € Kapitalanteil werden 49 Stimmen gewährt (Gesamtstimmen der Stadt Mainz: 4.900 bzw. 50,5%)
- PMG: Für je 50 € Kapitalanteil werden 12 Stimmen gewährt (Gesamtstimmen der PMG: 4.800 bzw. 49,5%)

Abweichend von dieser Regelung werden bei Beschlüssen der Gesellschafter, die den Unternehmensgegenstand Projektierung und Errichtung des Erweiterungsbaus Rheingoldhalle berühren, folgende Stimmrechte bzw. Mehrstimmrechte eingeräumt:

- Stadt Mainz: Für je 50 € Kapitalanteil werden 13 Stimmen gewährt (Gesamtstimmen der Stadt Mainz: 1.300 bzw. 76,5%)
- PMG: Für je 50 € Anteil Kapitalanteil wird 1 Stimme gewährt (Gesamtstimmen der PMG: 400 bzw. 23,5%).

Die persönlich haftende Gesellschafterin hat kein Stimmrecht.

4. Gegenstand des Unternehmens

Gesellschaftszweck ist die Projektierung, die Errichtung, die Betreibung, Vermietung und Verpachtung des Erweiterungsbaus Rheingoldhalle sowie die Vermietung und Verpachtung des Rathausparkhauses. Zur Erfüllung des Gesellschaftszweckes kann sich das Unternehmen an einer anderen Gesellschaft beteiligen oder Tochterunternehmen gründen. Die KG kann Geschäfte jeder Art tätigen, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar und mittelbar dienen.

Der Gegenstand des Unternehmens ist als eine wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 85 Abs. 1 GemO zu klassifizieren.

5. Besetzung der Organe

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung.

Geschäftsführung

Zur Geschäftsführung und Vertretung ist allein die persönlich haftende Gesellschafterin (Rheingoldhalle Verwaltungs-GmbH) berechtigt und verpflichtet. Zur Geschäftsführung der Komplementär-GmbH bestellt ist Herr Martin Dörnemann.

Gesellschafterversammlung

Frau Beigeordnete Grosse vertritt die Interessen der Stadt Mainz in der Gesellschafterversammlung. Sie kann sich gemäß § 88 Abs. 1 S. 4 GemO durch eine/n Gemeindebedienstete/n vertreten lassen.

6. Beteiligungen an anderen Unternehmen

Beteiligungsverhältnisse zu anderen Unternehmen liegen nicht vor.

7. Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die unter der Überschrift „Gegenstand des Unternehmens“ aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck wirtschaftlicher Unternehmen einer Gemeinde und begründen ihr Engagement. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit der Stadt Mainz und ihrem voraussichtlichen Bedarf.

8. Grundzüge des Geschäftsverlaufes

Bilanz zum 31.12.2013		T€
Aktivseite		
A. Anlagevermögen		9.636
I. Sachanlagen		9.636
B. Umlaufvermögen		1.577
I. Vorräte		192
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		86
III. Guthaben bei Kreditinstituten		1.299
C. Rechnungsabgrenzung		1
Bilanzsumme		11.213
Passivseite		
A. Eigenkapital		5.592
I. Festkapital		
Kommanditisten		2.800
II. Variables Kapital		
Kommanditisten		2.792
B. Rückstellungen		17
C. Verbindlichkeiten		5.604
Bilanzsumme		11.213

Gewinn- und Verlustrechnung 2013		T€
1.	Umsatzerlöse	900
2.	Bestandsverminderung	-21
3.	Sonstige betriebliche Erträge	16
4.	Materialaufwand	250
5.	Abschreibungen auf Sachanlagen	281
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	48
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2
8.	Abschreibungen auf Finanzanlagen	0
9.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	202
10.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	116
11.	Steuern vom Ertrag	13
12.	Sonstige Steuern	0
13.	Jahresüberschuss	103
14.	Gutschrift auf Ergebniskonten	-103
15.	Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0

Kapitalflussrechnung 2013		T€
Zahlungsmittelbestand am Anfang der Periode		1.153
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit		334
Cash Flow aus Investitionstätigkeit		-30
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit		-158
Zahlungsmittelbestand am Ende der Periode		1.299

Finanzwirtschaftliche Kennzahlen 2013

I. Ertragslage		
1.	Eigenkapitalrentabilität	1,9%
2.	Gesamtkapitalrentabilität	0,9%
II. Vermögensaufbau		
1.	Anlagenintensität	85,9%
2.	Intensität des Umlaufvermögens	14,1%
III. Anlagenfinanzierung		
1.	Anlagendeckung I	58,0%
2.	Anlagendeckung II	102,4%
IV. Kapitalausstattung		
1.	Eigenkapitalquote	49,9%
2.	Fremdkapitalquote	50,1%
V. Liquidität		
	Liquiditätsgrad I	217,4%

9. Lage des Unternehmens

Das Geschäftsjahr 2013 schließt mit einer Bilanzsumme von 11.213 T€ und einem Jahresüberschuss i.H.v. 103 T€ (Vorjahr: 58 T€) ab. Die erzielten Umsatzerlöse resultieren aus der Verpachtung des Gutenbergssaales, des Parkhauses im Rathaus und des Rheingoldcafés.

Aufgrund der in den kommenden zwei Geschäftsjahren geplanten Renovierungsmaßnahmen erwartet die Gesellschaft für die Geschäftsjahre 2014 und 2015 rückläufige, jeweils leicht positive Jahresergebnisse.

10. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinden

Im Berichtsjahr kam es zu keinen Kapitalzuführungen bzw. -entnahmen durch die Gesellschafterin Stadt Mainz.

Von der Stadt Mainz übernommene Bürgschaften zum 31.12.2013

Bürgschaften	Urspr. Darlehen T€	31.12.2012 T€	31.12.2013 T€
von Stadt Mainz	6.200	5.329	5.171

Von der Stadt Mainz gewährte Darlehen zum 31.12.2013

Keine

11. Aufwendungen für Gesellschaftsorgane

Die Bezüge der Geschäftsführung sind individualisiert nach der Aufgliederung des § 285 Nr. 9 a) und c) HGB anzugeben:

a) Geschäftsführung

Keine

12. Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

13. Personal

Die Gesellschaft hat kein eigenes Personal.

14. Ausführung zu den Anforderungen im Sinne des § 90 GemO (notwendige öffentliche Bekanntmachungen)

Die im Sinne des § 90 GemO geforderten Ausführungen entfallen, da es sich bei der Gesellschaft um eine mehrheitlich privat beherrschte Gesellschaft handelt.

15. Public Corporate Governance Kodex

Die Gesellschaft verfügt über keinen Aufsichtsrat. Daher sind die Empfehlungen unter A.2 des Mainzer Public Corporate Governance Kodex (MPCGK) nicht anwendbar. Es ergab sich folgende Abweichung von den Empfehlungen des MPCGK :

Ein Managementletter wurde vom Wirtschaftsprüfer nicht erstellt, da hierzu keine Veranlassung bestand.

3.4 Wirtschaftsförderung

3.4.1 Grundstücksverwaltungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH



Grundstücksverwaltungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH

Brückenturm am Rathaus
Rheinstraße 55
55116 Mainz

Tel.: 06131/12 4444
Fax: 06131/12-2356
gvg@stadt.mainz.de
www.gvg-mainz.de

1. Gründung der Gesellschaft 04. Februar 1991
Datum der aktuellen Fassung des Gesellschaftsvertrages 10. Mai 2011

2. Wirtschaftsjahr Kalenderjahr
Stammkapital 30.357.649 €
Letzte Stammkapitalveränderung Keine

3. Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in T€
Stadt Mainz	100,0	30.358

4. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Grundstücksverwaltungsgesellschaft ist die Tätigkeit als Wirtschaftsförderungsgesellschaft zur Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur der Stadt Mainz durch Förderung der regionalen Wirtschaft, insbesondere durch Gewerbeansiedlung und Schaffung neuer Arbeitsplätze; der Erwerb, die Veräußerung und Vorratshaltung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, um durch diese Maßnahmen auch eine Stadtentwicklungspolitik sicherzustellen. Weiterhin ist Gegenstand der Gesellschaft die Tätigkeit als Entwicklungsträger gemäß §§ 165 ff BauGB. Die Gesellschaft ist berechtigt, gleichartige oder andere Unternehmen zu erwerben, sich an solchen zu beteiligen oder Zweigniederlassungen zu errichten.

Der Gegenstand des Unternehmens ist als eine nicht-wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 85 Abs. 4 GemO zu klassifizieren.

5. Besetzung der Organe

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung.

Geschäftsführung

Herr Franz Ringhoffer

Aufsichtsrat

Bgo. Christopher Sitte (Vorsitzender)	Stadt Mainz
Bgo. Marianne Grosse (Vorschlag OB)	Stadt Mainz
StRM Thomas Neger (CDU)	Stadt Mainz
StRM Claudia Siebner (CDU)	Stadt Mainz
StRM Thomas Gerster (CDU)	Stadt Mainz
StRM Henning Franz (SPD)	Stadt Mainz
StRM Nora Eglar (SPD)	Stadt Mainz
StRM Milan Sell (Bündnis 90/Die Grünen)	Stadt Mainz
StRM Dr. Brian Huck (Bündnis 90/Die Grünen)	Stadt Mainz
StRM Waltraud Hingst (DIE LINKE)	Stadt Mainz

Gesellschafterversammlung

Herr Bgo. Christopher Sitte vertritt die Interessen der Stadt Mainz in der Gesellschafterversammlung. Er kann sich gemäß § 88 Abs. 1 S. 4 GemO durch eine/n Gemeindebedientete/n vertreten lassen.

6. Beteiligungen an anderen Unternehmen

Gesellschaft	gesamt Stamm-/ Grundkapital in T€	Anteil in %
TechnologieZentrum Mainz GmbH	511	49,0

7. Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die unter der Überschrift „Gegenstand des Unternehmens“ aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck nicht-wirtschaftlicher Unternehmen einer Gemeinde und begründen ihr Engagement. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit der Stadt Mainz und ihrem voraussichtlichen Bedarf.

8. Grundzüge des Geschäftsverlaufes

Bilanz zum 31.12.2013	
Aktivseite	T€
A. Anlagevermögen	10.648
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0
II. Sachanlagen	4.773
III. Finanzanlagen	5.875
B. Umlaufvermögen	125.306
I. Zum Verkauf bestimmte Grundstücke	69.436
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	43.100
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	12.770
Bilanzsumme	135.954
Passivseite	
A. Eigenkapital	36.148
I. Gezeichnetes Kapital	30.358
II. Kapitalrücklage	1.149
III. Gewinnvortrag	4.283
IV. Jahresüberschuss	358
B. Rückstellungen	3.153
C. Verbindlichkeiten	96.653
Bilanzsumme	135.954

Gewinn- und Verlustrechnung 2013		T€
1.	Umsatzerlöse	13.315
2.	Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-7.813
3.	Sonstige betriebliche Erträge	933
4.	Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	2.389
5.	Personalaufwand	709
6.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	298
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	633
8.	Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	34
9.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.089
10.	Aufwendungen aus Verlustübernahme	23
11.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.017
12.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	489
13.	Sonstige Steuern	130
14.	Jahresüberschuss	359

Kapitalflussrechnung 2013		T€
Zahlungsmittelbestand am Anfang der Periode		5.782
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit		8.254
Cash Flow aus Investitionstätigkeit		456
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit		-1.722
Zahlungsmittelbestand am Ende der Periode		12.770

Finanzwirtschaftliche Kennzahlen 2013

I. Ertragslage		
1.	Eigenkapitalrentabilität	1,0%
2.	Gesamtkapitalrentabilität	0,4%
II. Vermögensaufbau		
1.	Anlagenintensität	7,8%
2.	Intensität des Umlaufvermögens	92,2%
III. Anlagenfinanzierung		
1.	Anlagendeckung I	339,5%
2.	Anlagendeckung II	709,0%
IV. Kapitalausstattung		
1.	Eigenkapitalquote	26,6%
2.	Fremdkapitalquote	73,4%
V. Liquidität		
	Liquiditätsgrad I	59,5%

Unternehmensspezifische Kennzahlen 2013

Grundstücksvorräte in m ²	819.254
Grundstückserwerbe in m ²	0

9. Lage des Unternehmens

Das Geschäftsjahr 2013 schließt mit einer Bilanzsumme in Höhe von 135.954 T€ und einem Jahresüberschuss in Höhe von 359 T€ ab.

Kurz- und mittelfristig wird sich die Umsatz- und Ergebnisentwicklung für die Folgejahre ähnlich entwickeln wie im Berichts- und Vorjahr. Für das Jahr 2014 wird wieder ein ausgeglichenes Jahresergebnis erwartet. Für die mittel- und längerfristige Betrachtung kann unverändert von einer positiven Entwicklung der Grundstückserlöse und damit der Gesellschaft insgesamt ausgegangen werden.

Die Risiken der Gesellschaft korrespondieren mit den vor Ort sich auswirkenden Konjunkturschwankungen und damit den Verzögerungen bei der Vermarktung der zum Verkauf stehenden großflächigen Grundstücke.

10. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinden

In den letzten drei Jahren kam es zu keinen Stammkapitalzuführungen bzw. -entnahmen durch die Gesellschafterin Stadt Mainz.

Zahlungsverkehr zwischen der Stadt Mainz und der Grundstücksverwaltungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH (GVG) im Geschäftsjahr 2013

Zahlungen von der Stadt Mainz an die GVG in 2013		T€
Zuschuss barrierefreie Gestaltung Brückenturm		132
Mietzahlungen		143
Grundsteuer		150
Sonstiges		8
Gesamt		433

Die Forderungen an die Stadt Mainz betragen 36.075 T€.

Zahlungen von der GVG an die Stadt Mainz in 2013		T€
Verwaltungskostenbeitrag		5
Personalkosten (inkl. Erstattung und Vorsorgezuschlag)		14
Grundsteuer		316
Gebührenbescheide		13
Porto u. Sonstiges		406
Gesamt		754

Die Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Mainz betragen 10.271 T€.

Von der Stadt Mainz übernommene Bürgschaften zum 31.12.2013

Bürgschaften	Urspr. Darlehen T€	31.12.2012 T€	31.12.2013 T€
von Stadt Mainz	109.124	82.010	78.288

Von der Stadt Mainz gewährte Darlehen zum 31.12.2013

Keine

11. Aufwendungen für Gesellschaftsorgane

Die Bezüge der Geschäftsführung sind individualisiert nach der Aufgliederung des § 285 Nr. 9 a) und c) HGB anzugeben:

a) Geschäftsführung

Keine Angabe

b) Aufsichtsrat

Bezüge Aufsichtsratsmitglieder in 2013		T€
Sitzungsgeld		14

12. Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

13. Personal

Die Gesellschaft hat folgende Mitarbeiter beschäftigt:

Beschäftigte	2012	2013
Geschäftsführer	1	1
Beamte	1	0
Beschäftigte	8	11
Auszubildende	0	0
Praktikanten/Aushilfen	0	0
Gesamt	10	12

14. Ausführung zu den Anforderungen im Sinne des § 90 GemO (notwendige öffentliche Bekanntmachungen)

1. Die Gesellschafterversammlung der GVG hat am 08.12.2014 den Jahresabschluss der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2013, abschließend mit einer Bilanzsumme von 135.954.015,06 € und einen Jahresüberschuss von 358.640,29 € festgestellt.
2. Der Jahresabschluss zum 31.12.2013 sowie der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013 wurden von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Dornbach Revision GmbH geprüft. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat dem Jahresabschluss einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.
3. Das Jahresergebnis des Geschäftsjahres 2013 wird wie folgt verwendet: Der Jahresüberschuss in Höhe von 358.640,29 € wird zusammen mit dem Gewinnvortrag aus dem Vorjahr in Höhe von 4.283.045,32 € verrechnet und der verbleibende Gewinnvortrag wird auf neue Rechnung vorgetragen.
4. Der Jahresabschluss zum 31.12.2013 sowie der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013 der GVG wird gleichzeitig mit dieser Bekanntmachung, entsprechend der Ankündigung im Bekanntmachungsorgan der Stadt Mainz, öffentlich ausgelegt.

15. Public Corporate Governance Kodex

Der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung der GVG haben den Bericht zum Public Corporate Governance Kodex für das Wirtschaftsjahr 2013 in der Aufsichtsratssitzung am 24.03.2014 zugestimmt. Es ergaben sich folgende Abweichungen von den Empfehlungen:

Ein Ausweis der Geschäftsführervergütung aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen wurde im Anhang nicht vorgenommen, da eine solche Aufteilung gem. § 286 Abs. 4 HGB nur für börsennotierte Gesellschaften verpflichtend ist und darüber hinaus keine Vertragsgrundlage hierzu besteht.

3.4.2 TechnologieZentrum Mainz GmbH



TechnologieZentrum Mainz GmbH

Brückenturm am Rathaus
Rheinstraße 55
55116 Mainz

Tel.: 06131/12 4194
Fax:06131/12 2363
info@tzmz.de
www.tzmz.de

1. Gründung der Gesellschaft	28. April 1987
Datum der aktuellen Fassung des Gesellschaftsvertrages	29. Mai 2002
2. Wirtschaftsjahr	Kalenderjahr
Stammkapital	511.292 €
Letzte Stammkapitalveränderung	Keine

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital i.H.v. 511 T€ sind folgende Gesellschafter beteiligt:

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in T€
Grundstücksverwaltungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH	49,0	250,5
Land Rheinland-Pfalz	49,0	250,5
Stadt Mainz	2,0	10

4. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens sind die Errichtung und der Betrieb eines Technologiezentrums. Das Technologiezentrum hat die Aufgabe, junge, technologieorientierte und innovative Unternehmen aufzunehmen und zu unterstützen. Das Angebot besteht in einer zeitlich befristeten Bereitstellung von Mietflächen. Den Unternehmen stehen darüber hinaus eine moderne Kommunikationsinfrastruktur sowie ein umfassendes Dienstleistungsangebot zur Verfügung. Die Gesellschaft darf alle Geschäfte vornehmen, die der Erreichung und Förderung des Gesellschaftszweckes dienlich sein können. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich an anderen Unternehmen gleicher oder verwandter Art des In- und Auslandes zu beteiligen sowie solche Unternehmen zu gründen oder zu erwerben.

Der Gegenstand des Unternehmens ist als eine nicht-wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 85 Abs. 4 GemO zu klassifizieren.

5. Besetzung der Organe

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung.

Geschäftsführung

Frau Marietta Sherlock	bis 26.03.2014
Herr Dirk Schmitt	ab 26.03.2014

Aufsichtsrat

Bgo. Christopher Sitte (Vorsitzender)	GVG
Stefan Garçon (Vertreter Oberbürgermeister)	Stadt Mainz
Franz Ringhoffer	GVG
StRM Dr. Peter Tress	GVG
Hannelore Hirsch	GVG
StRM Katharina Binz	GVG
Dr. Joe Weingarten	Land Rheinland-Pfalz
Dörte Büchel	Land Rheinland-Pfalz
Richard Ortseifer	Land Rheinland-Pfalz
Barbara Fischer	Land Rheinland-Pfalz

Gesellschafterversammlung

Herr Beigeordneter Christopher Sitte vertritt die Interessen der Stadt Mainz in der Gesellschafterversammlung. Er kann eine/n Gemeindebedienstete/n mit seiner Vertretung beauftragen.

6. Beteiligungen an anderen Unternehmen

Beteiligungsverhältnisse zu anderen Unternehmen liegen nicht vor.

7. Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die unter der Überschrift „Gegenstand des Unternehmens“ aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck nicht-wirtschaftlicher Unternehmen einer Gemeinde und begründen ihr Engagement. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit der Stadt Mainz und ihrem voraussichtlichen Bedarf.

8. Grundzüge des Geschäftsverlaufes

Bilanz zum 31.12.2013		T€
Aktivseite		
A. Anlagevermögen		3.691
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		0
II. Sachanlagen		3.691
B. Umlaufvermögen		665
I. Vorräte		155
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		31
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		479
C. Rechnungsabgrenzungsposten		1
Bilanzsumme		4.357
Passivseite		
A. Eigenkapital		183
I. Gezeichnetes Kapital		511
II. Kapitalrücklage		46
III. Verlustvortrag		-213
IV. Jahresfehlbetrag		-161
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen		2.240
C. Rückstellungen		218
D. Verbindlichkeiten		1.714
E. Passive Rechnungsabgrenzung		2
Bilanzsumme		4.357

Gewinn- und Verlustrechnung 2013		T€
1.	Umsatzerlöse	534
2.	Bestandsveränderung nicht abgerechneter Betriebskosten	-13
3.	Sonstige betriebliche Erträge	183
4.	Materialaufwand	296
5.	Personalaufwand	60
6.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	303
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	51
8.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0
9.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	149
10.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-155
11.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0
12.	Sonstige Steuern	6
13.	Jahresfehlbetrag	-161

Kapitalflussrechnung 2013		T€
Zahlungsmittelbestand am Anfang der Periode		248
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit		102
Cash Flow aus Investitionstätigkeit		-7
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit		136
Zahlungsmittelbestand am Ende der Periode		479

Finanzwirtschaftliche Kennzahlen 2013

I. Ertragslage		
1.	Eigenkapitalrentabilität	-88,1%
2.	Gesamtkapitalrentabilität	-3,7%
II. Vermögensaufbau		
1.	Anlagenintensität	84,7%
2.	Intensität des Umlaufvermögens	15,3%
III. Anlagenfinanzierung		
1.	Anlagendeckung I	5,0%
2.	Anlagendeckung II	5,0%
IV. Kapitalausstattung		
1.	Eigenkapitalquote	4,2%
2.	Fremdkapitalquote	44,3%
V. Liquidität		
	Liquiditätsgrad I	115,7%

Unternehmensspezifische Kennzahlen 2013

Durchschnittliche Belegungsquote in %		
	Biotechnikum	100
	Bonifaziusturm	96,6

9. Lage des Unternehmens

Die TZM hat das Geschäftsjahr 2013 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 161 T€ abgeschlossen. Der Jahresfehlbetrag hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um 115 T€ erhöht. Der Jahresfehlbetrag ist im Wesentlichen auf Einmaleffekte zurückzuführen, die dazu führten, dass die Zinsaufwendungen um 130 T€ über denen des Vorjahres lagen. Die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz hat im Zusammenhang mit gewährten Zuschüssen im Zeitraum 2002 bis 2005 Rückforderungsansprüche in Höhe von 94 T€ und Zinsansprüche in Höhe von 109 T€ geltend gemacht. Ferner hat die Grundstücksverwaltungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH für die Jahre 2011 bis 2013 im Zusammenhang mit dem gewährten Darlehen Bürgerschaftsprämien in Höhe von 26 T€ nachberechnet. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit liegt mit -155 T€ um 115 T€ unter dem des Vorjahres.

Für die Geschäftsjahre 2014 und 2015 werden ebenfalls keine positiven Ergebnisse prognostiziert. Trotz der geplanten Jahresfehlbeträge wird von einer positiven Fortführungsprognose ausgegangen. Zur Sicherung des Fortbestandes ist die TZM auch weiterhin auf Verlustausgleichsleistungen ihrer Gesellschafter angewiesen.

10. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde

Der TZM werden von ihren Gesellschaftern Geldmittel zur Verfügung gestellt, die in die Kapitalrücklage eingezahlt werden. Im Berichtsjahr 2013 wurde von Seiten der Stadt Mainz entsprechend ihrem Geschäftsanteil ein Betrag i.H.v. 922,85 € als Verlustausgleich für das Wirtschaftsjahr 2012 in die Kapitalrücklage der TZM eingezahlt.

Zahlungsverkehr zwischen der Stadt Mainz und der TechnologieZentrum Mainz GmbH im Geschäftsjahr 2013

Zahlungen von der Stadt Mainz an die TZM in 2013		T€
Verlustausgleich		1

Es bestanden keine Forderungen gegenüber der Stadt Mainz.

Zahlungen von der TZM an die Stadt Mainz in 2013		T€
Grundsteuer Biotechnikum, Grundbesitzabgabe		6,0
Miete TZM Büro und Betriebskosten (für das Jahr 2011 abgerechnet in 2013)		4,8
Sonstige Kosten, Personalabteilung		0,1
Gesprächgebühren		0,03
Gesamt		10,93

Es bestehen keine Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Mainz.

Von der Stadt Mainz übernommene Bürgschaften zum 31.12.2013

Keine

Von der Stadt Mainz gewährte Darlehen zum 31.12.2013

Keine

11. Aufwendungen für Gesellschaftsorgane

Die Bezüge der Geschäftsführung sind individualisiert nach der Aufgliederung des § 285 Nr. 9 a) und c) HGB anzugeben:

a) Geschäftsführung

Bezüge der Geschäftsführung in 2013		T€
Bruttogehalt		44

b) Aufsichtsrat

Bezüge der Aufsichtsratsmitglieder in 2013		T€
Sitzungsgeld		3

12. Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO

Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

13. Personal

Die Gesellschaft hat folgende Mitarbeiter beschäftigt:

Beschäftigte	2012	2013
Geschäftsführer	1	1
Beamte	0	0
Beschäftigte	0	0
Auszubildende	0	0
Praktikanten/Aushilfen	1	1
Gesamt	2	2

14. Ausführung zu den Anforderungen im Sinne des § 90 GemO (notwendige öffentliche Bekanntmachungen)

1. Die Gesellschafterversammlung der TZM hat in der Sitzung vom 05.06.2014 den Jahresabschluss der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2013, abschließend mit einer Bilanzsumme von 4.357.257,55 € und einem Jahresfehlbetrag von 161.043,30 € festgestellt.
2. Der Jahresabschluss 2013 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013 wurde von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Rhein-Nahe Treuhand GmbH geprüft. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat dem Jahresabschluss einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.
3. Der Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres 2013 wird wie folgt verwendet: Die Kapitalrücklage in Höhe von 46.142,53 € wird mit dem bestehenden Verlustvortrag aus dem Vorjahr in Höhe von 213.569,03 € verrechnet. Weiterhin wird der dann verbleibende Verlustvortrag in Höhe von 167.425,50 € zusammen mit dem Jahresfehlbetrag 2013 in Höhe von 161.043,53 € auf neue Rechnung vorgetragen.
4. Der Jahresabschluss 2013 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013 der TZM werden gleichzeitig mit dieser Bekanntmachung, entsprechend der Ankündigung im Bekanntmachungsorgan der Stadt Mainz, öffentlich ausgelegt.

15. Public Corporate Governance Kodex

Die Gesellschafterversammlung der TZM hat am 27.11.2013 die sinngemäße Umsetzung des Public Corporate Governance Kodex der Stadt Mainz beschlossen. In der Gesellschafterversammlung am 17.12.2014 wurde die Ergänzung der sinngemäßen Anwendung des PCGK der Stadt Mainz um 3 Punkte aus dem PCGK des Landes Rheinland-Pfalz beschlossen. Daher wird die Entsprechenserklärung erstmals für das Jahr 2014 abgegeben.

3.4.3 Grundstücksentwicklung Mainz (AGEM) AöR



Grundstücksentwicklung Mainz (AGEM) Anstalt des öffentlichen Rechts

Brückenturm am Rathaus
Rheinstraße 55
55116 Mainz

Tel.: 06131/12 4444
Fax: 06131/12 2356

1. Gründung der Einrichtung	24. März 2004
Datum der aktuellen Fassung der Satzung	24. März 2004
2. Wirtschaftsjahr	Kalenderjahr
Stammkapital	903.244 €
Letzte Stammkapitalveränderung	Keine

3. Beteiligungsverhältnisse

Die Grundstücksentwicklung Mainz (AGEM) Anstalt des öffentlichen Rechts ist eine Einrichtung der Stadt Mainz.

4. Gegenstand der Anstalt

Die Aufgabe der Anstalt ist die Bereitstellung, Herstellung und Unterhaltung von Ausgleichs- und Ersatzflächen für Baugebiete gemäß Baugesetzbuch (BauGB), Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), Landespflegegesetz (LPfLG) u.a., die Entwicklung und Erschließung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten zum Zwecke der Mobilisierung von Bauland gemäß den Grundsätzen des § 1 Abs. 5 BauGB nach Einzelauftrag durch die Stadt sowie die Verwertung der für die Aufgaben der Stadt Mainz nicht mehr erforderlichen Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte nach Vorgaben der Stadt.

Die Anstalt kann die in Abs. 1 der Satzung bezeichneten Aufgaben unter Beachtung der jeweils geltenden gesetzlichen Voraussetzungen, insbesondere den Bestimmungen der GemO, auch für andere Gemeinden wahrnehmen.

Die Stadt überträgt das ihr zustehende Recht, Gebühren, Beiträge und Entgelte im Zusammenhang mit der wahrzunehmenden Aufgabe zu erheben und zu vollstrecken. Zu diesem Zweck kann die Anstalt Satzungen erlassen. Die Anstalt darf innerhalb ihres Aufgabengebietes hoheitlich tätig werden.

Innerhalb der Grenzen der Satzung ist die Anstalt zu allen Geschäften und Maßnahmen, so insbesondere auch zum Abschluss von Interessensgemeinschaftsverträgen und Unternehmensverträgen berechtigt, die den Anstaltszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

Die AGEM ist eine selbstständige Einrichtung der Stadt in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie wird auf Grundlage der gesetzlichen Vorschriften und Bestimmungen der Satzung geführt.

5. Besetzung der Organe

Die Organe der Grundstücksentwicklung Mainz (AGEM) sind der Vorstand und der Verwaltungsrat.

Vorstand	
Herr Ferdinand Graffé	
Herr Johann Friedrich Jahns	
Herr Dirk Schmitt	
Verwaltungsrat	
<u>Mitglieder</u>	<u>Stellvertretung/en</u>
Bgo. Christopher Sitte (Vorsitzender)	
StRM Dr. Peter Tress (CDU)	Alle StRM
StRM Uta Schmitt (CDU)	Christian Hensen
StRM Anette Odenweller (CDU)	
StRM Dr. Christian Moerchel (CDU)	
StRM Martin Kinzelbach (SPD)	Alle StRM
StRM Andreas Behringer (SPD)	Torsten Wegmann
Denny Jera (SPD)	Myriam Lauzi
StRM Martina Kracht (SPD)	Matthias Dietz-Lenssen, Horst Hof
StRM Katharina Binz (Bündnis 90/Die Grünen)	Alle StRM
StRM Ansgar Helm-Becker (Bündnis 90/Die Grünen)	Caroline Blume
StRM Thorsten Lange (Bündnis 90/Die Grünen)	Christian Heitzmann
StRM Walter Koppius (FDP)	Alle StRM, Jan Hendrik Driessen, Vera Shtoklyand, Hermann Wiest
StRM Jasper Proske (DIE LINKE)	Sarah Odette, StRM Waltraud Hingst, StRM Katharina Jahn, Tupac Orellana
Dagmar Wolf-Rammensee	Ingrid Pannhorst, StRM Prof. Dr. Felix Leinen, StRM Dr. Claudius Moseler

6. Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die unter der Überschrift „Gegenstand der Anstalt“ aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck nicht-wirtschaftlicher Einrichtungen einer Gemeinde und begründen ihr Engagement. Die AGEM steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit der Stadt Mainz und ihrem voraussichtlichen Bedarf.

7. Grundzüge des Geschäftsverlaufes

Ein testierter Jahresabschluss der AGEM zum 31.12.2013 lag bei Redaktionsschluss dieses Berichts noch nicht vor. Die vorliegenden Daten basieren auf einem testierten und vom Verwaltungsrat beschlossenen Prüfbericht zum 31.12.2012.

Bilanz zum 31.12.2012		
Aktivseite		T€
A. Anlagevermögen		1.156
I. Sachanlagen		1.156
B. Umlaufvermögen		4.247
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		981
II. Guthaben bei Kreditinstituten		3.266
Bilanzsumme		5.403
Passivseite		
A. Eigenkapital		1.147
I. Stammkapital		903
II. Gewinnvortrag		243
III. Jahresgewinn		1
B. Rückstellungen		21
C. Verbindlichkeiten		4.235
D. Rechnungsabgrenzungsposten		
Bilanzsumme		5.403

Gewinn- und Verlustrechnung 2012		T€
1. Umsatzerlöse		6
2. Sonstige betriebliche Erträge		85
3. Sonstige betriebliche Aufwendungen		105
4. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		16
5. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		2
6. Sonstige Steuern		0
7. Jahresgewinn		1

Kapitalflussrechnung 2012		T€
Zahlungsmittelbestand am Anfang der Periode		2.435
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit		1.023
Cash Flow aus Investitionstätigkeit		-192
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit		0
Zahlungsmittelbestand am Ende der Periode		3.266

Finanzwirtschaftliche Kennzahlen 2012

I. Ertragslage		
1.	Eigenkapitalrentabilität	0,1%
2.	Gesamtkapitalrentabilität	0,03%
II. Vermögensaufbau		
1.	Anlagenintensität	21,4%
2.	Intensität des Umlaufvermögens	78,6%
III. Anlagenfinanzierung		
1.	Anlagendeckung I	99,2%
2.	Anlagendeckung II	337,2%
IV. Kapitalausstattung		
1.	Eigenkapitalquote	21,2%
2.	Fremdkapitalquote	78,8%
V. Liquidität		
	Liquiditätsgrad I	k.A.

Unternehmensspezifische Kennzahlen 2012

Ausgleichs- und Ersatzflächen gesamt (Fläche qm)	1.306.282
--	-----------

8. Lage der Anstalt

Das Geschäftsjahr 2012 schließt mit einer Bilanzsumme in Höhe von 5.403 T€ und einem Jahresüberschuss i.H.v. 1 T€ ab. Die Umsatzerlöse enthalten die Erlöse aus laufenden Beiträgen für die Pflege der LEF Grundstücke i.H.v. 4 T€ und Pächterlöse i.H.v. 2 T€. Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen laufende Ausgleichszahlungen der Stadt Mainz für die von der AGEM übernommenen Grundstücksaufwendungen. Die Verwaltungskosten bestehen im Wesentlichen aus Geschäftsbesorgungskosten. Die Aufwendungen für die laufende Pflege der Ausgleichsgrundstücke betragen 4 T€.

Mit Übernahme aller Ausgleichsflächen, die sich im Eigentum der Stadt Mainz befanden bzw. für Dritte hergerichtet und gepflegt werden, ist die AGEM nun für alle Ausgleichsflächen nach BauGB zur Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft verantwortlich.

9. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde

Übersicht über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Anstalt, die sich auf die Finanzplanung der Stadt Mainz auswirken (§ 19 Ziff. 2 EigAnVO):

	2013	2014	2015	2016	2017
	T€	T€	T€	T€	T€
Einnahmen					
Materialaufwandserstattung	46	47	48	49	50
Geschäftsbesorgungskostenerstattung	40	41	41	42	43
Summe der Einnahmen	86	88	89	91	93
Ausgaben					
Geschäftsbesorgungskosten	81	83	84	86	88
Summe der Ausgaben	81	83	84	86	88

Die Ausgaben betreffen die Geschäftsbesorgung der Stadt Mainz und der GVG, da die AGEM durch das Personal der Stadt Mainz und der GVG in Personalunion geführt werden soll und die Stadt/GVG entsprechend des Stundennachweises mit der AGEM abrechnet. Die Stundensätze sind durch einen Runderlass des Ministeriums des Inneren und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz festgeschrieben.

10. Aufwendungen für Gesellschaftsorgane

Die Bezüge der Vorstandsmitglieder sind individualisiert nach der Aufgliederung des § 285 Nr. 9 a) und c) HGB anzugeben:

a) Vorstand

Keine Angabe

b) Verwaltungsrat

Im Berichtsjahr 2013 wurden keine Sitzungsgelder an die Mitglieder des Verwaltungsrates gezahlt.

11. Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO

Entfällt

12. Personal

Die AGEM beschäftigt kein eigenes Personal. Die Geschäftsbesorgung erfolgt in Personalunion durch das Personal der Stadt Mainz sowie der Grundstücksverwaltungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH (GVG).

13. Wichtige Verträge

Keine Angabe

14. Public Corporate Governance Kodex

Der Public Corporate Governance Kodex gilt sinngemäß auch für die Anstalten des öffentlichen Rechts der Stadt Mainz. Die Anstalten des öffentlichen Rechts haben die darüber hinausgehenden gesetzlichen Vorgaben und Berichtspflichten der EigAnVO und der GemO Rh-Pf sowie die Vorgaben der Betriebssatzung zu berücksichtigen.

Der Verwaltungsrat und der Vorstand der AGEM haben den Bericht zum Public Corporate Governance Kodex für das Wirtschaftsjahr 2013 in der Verwaltungsratssitzung am 12.03.2014 zur Kenntnis genommen. Es ergaben sich folgende Abweichungen von den Empfehlungen:

Die Vergütungssätze für Verwaltungsratsmitglieder und ein Ausweis der Vorstandsvergütung aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen wurde im Anhang nicht vorgenommen, da der Verwaltungsrat und der Vorstand keine Vergütungen für ihre Tätigkeit erhalten.

Eine Vermögensschadenshaftpflichtversicherung (D&O-Versicherung) wurde für die Verwaltungsratsmitglieder nicht abgeschlossen.

3.5 Bildung und Soziales

3.5.1 Mainzer Alten- und Wohnheime gemeinnützige GmbH



Mainzer Alten- und Wohnheime gGmbH

Altenauergasse 9
55116 Mainz

Tel.: 06131/2855-0
Fax: 06131/2855-680
info@mainzer-altenheim.de
www.mainzeraltenheim.de

1. Gründung der Gesellschaft 02. Juli 1993
Datum der aktuellen Fassung des Gesellschaftsvertrages 18. Dezember 2013

2. Wirtschaftsjahr Kalenderjahr
Stammkapital 26.000 €
Letzte Stammkapitalveränderung Erhöhung in 2003 um 435,41 €

3. Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in T€
Stadt Mainz	94,9	24,7
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband (DPWV) Landesverband Rheinland-Pfalz / Saarland e.V.	5,1	1,3

4. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von stiftungseigenen Häusern der rechtsfähigen Stiftung „Bürgerliche Hospizien“ der Stadt Mainz zur Unterbringung von alten und zur Pflege von alten, pflegebedürftigen Personen. Die Vermögensverwaltung gehört nicht zu den Aufgaben des Unternehmens.

Die Gesellschaft darf - soweit es dem Stiftungszweck der in o.g. Stiftung nicht widerspricht - andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art, die geeignet sind die Gesellschaft zu fördern, betreiben oder erwerben, sich an solchen beteiligen sowie deren Vertretung übernehmen.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Vorschriften des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Die Regelungen in § 85 GemO Rheinland-Pfalz sind zu beachten.

Mittel der Gesellschaft dürfen nur für vertragliche Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft.

Es dürfen keine natürlichen oder juristischen Personen durch Ausgaben, die dem Gesellschaftszweck fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Die Regelungen in der Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz bezüglich der kommunalen Einflussnahme auf die Organe der Gesellschaft sind, soweit nicht zwingende gesetzliche Bestimmungen des Gesellschaftsrechts entgegenstehen, vorrangig zu beachten.

Der Gegenstand des Unternehmens ist als eine nicht-wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 85 Abs. 4 GemO zu klassifizieren. Die Gesellschaft verfolgt nach § 2 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrages keine Gewinnerzielungsabsicht.

5. Besetzung der Organe

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung.

Geschäftsführung

Herr Oliver Backhaus

Aufsichtsrat

Bgo. Kurt Merkator (Vorsitzender)	Stadt Mainz
StRM Dr. Gerd Eckhardt (CDU)	Stadt Mainz
StRM Karin Trautwein (CDU)	Stadt Mainz
StRM Claudia Siebner (CDU)	Stadt Mainz
StRM Alexandra Gill-Gers (SPD)	Stadt Mainz
Klaus Trautmann (SPD)	Stadt Mainz
StRM Ruth Jaensch (Bündnis 90/Die Grünen)	Stadt Mainz
StRM Ute Wellstein (Bündnis 90/Die Grünen)	Stadt Mainz
Britta Werner (DIE LINKE)	Stadt Mainz
Joachim Damm	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband

Gesellschafterversammlung

Herr Bgo. Kurt Merkator vertritt die Interessen der Stadt Mainz in der Gesellschafterversammlung. Er kann sich gemäß § 88 Abs. 1 S. 4 GemO durch eine/n Gemeinde-bediene/n vertreten lassen.

6. Beteiligungen an anderen Unternehmen

Beteiligungsverhältnisse zu anderen Unternehmen liegen nicht vor.

7. Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die unter der Überschrift „Gegenstand des Unternehmens“ aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck nicht-wirtschaftlicher Unternehmen einer Gemeinde und begründen ihr Engagement. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit der Stadt Mainz und ihrem voraussichtlichen Bedarf.

8. Grundzüge des Geschäftsverlaufes

Bilanz zum 31.12.2013		T€
Aktivseite		
A. Anlagevermögen		165
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		21
II. Sachanlagen		144
III. Finanzanlagen		0
B. Umlaufvermögen		749
I. Vorräte		49
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		155
III. Guthaben bei Kreditinstituten		545
C. Rechnungsabgrenzungsposten		1
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		1.181
Bilanzsumme		2.096
Passivseite		
A. Eigenkapital		0
I. Gezeichnetes Kapital		26
II. Kapitalrücklage		475
III. Verlustvortrag		-797
IV. Jahresfehlbetrag		-885
V. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		1.181
B. Rückstellungen		677
C. Verbindlichkeiten		1.419
D. Rechnungsabgrenzungsposten		0
Bilanzsumme		2.096

Gewinn- und Verlustrechnung 2013		T€
1.	Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen gemäß PflegeVG	4.859
2.	Erträge aus Unterkunft und Verpflegung	2.162
3.	Erträge aus Zusatzleistungen und Transportleistungen	249
4.	Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen	1.279
5.	Erträge aus der gesonderten Berechnung von Ausbildungskosten gegenüber Pflegebedürftigen	124
6.	Erträge aus nicht unter das PflegeVG fallender Unterbringung	0
7.	Sonstige betriebliche Erträge	147
8.	Personalaufwand	6.598
9.	Materialaufwand	1.600
10.	Steuern, Abgaben, Versicherungen	117
11.	Mieten, Pacht, Leasing	1.107
12.	Abschreibungen	66
13.	Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung	155
14.	Sonstige ordentliche Aufwendungen	63
15.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2
16.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2
17.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit/Jahresfehlbetrag	-886

Kapitalflussrechnung 2013		T€
Zahlungsmittelbestand am Anfang der Periode		325
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit		-218
Cash Flow aus Investitionstätigkeit		-37
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit		475
Zahlungsmittelbestand am Ende der Periode		545

Finanzwirtschaftliche Kennzahlen 2013

I. Ertragslage		
1.	Eigenkapitalrentabilität	-
2.	Gesamtkapitalrentabilität	-42,3%
II. Vermögensaufbau		
1.	Anlagenintensität	7,9%
2.	Intensität des Umlaufvermögens	35,7%
III. Anlagenfinanzierung		
1.	Anlagendeckung I	0%
2.	Anlagendeckung II	0%
IV. Kapitalausstattung		
1.	Eigenkapitalquote	0%
2.	Fremdkapitalquote	100%
V. Liquidität		
	Liquiditätsgrad I	38,4%

Unternehmensspezifische Kennzahlen 2013

Anzahl der Pflegeplätze	230
Anzahl Einzelzimmer	146
Anzahl Doppelzimmer	42

9. Lage des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist der Betrieb von stiftungseigenen Häusern der rechtsfähigen Stiftung „Bürgerliche Hospizien“ der Stadt Mainz zur Unterbringung alter und zur Pflege von alten, pflegebedürftigen Personen. Die Gesellschaft erbrachte in 2013 dabei Dienstleistungen nach dem Pflegeversicherungsgesetz (Dauer-, Kurzzeit- oder Verhinderungspflege) durch Bereitstellung von zuletzt insgesamt bis zu 230 Pflegeplätzen im Mainzer Altenheim.

In 2013 wurden ca. 90 neue Bewohner im Heim begrüßt. Die Verteilung der Bewohner in den Pflegestufen hat sich über die Jahre verändert. Der Anteil an Bewohnern in der Stufe 3 nimmt stetig ab.

Im Jahr 2013 wird ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 886 T€ und eine Bilanzsumme in Höhe von 2.096 T€ ausgewiesen. Die Reduzierung der Betriebsleistung gegenüber dem Vorjahr ist durch den Wegfall der Einrichtung „Haus am Römerberg“ nach deren Veräußerung zum 30. Juni 2012 durch die Stiftung „Bürgerliche Hospizien“ der Stadt Mainz begründet. Die Aufwendungen für die Betriebsleistung sind aus dem gleichen Grund entsprechend gesunken. Der Rückgang des Betriebsergebnisses beruht demgegenüber maßgeblich auf höheren Personalkosten, die nicht in gleichem Maße durch den Anstieg der Pflegesätze aufgefangen werden konnten.

Für das Geschäftsjahr 2014 und die Folgejahre werden weitere Fehlbeträge und ausgabewirksame Verluste festzustellen sein, die zwar von Jahr zu Jahr geringer ausfallen werden, aber noch deutlich von der „schwarzen Null“ entfernt sein dürften.

10. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinden

Zahlungsverkehr zwischen der Stadt Mainz und der Mainzer Alten- und Wohnheime gGmbH im Geschäftsjahr 2013

Zahlungen von der Stadt Mainz an die MAW in 2013		T€
Einzahlungen in die Kapitalrücklage		475
Entgelte für Pflege und Heimunterbringung (ohne Taschengelder)		1.264
Gesamt		1.739

Die Forderungen gegenüber der Stadt Mainz betragen 5 T€.

Zahlungen von der MAW an die Stadt Mainz in 2013		T€
Pachtzahlungen		825
Stadtverwaltung Mainz (u.a. Rechts- u. Ordnungsamt, Feuerwehr)		30
Entsorgungsbetrieb		31
Wirtschaftsbetrieb		17
Stadt Mainz (Grundsteuer)		1
Stadtwerke		23
KDZ		8
Gesamt		935

Die Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Mainz betragen 1.081 T€.

Von der Stadt Mainz übernommene Bürgschaften zum 31.12.2013

Keine

Von der Stadt Mainz gewährte Darlehen zum 31.12.2013

Keine

11. Aufwendungen für Gesellschaftsorgane

Die Bezüge der Geschäftsführung sind individualisiert nach der Aufgliederung des § 285 Nr. 9 a) und c) HGB anzugeben:

a) Geschäftsführung

Keine Angabe

b) Aufsichtsrat

Bezüge der Aufsichtsratsmitglieder in 2013	T€
Sitzungsgeld	0,6

12. Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

13. Personal

Die Gesellschaft hat folgende Mitarbeiter beschäftigt:

Beschäftigte	2012	2013
Geschäftsführer	1	1
Beamte	0	0
Beschäftigte	151	144
Auszubildende	4	5
Praktikanten/Aushilfen	48	49
Gesamt	204	199

14. Ausführung zu den Anforderungen im Sinne des § 90 GemO (notwendige öffentliche Bekanntmachungen)

1. Die Gesellschafterversammlung der Mainzer Alten- und Wohnheime gGmbH hat am 11.12.2013 den Jahresabschluss der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2012 abschließend mit einer Bilanzsumme von 1.741.757,18 € und einen Jahresfehlbetrag von 823.842,05 € festgestellt.
2. Die Gesellschafterversammlung der Mainzer Alten- und Wohnheime gGmbH hat am 10.07.2014 den Jahresabschluss der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2013 abschließend mit einer Bilanzsumme von 2.096.299,20 € und einen Jahresfehlbetrag von 885.665,76 € festgestellt.
3. Der Jahresabschluss zum 31.12.2012 und zum 31.12.2013 und die Lageberichte der Mainzer Alten- und Wohnheime gGmbH wurden von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Dornbach Revision GmbH, Mainz geprüft. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat den Jahresabschlüssen jeweils einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.
4. In der Gesellschafterversammlung der Mainzer Alten- und Wohnheime gGmbH vom 11.12.2013 wurde der Beschluss gefasst, den sich aus dem Verlustvortrag des Vorjahres 2011 i.H.v. 457.926,08 € und dem Jahresfehlbetrag zum 31.12.2012 i.H.v. 823.842,05 € ergebenden Betrag i.H.v. von 1.281.768,13 €, durch Entnahmen aus der Kapitalrücklage i.H.v. 485.020 € teilweise auszugleichen und den verbleibenden Betrag von 796.748,13 € auf neue Rechnung vorzutragen.
5. In der Gesellschafterversammlung der Mainzer Alten- und Wohnheime gGmbH vom 10.07.2014 wurde der Beschluss gefasst, den sich aus dem Verlustvortrag zum 31.12.2013 i.H.v. 796.748,13 € und dem Jahresfehlbetrag zum 31.12.2013 i.H.v. 885.665,76 € ergebenden Betrag i.H.v. 1.682.413,89 € durch Entnahmen aus der Kapitalrücklage i.H.v. 475.000 € teilweise auszugleichen und den verbleibenden Betrag von 1.207.413,89 € auf neue Rechnung vorzutragen.

6. Die Jahresabschlüsse zum 31.12.2012 und zum 31.12.2013 und die Lageberichte der Mainzer Alten- und Wohnheime gGmbH werden gleichzeitig mit dieser Bekanntmachung, entsprechend der Ankündigung im Bekanntmachungsorgan der Stadt Mainz, öffentlich ausgelegt.

15. Public Corporate Governance Kodex

Aufgrund eines Geschäftsführerwechsels im Jahr 2013 wird die Entsprechenserklärung erstmalig für das Kalenderjahr 2014 ausgefüllt.

3.5.2 WFB Fertigung & Service - Werkstätten für behinderte Menschen Mainz gGmbH



WFB Fertigung & Service - Werkstätten für behinderte Menschen Mainz gGmbH

Carl-Zeiss-Straße 2
55129 Mainz

Tel.: 06131/5802-0
Fax: 06131/5802-118
www.wfb-mainz.de

1. Gründung der Gesellschaft 15. Juli 1967
Datum der aktuellen Fassung des Gesellschaftsvertrages 09. September 2014

2. Wirtschaftsjahr Kalenderjahr
Stammkapital 1.000.000 €
Letzte Stammkapitalveränderung Keine

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der WFB i.H.v. 1.000 T€ sind folgende Gesellschafter beteiligt:

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in T€
Stadt Mainz	32,8	328
Lebenshilfe für Menschen geistiger Behinderunge.V., Orts- und Kreisvereinigung Mainz-Bingen	26,2	262
Landkreis Mainz-Bingen	16,4	164
Verein für Körper- und Mehrfachbehinderte Mainz e.V.	12,3	123
Förderverein für Blinde e.V.	12,3	123

4. Gegenstand des Unternehmens

Aufgabe und Zweck der Gesellschaft ist die Errichtung, Unterhaltung und der Betrieb einer Werkstatt für behinderte Menschen, einer Tagesförderstätte, von ambulanten Wohnangeboten, einer Kindertagesstätte mit teilweise integrativen Plätzen sowie die Förderung des Umweltschutzes. Die Gesellschaft darf – soweit es dem Gesellschaftszweck nicht widerspricht – andere gemeinnützige Unternehmen im Bereich der Behindertenhilfe betreiben oder erwerben, sich an solchen beteiligen sowie deren Vertretung übernehmen. Sie darf zur Förderung des Umweltschutzes Zweckbetriebe nach § 65 Abgabenordnung betreiben.

Sämtliche Maßnahmen der Gesellschaft dienen der Erfüllung der satzungsmäßigen Zwecke und insbesondere der gesetzlichen Aufgaben entsprechend der Sozialgesetzgebung. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung (§§ 52 und 53 AO) in der jeweils gültigen Fassung. Sie erstrebt keinen Gewinn oder Überschuss. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig. Sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Der Gegenstand des Unternehmens ist als eine nicht-wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 85 Abs. 4 GemO zu klassifizieren. Die Gesellschaft verfolgt nach § 2 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages keine Gewinnerzielungsabsicht.

5. Besetzung der Organe

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung.

Geschäftsführung	
Herr Michael Huber	
Aufsichtsrat	
Bgo. Kurt Merkator (Vorsitzender)	Stadt Mainz
StRM Claudia Siebner (CDU)	Stadt Mainz
StRM Klaus Trautmann (SPD)	Stadt Mainz
StRM Ruth Jaensch (Bündnis 90/Die Grünen)	Stadt Mainz
Albert Leuschner	Lebenshilfe für geistig Behinderte e.V., Orts- und Kreisvereinigung, Mainz-Bingen
Michael Hartwig	Stellvertretender Vorsitzender Lebenshilfe für geistig Behinderte e.V., Orts- und Kreisvereinigung, Mainz-Bingen
Dagmar Kossack	Lebenshilfe für geistig Behinderte e.V., Orts- und Kreisvereinigung, Mainz-Bingen
Dr. Margret Pohl	Verein für Körper- und Mehrfachbehinderte Mainz e.V.
Sven Engel	Verein für Körper- und Mehrfachbehinderte Mainz e.V.
Hendrikus Decker	Förderverein für Blinde e.V.
Dieter Herrmann	Förderverein für Blinde e.V.
Dorothea Schäfer	Landkreis Mainz-Bingen
Ursula Hartman-Graham	Landkreis Mainz-Bingen

Gesellschafterversammlung

Herr Bgo. Kurt Merkator vertritt die Interessen der Stadt Mainz in der Gesellschafterversammlung. Er kann Gemeindebedienstete gemäß § 88 Abs. 1 GemO mit seiner Vertretung beauftragen.

6. Beteiligungen an anderen Unternehmen

Gesellschaft	gesamt Stamm-/ Grundkapital in T€	Anteil in %
Gesellschaft für psychosoziale Einrichtungen in Mainz und Umgebung GmbH	27	24,0
Genossenschaft der Werkstätten für Behinderte Hessen und Thüringen e.G.	226	2,5

7. Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die unter der Überschrift „Gegenstand des Unternehmens“ aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck nicht-wirtschaftlicher Unternehmen einer Gemeinde und begründen ihr Engage-

ment. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit der Stadt Mainz und ihrem voraussichtlichen Bedarf.

8. Grundzüge des Geschäftsverlaufes

Bilanz zum 31.12.2013	
Aktivseite	T€
A. Anlagevermögen	15.266
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	24
II. Sachanlagen	15.242
III. Finanzanlagen	0
B. Umlaufvermögen	4.370
I. Vorräte	96
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	666
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	3.608
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	4
Bilanzsumme	19.643
Passivseite	
A. Eigenkapital	9.781
I. Gezeichnetes Kapital	1.000
II. Gewinnrücklage	8.373
III. Gewinnvortrag	2
IV. Bilanzgewinn	406
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	7.863
C. Rückstellungen	440
D. Verbindlichkeiten	1.554
E. Rechnungsabgrenzungsposten	5
Bilanzsumme	19.643
Gewinn- und Verlustrechnung 2013	T€
1. Umsatzerlöse	18.633
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	5
3. Sonstige betriebliche Erträge	520
4. Materialaufwand	626
5. Personalaufwand	13.729
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	810
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.528
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	40
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	31
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	464
11. Sonstige Steuern	6
12. Jahresüberschuss	458
13. Entnahme aus Gewinnrücklagen	3
14. Einstellung in Gewinnrücklagen	55
15. Bilanzgewinn	406

Kapitalflussrechnung 2013		T€
Zahlungsmittelbestand am Anfang der Periode		3.861
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit		884
Cash Flow aus Investitionstätigkeit		-1.003
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit		-134
Zahlungsmittelbestand am Ende der Periode		3.608

Finanzwirtschaftliche Kennzahlen 2013

I. Ertragslage		
1.	Eigenkapitalrentabilität	4,7%
2.	Gesamtkapitalrentabilität	2,3%
II. Vermögensaufbau		
1.	Anlagenintensität	77,7%
2.	Intensität des Umlaufvermögens	22,2%
III. Anlagenfinanzierung		
1.	Anlagendeckung I	64,1%
2.	Anlagendeckung II	65,8%
IV. Kapitalausstattung		
1.	Eigenkapitalquote	49,8%
2.	Fremdkapitalquote	10,2%
V. Liquidität		
	Liquiditätsgrad I	434,2%

Unternehmensspezifische Kennzahlen 2013

Ausnutzungsgrad in %		
	Werkstattbereich	98,7
	Tagesförderstätte	104,5
	Ambulantes Wohnen	100

9. Lage des Unternehmens

Das Geschäftsjahr 2013 hat sich für die WFB im Vergleich zum Vorjahr im Gesamtergebnis geringfügig besser entwickelt. Im Jahr 2013 erfolgte der verstärkte Ausbau bestehender Angebote, was einen intensiveren Personaleinsatz nach sich zog. Dies wurde begleitet von einer erwarteten, jedoch erheblichen Tarifsteigerung im TVöD. Einher gingen diese Entwicklungen mit einem rückläufigen Ergebnis im Produktionsbereich der Werkstatt, was die Gesamtsteuerung im Jahr 2013 erneut spannungsreich gestaltete. Das Geschäftsjahr 2013 schließt mit einer Bilanzsumme in Höhe von 19.642.804,42 € und einem Jahresüberschuss in Höhe von 457.871,27 € (Vorjahr: 405 T€) ab.

Nach wie vor ist die WFB mit ihren Unternehmensbereichen Arbeit (Werkstatt), Tagesförderstätte und Ambulantes Wohnen der größte Anbieter von Angeboten für Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung in der Region.

Der Neubau der Tagesförderstätte wird voraussichtlich Mitte Juli 2015 fertiggestellt. Die Neubauten der integrativen Kindertagesstätten in Mainz und Nieder-Olm können voraussichtlich Ende Mai 2015 beendet werden. Ab diesem Zeitpunkt wird die Unternehmensgruppe WFB aus den vier Bereichen Arbeit (Werkstatt), Tagesförderstätte, Ambulantes Wohnen und Kindertagesstätten bestehen.

10. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinden

Im Berichtszeitraum kam es zu keinen Kapitalzuführungen bzw. -entnahmen durch die Gesellschafterin Stadt Mainz.

Zahlungsverkehr zwischen der Stadt Mainz und der WFB Fertigung und Service gGmbH im Geschäftsjahr 2013

Zahlungen von der Stadt Mainz an die WFB in 2013		T€
Pflegesätze		5.753
Leistungserlöse (Reinigung, Essenlieferung)		81
Gesamt		5.834

Die Forderungen an die Stadt Mainz betragen 117 T€ und betreffen Pflegesatzforderungen.

Zahlungen von der WFB an die Stadt Mainz in 2013		T€
Gebühren für Schmutzwasser		15
Datenverarbeitungsleistungen der KDZ		9
Müllentsorgung		2
Gesamt		26

Die Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Mainz betragen 43 T€ und betreffen im Wesentlichen überzahlte Pflegesätze.

Von der Stadt Mainz übernommene Bürgschaften zum 31.12.2013

Keine

Von der Stadt Mainz gewährte Darlehen zum 31.12.2013

Keine

11. Aufwendungen für Gesellschaftsorgane

Die Bezüge der Geschäftsführung sind individualisiert nach der Aufgliederung des § 285 Nr. 9 a) und c) HGB anzugeben:

a) Geschäftsführung

Keine Angabe

b) Aufsichtsrat

Die Aufsichtsratsmitglieder üben ihre Funktion ehrenamtlich aus. Sie erhalten keinerlei Sitzungsgelder oder Aufwandsentschädigungen.

12. Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO

Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

13. Personal

Die Gesellschaft hat folgende Mitarbeiter beschäftigt:

Beschäftigte	2012	2013
Geschäftsführer	1	1
Beamte	0	0
Beschäftigte	149	177
Auszubildende	4	4
Praktikanten/Aushilfen	10	12
Gesamt	164	194

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2013 539 behinderte Menschen im Arbeitsbereich und 43 behinderte Menschen in der Berufsbildung beschäftigt. Durchschnittlich wurden 28 Menschen in der Tagesförderstätte betreut.

14. Ausführung zu den Anforderungen im Sinne des § 90 GemO (notwendige öffentliche Bekanntmachungen)

Die im Sinne des § 90 GemO geforderten Ausführungen entfallen, da es sich bei der Gesellschaft um eine mehrheitlich privat beherrschte Gesellschaft handelt.

15. Public Corporate Governance Kodex

Für Gesellschaften, an denen die Stadt Mainz direkt oder indirekt mit einer Minderheit beteiligt ist, wird die Verpflichtung der Gesellschaft auf diesen Kodex empfohlen.

3.6 Kultur

3.6.1 Staatstheater Mainz GmbH



Staatstheater Mainz GmbH

Gutenbergplatz 7
55116 Mainz

Tel.: 06131/2851-0
Fax: 06131/2851-333
www.staatstheater-mainz.de

1. Gründung der Gesellschaft	13. Juni 1989
Datum der aktuellen Fassung des Gesellschaftsvertrages	18. März 2004 ³
2. Wirtschaftsjahr	1. August – 31. Juli
Stammkapital	52.000 €
Letzte Stammkapitalveränderung	Erhöhung in 2008 um 870,81 €

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Staatstheater Mainz GmbH i.H.v. 52 T€ sind folgende Gesellschafter beteiligt:

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in T€
Stadt Mainz	50,0	26
Land Rheinland-Pfalz	50,0	26

4. Gegenstand des Unternehmens⁴

Gegenstand des Unternehmens ist ein Mehrsparten-Theater (Musiktheater, Ballett, Schauspiel, Konzertwesen im Rahmen eines Bespielungsvertrages mit dem Landesbetrieb "Philharmonisches Staatsorchester Mainz"). Jede Sparte entwickelt im Rahmen der Möglichkeiten eigene Aktivitäten speziell für Kinder und Jugendliche.

Die Gesellschaft darf sich an anderen Unternehmen gleicher oder verwandter Art beteiligen sowie solche Unternehmen gründen oder erwerben. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Ziele. Die Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die in § 2 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages festgelegten Zwecke verwendet werden. Kein Gesellschafter darf Gewinnanteile und in seiner Eigenschaft als Gesellschafter auch nicht sonstige Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Es dürfen keine natürlichen oder juristischen Personen durch Ausgaben, die den Zwecken des Theaterbetriebes fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe

³ Der Gesellschaftsvertrag wurde umfassend geändert und bereits am 23.04.2008 durch den Stadtrat beschlossen. Die notarielle Beurkundung ist bisher noch nicht erfolgt.

⁴ Gegenstand des Unternehmens gemäß dem geänderten Gesellschaftsvertrag, der am 23.04.2008 durch den Stadtrat beschlossen wurde, jedoch noch nicht notariell beurkundet wurde.

Vergütungen begünstigt werden. Die Gesellschafter erhalten bei ihrem Ausscheiden bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert geleisteter Sacheinlagen zurück. § 22 des Gesellschaftsvertrages bleibt unberührt.

5. Besetzung der Organe

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung.

Geschäftsführung	
Herr Markus Müller	Intendant
Herr Volker Bierwirth	kaufmännischer Geschäftsführer
Aufsichtsrat	
OB Michael Ebling (Vorsitzender)	Stadt Mainz
Dr. Walter Konrad (CDU)	Stadt Mainz
StRM Martina Kracht (SPD)	Stadt Mainz
Staatssekretär Walter Schumacher	Land Rheinland-Pfalz
Ministerialrat Dirk Günthner	Land Rheinland-Pfalz
Michael Au	Land Rheinland-Pfalz
Mitglieder mit beratender Stimme	
Gunther Heinisch, MdL	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
StRM Cornelia Willius-Senzer	FDP
Maja Fleckenstein	Vertreterin Betriebsrat
Bgo. Marianne Grosse	Kulturdezernentin

Gesellschafterversammlung

Herr Oberbürgermeister Michael Ebling vertritt die Interessen der Stadt Mainz in der Gesellschafterversammlung. Er kann eine/n Gemeindebedienstete/n mit seiner Vertretung beauftragen.

6. Beteiligungen an anderen Unternehmen

Beteiligungsverhältnisse zu anderen Unternehmen bestehen nicht.

7. Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die unter der Überschrift „Gegenstand des Unternehmens“ aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck nicht-wirtschaftlicher Unternehmen einer Gemeinde und begründen ihr Engagement. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit der Stadt Mainz und ihrem voraussichtlichen Bedarf.

8. Grundzüge des Geschäftsverlaufes

Bilanz zum 31.07.2013	
Aktivseite	T€
A. Anlagevermögen	736
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	19
II. Sachanlagen	717
B. Umlaufvermögen	4.259
I. Vorräte	992
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.171
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	1.096
C. Rechnungsabgrenzungsposten	137
Bilanzsumme	5.132
Passivseite	
A. Eigenkapital	3.077
I. Gezeichnetes Kapital	51
II. Kapitalrücklage	56
III. Gewinnrücklagen	1.000
IV. Gewinnvortrag	2.372
V. Jahresfehlbetrag	-402
B. Rückstellungen	1.727
C. Verbindlichkeiten	256
D. Rechnungsabgrenzungsposten	72
Bilanzsumme	5.132

Gewinn- und Verlustrechnung 2013		T€
1.	Umsatzerlöse	2.935
2.	Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Produktionen	43
3.	Sonstige betriebliche Erträge	23.224
4.	Aufwand für Produktion	5.704
5.	Personalaufwand	17.209
6.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	251
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.357
8.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4
9.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-401
10.	Sonstige Steuern	1
11.	Jahresfehlbetrag	-402

Kapitalflussrechnung 31.07.2013		T€
Zahlungsmittelbestand am Anfang der Periode		928
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit		-22.952
Cash Flow aus Investitionstätigkeit		-259
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit		23.379
Zahlungsmittelbestand am Ende der Periode		1.096

Finanzwirtschaftliche Kennzahlen 31.07.2013

I. Ertragslage		
1.	Eigenkapitalrentabilität	-13,1%
2.	Gesamtkapitalrentabilität	-7,8%
II. Vermögensaufbau		
1.	Anlagenintensität	14,3%
2.	Intensität des Umlaufvermögens	85,7%
III. Anlagenfinanzierung		
1.	Anlagendeckung I	418,2%
2.	Anlagendeckung II	450,8%
IV. Kapitalausstattung		
1.	Eigenkapitalquote	60,0%
2.	Fremdkapitalquote	40,0%
V. Liquidität		
	Liquiditätsgrad I	428,3%

Unternehmensspezifische Kennzahlen 31.07.2013

Umsatzerlöse aus Karten- und Abonnementverkäufen	2.767 T€
Besucherzahlen	187.152
davon mit Studentenflatrate	17.090

9. Lage des Unternehmens

Die Staatstheater Mainz GmbH hat im Geschäftsjahr 2012/2013 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 402 T€ (Vorjahr: Jahresüberschuss in Höhe von 429 T€) erzielt. Die höheren Umsatzerlöse der Gesellschaft von 2.935 T€ (Vorjahr: 2.710 T€), die hauptsächlich aus dem Karten- und Abonnementverkauf resultieren, sind auf Preiserhöhungen in fast allen Sitzplatzkategorien zurückzuführen. Sie reichen jedoch nicht aus um die laufenden Aufwendungen für den Theaterbetrieb zu decken. Die nicht gedeckten Aufwendungen werden durch Zuschüsse der beiden Gesellschafter Stadt Mainz und Land Rheinland-Pfalz abgegolten. Diese Zuschüsse haben sich im Berichtsjahr um 600 T€ auf 22.768 T€ verringert. Seit Dezember 2002 verfolgt das Staatstheater einen strikten Sparkurs um den Zuschussbedarf so gering wie möglich zu halten. Neben den gesunkenen Zuschüssen haben im Wesentlichen die gestiegenen Personalaufwendungen aufgrund von Tarifsteigerungen zum Jahresfehlbetrag beigetragen.

Der im Berichtsjahr erzielte Jahresfehlbetrag zeigt die instabile Lage der Gesellschaft. Der Wirtschaftsplan 2013/2014 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 861 T€ ab, der Wirtschaftsplan 2014/2015 prognostiziert einen noch höheren Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.180 T€. Die Liquidität der Gesellschaft kann nur durch die regelmäßigen Zuschüsse der Gesellschafter gewährleistet werden. Die zukünftige wirtschaftliche Existenz der Gesellschaft ist abhängig von weiteren finanziellen Unterstützungen durch die Gesellschafter.

10. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde

Eine Anpassung des Stammkapitals erfolgte gemäß der am 23.04.2008 vom Stadtrat der Stadt Mainz genehmigten und in der Gesellschafterversammlung vom 15.02.2008 der Staatstheater Mainz GmbH be-

schlossenen Änderungen des Gesellschaftsvertrages i.H.v. 870,81 € auf 52.000 €. ⁵ Die Stammkapitalerhöhung wird durch eine Einlage der Gesellschafter Stadt Mainz und dem Land Rheinland-Pfalz i.H.v. jeweils 435,41 € erfolgen.

Zahlungsverkehr zwischen der Stadt Mainz und der Staatstheater Mainz GmbH im Geschäftsjahr 2013

Die Staatstheater Mainz GmbH finanziert ihre Tätigkeit überwiegend durch Zuschüsse ihrer Gesellschafter.

Zahlungen von der Stadt Mainz an das Staatstheater in 2013		T€
Betriebskostenzuschuss		11.806

Die Forderungen an die Stadt Mainz betragen 593 T€.

Zahlungen vom Staatstheater an die Stadt Mainz in 2013		T€
Pacht		1.005
Div. Rechnungen		126
Kommunale Datenzentrale		32
Versorgungszuschlag		17
Beamtenbezüge/Versorgungsansprüche		53
Entsorgungsbetrieb		21
Gesamt		1.254

Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Mainz bestehen nicht.

Von der Stadt Mainz übernommene Bürgschaften zum 31.07.2013

Keine

Von der Stadt Mainz gewährte Darlehen zum 31.07.2013

Keine

11. Aufwendungen für Gesellschaftsorgane

Die Bezüge der Geschäftsführung sind individualisiert nach der Aufgliederung des § 285 Nr. 9 a) und c) HGB anzugeben:

a) Geschäftsführung

Bezüge der Geschäftsführung in 2013		T€
Fixgehalt		0,3

⁵ Die Durchführung der Kapitalerhöhung erfolgt mit notarieller Beurkundung des neuen Gesellschaftsvertrages. Die notarielle Beurkundung des neuen Gesellschaftsvertrags ist bisher noch nicht erfolgt.

b) Aufsichtsrat

Bezüge der Aufsichtsratsmitglieder in 2013	T€
Sitzungsgelder	1

12. Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO

Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

13. Personal

Die Gesellschaft hat folgende Mitarbeiter beschäftigt:

Beschäftigte	2011/12	2012/13
Geschäftsführung	2	2
Künstler	126	126
Beschäftigte (technische Abteilungen)	141	138
Beschäftigte (Verwaltung)	38	37
Von der Stadt überlassene Mitarbeiter (Verwaltung)	1	1
Aushilfen	204	216
Auszubildende	11	11
Gesamt	523	531

14. Ausführung zu den Anforderungen im Sinne des § 90 GemO (notwendige öffentliche Bekanntmachungen)

1. Die Gesellschafterversammlung der Staatstheater Mainz GmbH hat in der Sitzung vom 18.03.2014 den Jahresabschluss der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2012/2013 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 5.131.573,48 €, festgestellt.
2. Der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012/2013 wurden von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG AG geprüft. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat dem Jahresabschluss einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.
3. Der Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres 2012/2013 wird wie folgt behandelt: Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 402.449,26 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.
4. Der Jahresabschluss 2012/2013 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012/2013 der Staatstheater Mainz GmbH werden gleichzeitig mit dieser Bekanntmachung, entsprechend der Ankündigung im Bekanntmachungsorgan der Stadt Mainz, öffentlich ausgelegt.

15. Public Corporate Governance Kodex

Die Gesellschaft wendet den Public Corporate Governance Kodex des Landes Rheinland-Pfalz an. Eine Berichterstattung erfolgt erstmals für das abweichende Wirtschaftsjahr 2014/2015.

3.7 Dienstleistungen für die Stadt Mainz

3.7.1 Kommunale Datenzentrale



Kommunale Datenzentrale Mainz

Hechtsheimer Straße 31a
55131 Mainz

Tel.: 06131/12-1600
Fax: 06131/12-1603
kdz@stadt.mainz.de
www.kdz.mainz.de

1. Gründung der Einrichtung	01. Januar 1990
Datum der aktuellen Fassung der Satzung	25. Februar 2005
2. Wirtschaftsjahr	Kalenderjahr
Stammkapital	1.050.000 €
Letzte Stammkapitalveränderung	Keine

3. Beteiligungsverhältnisse

Die Kommunale Datenzentrale Mainz ist ein Eigenbetrieb der Stadt Mainz.

4. Gegenstand des Eigenbetriebes

Zweck des Eigenbetriebes ist die Informationsverarbeitung für die Stadt Mainz und für andere Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts und deren Einrichtungen.

Die Aufgaben der Informationsverarbeitung sind im Einzelnen:

Ausführung von Verwaltungsarbeiten und anderen Aufgaben unter Einsatz elektronischer Anlagen der Daten- und Kommunikationstechnik, Entwicklung, Pflege und Bereitstellung von Datenverarbeitungsverfahren und der hierfür notwendigen Programme, datenverarbeitungstechnische und verfahrensorganisatorische Beratung der Anwender, Durchführung von Schulungen auf dem Gebiet der technikunterstützten Informationsverarbeitung.

Die KDZ ist eine nicht-wirtschaftliche Einrichtung und wird gemäß § 86 Abs. 2 Satz 2 GemO als Eigenbetrieb nach den Vorschriften der EigAnVO geführt. Die Leistungen für Dritte sind nach Inhalt und Umfang Annex Tätigkeiten.

5. Besetzung der Organe

Die Organe der KDZ sind der Oberbürgermeister, der Stadtrat, der Werkausschuss und die Werkleitung.

Oberbürgermeister

Der Oberbürgermeister ist Dienstvorgesetzter der Werkleitung sowie der Bediensteten im Eigenbetrieb.

Beigeordneter

Die KDZ gehört zum Aufgabenbereich des Oberbürgermeisters.

Stadtrat

Der Stadtrat beschließt über alle Angelegenheiten, die ihm durch die Vorschriften der Gemeindeordnung und der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung vorbehalten und nicht durch Hauptsatzung der Stadt Mainz übertragen worden ist.

Werkausschuss	
<u>Mitglieder</u>	<u>Stellvertretung/en</u>
OB Micheal Ebling (Vorsitzender)	
StRM Sabine Flegel (CDU)	alle StRM
StRM Anette Odenweller (CDU)	
StRM Dr. Peter Tress (CDU)	
Karsten Lange (CDU)	
Felix Leidecker (CDU)	
StRM Martin Kinzelbach (SPD)	alle StRM
StRM Amin Kondakji (SPD)	Denny Jera
Erik Donner (SPD)	Torsten Wegmann
Alexander Quis (SPD)	Myriam Lauzi, Matthias Dietz-Lenssen, Horst Hof
David Nierhoff (Bündnis 90/Die Grünen)	alle StRM
Oliver Buschbaum (Bündnis 90/Die Grünen)	Dr. Rupert Röder
StRM Thorsten Lange (Bündnis 90/Die Grünen)	Caroline Blume, Christian Heitzmann
StRM Walter Koppus (FDP)	alle StRM, Volker Hans, Tobias Huch, Hermann Wiest, Michael Ziegler
StRM Katharina Jahn (Die Linke)	Tupac Orrelana, StRM Waltraud Hingst, StRM Jasper Proske

Der Stadtrat hat folgende Damen und Herren auf Vorschlag des Personalrates gemäß § 90 (2) LPersVG als Vertreter mit beratender Stimme in den Werkausschuss der KDZ bestimmt:

Ordentliche Vertretung	Ersatzvertretung
Thomas Eberhart	Thorsten Kriesche
Claus Mornhinweg	Manuela Pittalis
Renate Schell	Bettina Benner-Brand
Michael Köhler	Marco Lehmann
Thomas Maier	Steffen Eiser

Werkleitung
Herr Günter Pfeifer

6. Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die unter der Überschrift „Gegenstand des Unternehmens“ aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck nicht-wirtschaftlicher Einrichtungen einer Gemeinde und begründen ihr Engagement. Der Eigenbetrieb steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit der Stadt Mainz und ihrem voraussichtlichen Bedarf.

7. Grundzüge des Geschäftsverlaufes

Bilanz zum 31.12.2013		T€
Aktivseite		
A. Anlagevermögen		8.947
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		1.009
II. Sachanlagen		5.936
III. Finanzanlagen		2.002
B. Umlaufvermögen		4.860
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		1.679
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		3.181
C. Rechnungsabgrenzungsposten		348
Bilanzsumme		14.155
Passivseite		
A. Eigenkapital		4.169
I. Stammkapital		1.050
II. Allgemeine Rücklage		2.689
III. Jahresgewinn		430
B. Rückstellungen		6.351
C. Verbindlichkeiten		3.136
D. Rechnungsabgrenzungsposten		499
Bilanzsumme		14.155

Gewinn- und Verlustrechnung 2013		T€
1.	Umsatzerlöse	11.802
2.	Sonstige betriebliche Erträge	15
3.	Materialaufwand	1.849
4.	Personalaufwand	3.983
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.159
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.357
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	52
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	77
9.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	444
10.	Außerordentliche Aufwendungen	0
11.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	5
12.	Sonstige Steuern	9
13.	Jahresgewinn	430

Kapitalflussrechnung 2013		T€
Zahlungsmittelbestand am Anfang der Periode		3.341
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit		2.197
Cash Flow aus Investitionstätigkeit		-2.135
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit		-222
Zahlungsmittelbestand am Ende der Periode		3.181

Finanzwirtschaftliche Kennzahlen 2013

I. Ertragslage		
1.	Eigenkapitalrentabilität	10,3%
2.	Gesamtkapitalrentabilität	3,0%
II. Vermögensaufbau		
1.	Anlagenintensität	63,2%
2.	Intensität des Umlaufvermögens	34,3%
III. Anlagenfinanzierung		
1.	Anlagendeckung I	46,6%
2.	Anlagendeckung II	133,0%
IV. Kapitalausstattung		
1.	Eigenkapitalquote	29,5%
2.	Fremdkapitalquote	67,0%
V. Liquidität		
	Liquiditätsgrad I	282,3%

Unternehmensspezifische Kennzahlen 2013

Umsatzerlöse im Jahr 2013 gegliedert nach Leistungsempfängern und Tätigkeitsbereichen:

	Stadt Mainz in T€	Andere öffentlich- rechtliche Körperschaften in T€
Systemmanagement	4.339	1.024
IT-Verarbeitung	615	3.233
Nutzungsentgelt für IT-Geräte und Software	813	-
Projektarbeit	243	-
Softwareentwicklung	164	-
Druckerleistungen	795	234
Übrige Umsätze	235	107
Gesamt	7.204	4.598

8. Lage des Eigenbetriebes

Das Geschäftsjahr 2013 schließt mit einer Bilanzsumme in Höhe von 14.155 T€ und einem Jahresüberschuss in Höhe von 430 T€ ab.

Die Umsatzerlöse betragen insgesamt 11.802 T€ und sind gegenüber dem Vorjahr um 209 T€ gestiegen. Die Steigerung der Umsatzerlöse ist vor allem auf das neue Geschäftsfeld „elektronisches Personenstandsregister“ (ePR) zurückzuführen. Die Erlöse aus Systemmanagement stellen unverändert das weitaus größte Umsatzsegment dar.

Die Projektmittel der Stadtverwaltung Mainz für die Finanzierung neuer IT-Lösungen wurden erneut zurückgenommen. Damit verringern sich auch die Einnahmen der KDZ Mainz als wichtiger Partner der Stadtverwaltung. Weiterhin schwierig gestaltet sich die Gewinnung von qualifizierten IT-Fachkräften für eine längerfristige Zusammenarbeit bei der KDZ Mainz.

9. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde

Übersicht über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Eigenbetriebes, die sich auf die Finanzplanung der Stadt Mainz auswirken (§ 19 Ziff. 2 EigAnVO):

	2013	2014	2015	2016	2017
Einnahmen	T€	T€	T€	T€	T€
Leistungen der KDZ an städtische Ämter	8.023	8.004	8.084	8.165	8.247
Summe der Einnahmen	8.023	8.004	8.084	8.165	8.247

	2013	2014	2015	2016	2017
Ausgaben	T€	T€	T€	T€	T€
Verwaltungskostenbeiträge	57	57,5	58	58	58,5
Erstattung für Leistungen an städtische Ämter	19,5	19,5	19,5	20	20,5
Summe der Ausgaben	76,5	77	77,5	78	79

10. Aufwendungen für Organe des Eigenbetriebes

Die Bezüge der Werkleitung sind individualisiert nach der Aufgliederung des § 285 Nr. 9 a) und c) HGB anzugeben:

a) Werkleitung

Keine Angabe

b) Werkausschuss

Die Mitglieder des Werkausschusses erhielten die gemeindeüblichen Sitzungsgelder.

11. Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO

Entfällt

12. Personal

Der Eigenbetrieb hat folgende Mitarbeiter beschäftigt:

Beschäftigte	2012	2013
Werkleiter	1	1
Beamte	12	11
Beschäftigte	51	54
Auszubildende	3	5
Praktikanten/Aushilfen	0	0
Gesamt	67	71

13. Wichtige Verträge

- Datenverarbeitungsverträge in dem Funktionsbereich Personalabrechnungs- und -informationssystem Loga: Insgesamt wurden 47 Verträge abgeschlossen.
- Datenverarbeitungsverträge in dem Funktionsbereich EWOISneu - Hosting-Betrieb: Es wurden mit 170 Kommunen des Landes Rheinland-Pfalz Verträge abgeschlossen.
- Datenverarbeitungsverträge in dem Funktionsbereich Personenstandswesen (AutiSta): Es wurden mit 206 Kommunen des Landes Rheinland-Pfalz Verträge abgeschlossen.
- Zweckvereinbarungen mit dem ZIDKOR (Zweckverband für Informationstechnologie und Datenverarbeitung der Kommunen in Rheinland-Pfalz).
- Verträge mit Versatel über Datenleitungsdienste.
- Verträge mit diversen Lieferanten über ca. 300 Fachapplikationen.

14. Public Corporate Governance Kodex

Der Public Corporate Governance Kodex gilt sinngemäß auch für die Eigenbetriebe der Stadt Mainz. Die Eigenbetriebe haben die darüber hinausgehenden gesetzlichen Vorgaben und Berichtspflichten der EigAnVO und der GemO Rh-Pf sowie die Vorgaben der Satzung zu berücksichtigen.

Der Werkausschuss und die Werkleitung haben den Bericht zum Public Corporate Governance Kodex für das Wirtschaftsjahr 2013 in der Sitzung am 13.05.2014 zur Kenntnis genommen.

Eine Aufgliederung der Werkleitervergütung im Anhang des Jahresabschlussberichtes 2013 ist nach den Vorgaben der Beamten - Besoldungsverordnung in Verbindung mit § 286 Abs. 4 HGB für die KDZ nicht anwendbar.

Die Landeshauptstadt Mainz hat eine Vermögenseigenschadensversicherung für Personen abgeschlossen, die im Dienst-, Arbeits- und Ausbildungsverhältnis zu der Landeshauptstadt Mainz stehen, für Personen die ehrenamtlich oder nebenberuflich für die Landeshauptstadt Mainz tätig sind sowie für Mitglieder des Stadtrats und dessen Ausschüsse.

3.7.2 GWM Gebäudewirtschaft Mainz



GWM - Gebäudewirtschaft Mainz

Zitadelle, Bau E
55131 Mainz

Tel.: 06131/12 4000
Fax: 06131/12-4050
gwm@stadt.mainz.de
www.gwm.mainz.de

1. Gründung der Einrichtung	01. Januar 1998
Datum der aktuellen Fassung der Satzung	22. Dezember 2008
2. Wirtschaftsjahr	Kalenderjahr
Stammkapital	23.570.577 €
Letzte Stammkapitalveränderung	Keine

3. Beteiligungsverhältnisse

Die GWM - Gebäudewirtschaft Mainz ist ein Eigenbetrieb der Stadt Mainz.

4. Gegenstand des Eigenbetriebes

Zweck des Eigenbetriebes GWM einschließlich etwaiger Hilfs- und Nebenbetriebe ist die zentrale Bewirtschaftung von Verwaltungsgebäuden, Schulen, Kindertagesstätten und sonstigen Gebäuden, die der Stadt Mainz zur Erfüllung ihrer Aufgaben dienen. Der Betriebszweck umfasst auch die Bewirtschaftung von Nebenflächen und Nebennutzungen und alle den Betriebszweck fördernde Geschäfte.

Die GWM ist eine nicht-wirtschaftliche Einrichtung und wird gemäß § 86 Abs. 2 Satz 1 GemO als Eigenbetrieb nach den Vorschriften der EigAnVO geführt.

5. Besetzung der Organe

Die Organe der GWM sind der Oberbürgermeister, der Stadtrat, der Werkausschuss und die Werkleitung.

Oberbürgermeister

Der Oberbürgermeister ist Dienstvorgesetzter der Werkleitung sowie der Bediensteten des Eigenbetriebes.

Beigeordneter

Der für den Geschäftsbereich zuständige Beigeordnete ist Vorgesetzter der Werkleitung.

Stadtrat

Der Stadtrat beschließt über alle Angelegenheiten, die ihm durch die Vorschriften der Gemeindeordnung und der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung vorbehalten und nicht durch Hauptsatzung der Stadt Mainz übertragen worden sind.

Werkausschuss	
Mitglieder	Stellvertretung/en
Bgo. Marianne Grosse (Vorsitzende)	
StRM Dr. Gerd Eckhardt (CDU)	Alle StRM
StRM Sabine Flegel (CDU)	
StRM Norbert Solbach (CDU)	
StRM Thomas Neger (CDU)	
StRM Prof. Dr. Michael Pietsch (CDU)	
StRM Dr. Lars Kützing (SPD)	Alle StRM
StRM Henning Franz (SPD)	Denny Jera
StRM Johannes Klomann (SPD)	Torsten Wegmann
StRM Christine Zimmer (SPD)	Myriam Lauzi, Matthias Dietz-Lenssen, Horst Hof
StRM Thorsten Lange (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)	Alle StRM
StRM Ruth Jaensch (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)	Dr. Rupert Röder
StRM Antje Kuessner (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)	Martin Schykowski, Caroline Blume, Christian Heitzmann
StRM Harald Strutz (FDP)	Alle StRM, Peter Strokowsky, David Dietz, Hermann Wiest
Siegfried Aubel (DIE LINKE)	Alle StRM, Tupac Orellana

Der Stadtrat hat folgende Damen und Herren auf Vorschlag des Personalrates gemäß § 90 Abs. 2 LPersVG als Vertreter mit beratender Stimme in den Werkausschuss der GWM bestimmt:

Ordentliche Vertretung	Ersatzvertretung
Michael Steinmetz	Hans-Jürgen Sauer
Jörg Neubert	Yvette Schrank
Frank Werum	Horst Ammann
Kurt Geilersdörfer	Achim Rösen
Inge Gasteier	Uwe Höhn

Werkleitung
Herr Gilbert Korte

6. Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die unter der Überschrift „Gegenstand des Unternehmens“ aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck nicht-wirtschaftlicher Einrichtungen einer Gemeinde und begründen ihr Engagement. Der Eigenbetrieb steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit der Stadt Mainz und ihrem voraussichtlichen Bedarf.

Folgende Leistungsbereiche wurden von der Stadt auf die GWM übertragen:

- Bau- und Betriebsunterhaltung
- Energiemanagement
- Reinigungsservice (Fremdfirmen, Eigenreinigung)
- Betreuung angemieteter Objekte
- „Eigentümergebiet“ für gewidmete Gebäude
- Hausmeisterservice

7. Grundzüge des Geschäftsverlaufes

Bilanz zum 31.12.2013	
Aktivseite	T€
A. Anlagevermögen	210.539
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	45
II. Sachanlagen	210.494
B. Umlaufvermögen	18.479
I. Vorräte	122
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.559
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	13.798
Bilanzsumme	229.018
Passivseite	
A. Eigenkapital	92.237
I. Stammkapital	23.571
II. Zweckgebundene Rücklagen	9.916
III. Allgemeine Rücklagen	52.713
IV. Jahresgewinn	6.037
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	16.989
C. Rückstellungen	3.754
D. Verbindlichkeiten	116.038
Bilanzsumme	229.018

Gewinn- und Verlustrechnung 2013	
	T€
1. Umsatzerlöse	51.515
2. Erhöhung des Bestands an unfertigen Leistungen	1
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	77
4. Sonstige betriebliche Erträge	1.047
5. Aufwendungen für Objektbewirtschaftung	26.992
6. Personalaufwand	8.447
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	5.932
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.752
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	48
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.490
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	6.075
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0
13. Sonstige Steuern	38
14. Jahresgewinn	6.037

Kapitalflussrechnung 2013	
	T€
Zahlungsmittelbestand am Anfang der Periode	521
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	11.408
Cash Flow aus Investitionstätigkeit	-4.007
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	5.876
Zahlungsmittelbestand am Ende der Periode	13.798

Finanzwirtschaftliche Kennzahlen 2013

I. Ertragslage		
1.	Eigenkapitalrentabilität	6,8%
2.	Gesamtkapitalrentabilität	2,6%
II. Vermögensaufbau		
1.	Anlagenintensität	91,9%
2.	Intensität des Umlaufvermögens	8,1%
III. Anlagenfinanzierung		
1.	Anlagendeckung I	43,8%
2.	Anlagendeckung II	69,7%
IV. Kapitalausstattung		
1.	Eigenkapitalquote	40,3%
2.	Fremdkapitalquote	59,7%
V. Liquidität		
	Liquiditätsgrad I	65,0%

Unternehmensspezifische Kennzahlen 2013

Anzahl Baumaßnahmen gewidmete Gebäude	46
Anzahl Sondermaßnahmen Stadt	79
Bruttogrundfläche Gebäude im Sondervermögen der GWM (m ²)	389.630
Abnutzungsgrad des Anlagevermögens (%)	78,8

8. Lage des Eigenbetriebes

Der Zweck des Eigenbetriebes ist die zentrale Bewirtschaftung von Verwaltungsgebäuden, Schulen, Kindertagesstätten und sonstigen Gebäuden, die der Stadt Mainz zur Erfüllung ihrer Aufgaben dienen.

Das Vermögen des Eigenbetriebs beträgt zum Bilanzstichtag 229.018 T€. Zum vorhergehenden Wirtschaftsjahr hat sich das Vermögen um insgesamt 11.672 T€ erhöht. In der Ergebnisrechnung wird ein Jahresgewinn in Höhe von 6.037 T€ ausgewiesen. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Jahresergebnis um 551 T€ erhöht.

Der Jahresgewinn 2012 von 5.486 T€ wurde der allgemeinen Rücklage zugeführt. Das Eigenkapital erhöhte sich im Berichtsjahr 2013 durch den Jahresgewinn und einer Zuwendung sowie einer Einlage der Stadt um insgesamt 6.405 T€. Die Eigenkapitalquote beträgt zum 31.12.2013 40,3% (Vorjahr: 39,4%).

Die Chancen der zukünftigen Entwicklung ergeben sich durch die Verbesserung der Innenfinanzierungskraft des Eigenbetriebes seit dem Wirtschaftsjahr 2010, der transparenten Bedarfs- und Verbrauchsermittlungen sowie der reibungsfreieren Abwicklung der Geschäftsprozesse durch Wiederbesetzung von Stellen. Die Risiken der zukünftigen Entwicklung resultieren aus dem demographischen Wandel mit der Folge von immer kürzeren wirtschaftlichen Lebenszyklen, höhere Anforderungen durch den europäischen und nationalen Gesetzgeber, den Nachfrageschwankungen bei den Schularten, den Kürzungen der Gebäudedienstleistungen sowie der Entwicklung der Personal- und Energiekosten.

9. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde

Übersicht über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Eigenbetriebes, die sich auf die Finanzplanung der Stadt Mainz auswirken (§ 19 Ziff. 2 EigAnVO):

	2013	2014	2015	2016	2017
Einnahmen	T€	T€	T€	T€	T€
Gebäudedienstleistungen	51.032	53.216	58.216	60.378	60.378
Summe der Einnahmen	51.032	53.216	58.216	60.378	60.378

	2013	2014	2015	2016	2017
Ausgaben	T€	T€	T€	T€	T€
Verwaltungskostenbeiträge	439	439	439	439	439
Anteilige Erstattung für außerschulische Nutzungen	22	22	22	22	22
Summe der Ausgaben	461	461	461	461	461

10. Aufwendungen für Organe des Eigenbetriebes

Die Bezüge der Werkleitung sind individualisiert nach der Aufgliederung des § 285 Nr. 9 a) und c) HGB anzugeben:

a) Werkleitung

Keine Angabe

b) Werkausschuss

Keine Angabe

11. Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO

Entfällt

12. Personal

Der Eigenbetrieb hat folgende Mitarbeiter beschäftigt:

Beschäftigte	2012	2013
Werkleiter	1	1
Beamte	5	5
Beschäftigte	212	196
Auszubildende	0	0
Praktikanten/Aushilfen	0	0
Gesamt	218	202

13. Wichtige Verträge

Dienstleistungsvertrag über die Bereitstellung und Wartung der Software SAP mit der Kommunalen Datenzentrale Mainz vom 01.01.2007.

14. Public Corporate Governance Kodex

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 17.04.2013 den Mainzer Public Corporate Governance Kodex (MPCGK) verbindlich für den Eigenbetrieb GWM eingeführt.

Die Werkleitung ist der Forderung den Kodex formell umzusetzen nachgekommen, in dem der MPCGK mittels Org-Info vom 22.07.2013 allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bekannt gemacht wurde.

Der MPCGK wird in der GWM beachtet und gelebt.

4. Anhang

4.1 Zusammenfassender Überblick über die Einzeldarstellungen

	städt. Anteil in T€	städt. Anteil in %	Eigen- kapital in T€	Bilanz- summe in T€	Eigenkapi- talquote in %	Umsatz- erlöse in T€	Jahreser- gebnis in T€
Direkte Beteiligungen							
<u>Steuerungsholding der Stadt Mainz</u>							
Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH	25	100,00	286.174	286.498	99,9	47	2.511
Stadtwerke Main AG	4.810	4,81	210.959	653.717	32,3	85.485	10.300
Frankfurter Hof Verwaltungsgesellschaft mbH	100	5,10	1.827	7.828	23,3	439	-159
mainzplus CITYMARKETING GmbH	0	0	1.397	3.525	39,6	9.842	-2.296
Jobperspektive Mainz gGmbH	0	0	0	595	0,0	1.666	-2.068
<u>Entsorgung und Verkehr</u>							
Parken in Mainz GmbH	179	50,00	7.760	42.941	18,1	12.679	-1.020
Entsorgungsgesellschaft Mainz mbH	250	5,00	40.370	121.433	33,2	42.685	4.406
Wirtschaftsbetrieb Mainz AöR	7.300	100,00	99.025	309.413	32,0	42.129	1.010
Entsorgungsbetrieb der Stadt Mainz	511	100,00	23.772	61.294	38,8	37.280	1.410
<u>Stadtentwicklung und Wohnungswirtschaft</u>							
Wohnbau Mainz GmbH	31.879	89,80	166.941	229.368	72,8	1.704	244
Mainzer Aufbaugesellschaft mbH	1.683	43,30	18.972	71.013	26,7	5.518	4.860
Rheingoldhalle Verwaltungs mbH	5	20,00	42	48	87,5	8	3
Rheingoldhalle GmbH & Co. KG *	560	20,00	5.592	11.213	49,9	900	103
<u>Wirtschaftsförderung</u>							
Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH	30.358	100,00	36.148	135.954	26,6	13.315	359
TechnologieZentrum Mainz GmbH	10	2,00	183	4.357	4,2	534	-161
Grundstücksentwicklung Mainz (AGEM) **	903	100,00	1.147	5.403	21,2	6	1
<u>Bildung und Soziales</u>							
Mainzer Alten- und Wohnheime gGmbH	24.674	94,90	0	2.096	0,0	8.673	-886
WFB Fertigung & Service - Werkstätten für behinderte Menschen Mainz gGmbH	328	32,80	9.781	19.643	49,8	18.633	458
<u>Kultur- und Veranstaltungsmanagement</u>							
Staatstheater (2012/2013)	26	50,00	3.077	5.132	60,0	2.935	-402
<u>Dienstleistungen für die Stadt Mainz</u>							
Kommunale Datenzentrale Mainz	1.050	100,00	4.169	14.155	29,5	11.802	430
GWM Gebäudewirtschaft Mainz	23.571	100,00	92.237	229.018	40,3	51.515	6.037

* Hafteinlage/Kommanditanteil / ** Datenbasis: testierter Prüfbericht zum 31.12.2012

4.2 Überblick über die Wirtschaftsprüfungsgesellschaften 2013

Name der Gesellschaft	Wirtschaftsprüfer für das Geschäftsjahr 2013
1. Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH	PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
2. Stadtwerke Main AG	PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
3. Frankfurter Hof Verwaltungsgesellschaft mbH	PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
4. mainzplus CITYMARKETING GmbH	PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
5. Jobperspektive Mainz gGmbH	Dr. Dornbach Revision GmbH
6. Parken in Mainz GmbH	KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
7. Entsorgungsgesellschaft Mainz mbH	KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
8. Wirtschaftsbetrieb Mainz AöR	WIBERA Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
9. Entsorgungsbetrieb der Stadt Mainz	Dr. Dornbach Revision GmbH
10. Wohnbau Mainz GmbH	BRV AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
11. Mainzer Aufbaugesellschaft mbH	KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
12. Rheingoldhalle Verwaltungs mbH	KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
13. Rheingoldhalle GmbH & Co. KG	KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
14. Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH	Dr. Dornbach Revision GmbH
15. TechnologieZentrum Mainz GmbH	RHEIN-NAHE Treuhand GmbH
16. Grundstücksentwicklung Mainz (AGEM)	Dr. Dornbach Revision GmbH
17. Mainzer Alten- und Wohnheime gGmbH	Dr. Dornbach Revision GmbH
18. WFB Fertigung & Service - Werkstätten für behinderte Menschen Mainz gGmbH	ATAX Treuhand GmbH
19. Staatstheater (2012/2013)	KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
20. Kommunale Datenzentrale Mainz	Dr. Dornbach Revision GmbH
21. GWM Gebäudewirtschaft Mainz	KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

4.3 Überblick über die Beschäftigten 2013

Zusammenfassender Überblick über die Einzeldarstellungen	Geschäftsführer *	Arbeitnehmer	Auszubildende	Gesamt	Anmerkungen
Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH	3	2	0	5	
Stadtwerke Main AG	2	51	0	53	
Frankfurter Hof Verwaltungsgesellschaft mbH	1	1	0	2	Die Gesellschaft beschäftigt eine Aushilfe.
mainzplus CITYMARKETING GmbH	1	57	12	70	Davon 7 städtische Mitarbeiter
Jobperspektive Mainz gGmbH	1	54	0	55	
Parken in Mainz GmbH	1	0	0	1	Die PMG beschäftigt kein eigenes Personal.
Entsorgungsgesellschaft Mainz mbH	2	0	0	2	Die Gesellschaft hat kein eigenes Personal. Im Rahmen der Personalgestellung werden alle Tätigkeiten durch die Mitarbeiter der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden erledigt.
Wirtschaftsbetrieb Mainz AöR	2	252	10	264	
Entsorgungsbetrieb der Stadt Mainz	1	499	0	500	
Wohnbau Mainz GmbH	2	133	13	148	
Mainzer Aufbaugesellschaft mbH	2	44	3	49	
Rheingoldhalle Verwaltungs mbH	1	0	0	1	Die Gesellschaft hat kein eigenes Personal.
Rheingoldhalle GmbH & Co. KG	1	0	0	1	Die Gesellschaft hat kein eigenes Personal.
Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH	1	11	0	12	
TechnologieZentrum Mainz GmbH	1	1	0	2	Die Gesellschaft beschäftigte eine Aushilfe.
Grundstücksentwicklung Mainz (AGEM)	3	0	0	3	Die AGEM beschäftigt kein eigenes Personal.
Mainzer Alten- und Wohnheime gGmbH	1	193	5	199	
WFB Fertigung & Service - Werkstätten für behinderte Menschen Mainz gGmbH	1	189	4	194	539 behinderte Menschen waren im Arbeitsbereich und 43 in der Berufsbildung beschäftigt. Durchschnittlich wurden 28 Menschen in der Tagesförderstätte betreut.
Staatstheater (2012/2013)	2	518	11	531	
Kommunale Datenzentrale Mainz	1	65	5	71	
GWM Gebäudewirtschaft Mainz	1	201	0	202	
Summe	27	2.271	63	2.361	

Die Geschäftsführung der Rheingoldhallen, PMG und FFH wurden in der Summe nicht berücksichtigt.

* bzw. Vorstand oder Werkleiter

4.4 10 – Jahresübersichten (2004 – 2013)

In den folgenden Tabellen werden die Beteiligungsgesellschaften, Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts für den Zeitraum von 2004 – 2013 dargestellt.⁶ Die aufgeführten Kennzahlen wurden den vorliegenden Jahresabschlüssen entnommen. Besonderheiten, vor allem bei der Berechnung von Bilanzgewinn/-verlust und Eigenkapitalquote, sind an entsprechender Stelle vermerkt.

⁶ Ein testierter Jahresabschluss der AGEM zum 31.12.2013 lag bei Redaktionsschluss dieses Berichts noch nicht vor. Die vorliegenden Daten basieren auf einem testierten und vom Verwaltungsrat beschlossenen Prüfbericht zum 31.12.2012.

Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH
(Anteil: 100 %)

in T€	2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Umsatzerlöse	47	10	0	0 ¹⁾	Die Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH wurde am 15.10.2010 gegründet.					
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.511	3.707	4.594	-0,19						
Jahresüberschuss/- fehlbetrag	2.511	3.707	4.594	-0,19						
Bilanzgewinn/-verlust	4.605	5.801	4.594							
Stammkapital	25	25	25	25						
Eigenkapital	286.174	286.163	284.956	25						
Bilanzsumme	286.498	286.485	286.372	655						
Eigenkapitalquote in %	99,9	99,9	99,5	3,8						

¹⁾ Im Rumpfgeschäftsjahr 2010 wurden keine Umsatzerlöse erwirtschaftet.

Stadtwerke Mainz AG
(Anteil: 4,8 %)

in T€	2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Umsatzerlöse	85.485	84.557	80.497	190.690	174.729	151.240	224.257	196.742	161.590	161.697
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	11.954	20.700	26.780	60.972	16.896	-14.860	6.931	16.682	25.808	34.582
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	10.300	14.978	26.576	44.725	16.625	-21.755	71.786	8.262	7.571	7.620
Stammkapital	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	80.000	80.000	80.000	70.000	64.000
Eigenkapital	210.959	208.159	200.680	181.604	156.145	139.520	161.275	91.142	84.393	77.572
Bilanzsumme	653.717	671.867	651.295	636.848	626.643	578.128	615.810	424.500	430.910	419.517
Eigenkapitalquote in %	32,3	30,9	30,8	28,5	24,9	24,1	26,8	23,3	21,4	18,5

Frankfurter Hof Verwaltungsgesellschaft mbH
(Anteil: 5,1 %)

in T€	2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Umsatzerlöse	439	478	466	472	480	489	485	570	478	461
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-149	-159	-141	-173	-158	-180	-217	-119	-49	-48
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-159	-169	-150	-182	-220	-189	-227	-129	-229	-235
Stammkapital	1.960	1.960	1.960	1.960	1.960	1.958	1.958	1.958	1.958	1.958
Eigenkapital	1.826	1.816	1.836	1.757	1.764	1.795	1.757	1.855	1.519	1.749
Bilanzsumme	7.828	8.108	8.319	8.545	8.771	9.084	9.351	9.714	9.626	10.053
Eigenkapitalquote in %	23,3	22,4	22,1	20,6	20,1	19,8	18,8	19,1	15,8	17,4

mainzplus CITYMARKETING GmbH

in T€	2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Umsatzerlöse	9.842	8.036	4.400	4.428	3.983	4.393	4.005	2.669	2.447	2.998
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2.173	-1.402	-1.191	-894	-1.136	-714	-1.017	-1.593	-1.828	-1.864
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-2.296	-1.516	-1.285	-1.000	-1.229	-807	-1.110	-1.695	-1.829	-1.717
Stammkapital	26	26	26	26	26	26	26	26	26	26
Eigenkapital	1.397	1.618	1.300	1.468	1.399	1.228	635	245	190	169
Bilanzsumme	3.525	3.317	2.429	2.662	2.608	2.485	2.242	1.434	1.266	1.225
Eigenkapitalquote in %	39,6	48,8	53,5	55,1	53,6	49,4	28,3	17,1	15,0	13,8

Jobperspektive Mainz gGmbH
(ehemals: SPAZ Mainzer Gesellschaft für berufsbezogene Bildung
und Beschäftigung gGmbH)

in T€	2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Umsatzerlöse	1.666	3.147	3.593	4.487	4.784	4.184	3.692	3.341	3.329	3.774
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2067	-784	-456	-455	-31	-130	-5	-9	4	-90
Jahresüberschuss/- fehlbetrag	-2068	-786	-457	-458	-34	-132	-8	-13	8	-36
Stammkapital	60	60	60	60	60	60	60	60	60	60
Eigenkapital	0	0	0	256	714	748	880	888	900	892
Bilanzsumme	595	2.091	1.706	1.919	2.404	2.361	2.315	2.307	2.603	2.620
Eigenkapitalquote in % 1)	0	0	0	27,1	42,7	44,3	51,5	53,5	34,6	34,0

1) Bei der Ermittlung der Eigenkapitalquote wurde ab 2006 der Sonderposten für Investitionszuschüsse dem Eigenkapital zur Hälfte zugerechnet.

Parken in Mainz GmbH
(Anteil: 50 %)

in T€	2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Umsatzerlöse	12.679	13.801	13.915	13.347	11.510	10.303	10.741	9.848	9.079	8.685
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.205	2.731	1.862	-1.395	-182	1.356	2.555	2.999	1.429	1.371
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-1.020	2.047	1.503	-2.065	-594	294	800	1.092	-2.971	-94
Bilanzgewinn/-verlust	-1.685	-665	-2.712	-4.215	-2.151	-1.557	-1.851	-2.650	-3.741	-770
Stammkapital	358	358	358	358	358	358	358	358	358	358
Eigenkapital	7.760	8.780	6.733	5.230	7.294	7.888	7.594	6.795	5.703	7.740
Bilanzsumme	42.941	46.041	43.519	47.438	48.743	47.112	42.216	40.791	37.015	41.507
Eigenkapitalquote in %	18,1	19,1	15,5	11,0	15,0	16,7	18,0	16,7	15,4	18,6

EGM Entsorgungsgesellschaft Mainz mbH
(Anteil: 5 %)

in T€	2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Umsatzerlöse	42.685	42.378	42.956	41.440	43.162	34.330	32.690	32.043	27.765	26.045
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	6.485	6.720	5.815	4.545	6.618	5.430	11.359	12.121	10.448	9.647
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	4.406	4.637	3.876	2.944	4.479	3.395	3.873	4.225	3.410	3.206
Bilanzgewinn/-verlust	35.249	30.842	26.205	22.329	19.385	14.906	11.511	7.638	3.412	1.802
Stammkapital	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
Eigenkapital	40.370	35.964	31.327	27.451	24.507	20.028	16.511	12.638	8.413	6.802
Bilanzsumme	121.433	125.359	135.654	145.819	156.327	155.282	139.754	96.369	98.279	103.802
Eigenkapitalquote in %	33,2	28,7	23,1	18,8	15,7	12,9	11,8	13,1	8,6	6,6

**Wirtschaftsbetrieb Mainz
Anstalt des öffentlichen Rechts**

in T€	2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Umsatzerlöse	42.130	41.394	37.286	36.864	43.731	37.927	Die Anstalt des öffentlichen Rechts wurde zum 01.01.2008 durch eine Umwandlung des Eigenbetriebs Wirtschaftsbetrieb Mainz im Wege der Gesamtrechtsnachfolge begründet.			
Betriebsergebnis	8.139	7.310	5.930	4.471	5.302	5.820				
Jahresüberschuss/- fehlbetrag	1.010	2.328	538	-1.362	597	1.644				
Stammkapital	7.300	7.300	7.300	7.300	7.300	7.300				
Eigenkapital	99.025	96.246	93.918	93.380	94.661	94.065				
Bilanzsumme	309.413	309.321	316.719	302.748	300.062	279.031				
Eigenkapitalquote in %	32,0	31,1	35,8	37,7	39,0	42,4				

**Entsorgungsbetrieb der Stadt Mainz
Eigenbetrieb der Stadt Mainz**

in T€	2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Umsatzerlöse	37.280	36.523	36.243	36.488	35.683	36.174	38.325	36.637	35.577	32.867
Betriebsergebnis	2.485	2.683	2.097	3.349	-465	539	-935	-499	234	-468
Jahresüberschuss/- fehlbetrag	1.410	1.188	1.258	2.208	-560	613	665	63	537	-169
Stammkapital	511	511	511	511	511	511	511	511	511	511
Eigenkapital	23.772	22.363	21.176	19.918	7.212	7.772	7.159	6.493	6.431	5.893
Bilanzsumme	61.294	61.095	50.038	48.977	47.532	47.670	54.258	56.138	60.647	62.722
Eigenkapitalquote in %	38,8	36,6	42,3	40,6	15,2	16,3	13,2	11,6	10,6	9,4

Wohnbau Mainz GmbH
(Anteil: 89,9 %)

in T€	2013	2012	2011	2010 *	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Umsatzerlöse	1.704	1.747	1.663	2.824	88.183	93.671	96.182	104.799	81.856	96.457
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	35	1.083	19.089	-10.131	264.033	-272.394	28.317	28.506	21.362	26.999
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	244	1.097	18.902	-10.579	248.307	-274.469	-1.897	-1.669	-3.168	2.544
Bilanzgewinn/-verlust ¹⁾	-23.232	-23.476	-24.573	-43.475	-32.896	-281.203	-6.734	-4.837	-3.168	2.290
Stammkapital	35.500	35.500	35.500	35.500	35.496	35.496	35.496	35.496	35.496	35.496
Eigenkapital	166.941	170.697	169.600	150.698	161.276	-185.655	88.814	90.711	92.380	95.548
Bilanzsumme	229.368	231.133	230.289	230.369	318.355	919.912	974.683	1.006.850	1.092.869	843.965
Eigenkapitalquote in %	72,8	73,9	73,6	65,4	50,7	-25,3	9,1	9,0	8,5	11,3

¹⁾ Bilanzgewinn/-verlust entspricht der Summe aus Ergebnisvortrag und Jahresergebnis.

* Nach der Restrukturierung der Wohnbau-Gruppe fungiert die Wohnbau Mainz GmbH als Managementholding.

Mainzer Aufbaugesellschaft mbH
(Anteil: 43,29 %)

in T€	2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Umsatzerlöse	5.518	9.351	3.987	3.060	11.947	5.291	7.175	9.583	8.906	11.527
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5.695	2.157	577	-5.519	-2.987	2.620	426	7.373	736	535
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	4.860	1.550	62	-5.861	-3.110	2.314	-1.037	6.203	-2.368	-1.478
Bilanzgewinn/-verlust	6.472	1.611	62	-10.268	-4.407	-1.298	-3.612	-3.257	-5.384	-3.320
Stammkapital	3.885	3.885	3.885	3.885	3.426	3.426	3.426	3.426	3.426	3.426
Eigenkapital	18.972	14.112	12.563	12.093	17.486	6.959	11.204	12.242	6.038	7.805
Bilanzsumme	71.013	73.241	81.144	96.221	96.427	88.451	99.237	106.269	97.589	105.139
Eigenkapitalquote in %	26,7	19,3	15,5	12,6	18,1	7,9	11,3	11,5	6,2	7,4

Rheingoldhalle Verwaltungs-GmbH
(Anteil: 20 %)

in T€	2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Umsatzerlöse	8	7	6	8	7	4	7	8	0	0 ¹⁾
Betriebsergebnis	4	1	2	3	3					k.A. ²⁾
Jahresüberschuss/- fehlbetrag	3	1	2	2	2	1	2	2	2	-1
Bilanzgewinn/-verlust	17	14	13	11	9	7	0	0	0	k.A. ²⁾
Stammkapital	25	25	25	25	25	25	25	25	25	25
Eigenkapital	42	39	38	36	34	32	31	28	26	24
Bilanzsumme	48	44	45	42	37	36	34	33	29	26
Eigenkapitalquote in %	88,7	89,7	84,4	85,7	91,9	86,1	91,2	84,8	92,3	93,4

¹⁾ Beim Geschäftsjahr 2004 handelt es sich um ein Rumpfgeschäftsjahr.

²⁾ In den Jahresabschlussberichten der Rheingoldhalle Verwaltungs-GmbH wurde bis 2008 kein Betriebsergebnis und bis 2007 kein Bilanzgewinn/-verlust ausgewiesen.

Rheingoldhalle GmbH & Co. KG
(Kommanditanteil: 20 %)

in T€	2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Umsatzerlöse	900	886	929	915	897	843	658	120	120	30
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	116	63	184	184	76	152	-80	-73	-16	-27
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	103	59	132	149	42	118	-115	-107	-114	-27
Haftkapital	2.800	2.800	2.800	2.800	2.800	2.800	2.800	2.800	2.800	2.800
Eigenkapital	5.592	5.592	5.592	5.538	5.389	5.347	5.190	5.307	5.434	5.565
Bilanzsumme	11.213	11.317	11.430	11.423	11.400	11.474	11.374	12.721	12.089	7.940
Eigenkapitalquote in %	49,9	49,4	48,9	48,5	47,3	46,6	45,6	41,7	45,0	70,1

¹⁾ Das Jahresergebnis wurde durch Verrechnung auf den Kapitalkonten der jeweiligen Gesellschafter entsprechend ihrer Anteile ausgeglichen.

Grundstücksverwaltungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH
(Anteil: 100 %)

in T€	2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Umsatzerlöse	13.315	13.807	10.453	2.974	7.984	6.804	4.100	3.393	8.500	4.801
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	489	388	522	-624	279	-4.142	2.000	2.425	3.398	485
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	359	232	383	-709	196	-4.245	-1.222	-565	476	135
Bilanzgewinn/-verlust	4.642	4.283	4.051	3.668	4.378	4.182	8.427	9.649	10.215	9.739
Stammkapital	30.358	30.358	30.358	30.358	30.358	30.358	30.358	30.358	30.358	30.358
Eigenkapital	36.148	35.790	35.558	35.175	35.885	35.689	39.934	41.157	41.722	41.245
Bilanzsumme	135.954	136.714	143.881	147.285	133.516	125.108	121.397	129.256	120.887	121.568
Eigenkapitalquote in %	26,6	26,2	24,7	23,9	26,9	28,5	32,9	31,8	34,5	33,9

TechnologieZentrum Mainz GmbH
(Anteil: 2 %)

in T€	2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Umsatzerlöse	534	535	318	319	316	501	513	656	527	352
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-155	-40	-55	-67	-99	-165	-383	-89	-147	-80
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-161	-46	-61	-72	-104	-170	-388	-95	-95	-118
Bilanzgewinn/-verlust	-375	-274	-338	-305	-428	-713	-250	-226	-369	-390
Stammkapital	511	511	511	511	511	511	511	511	511	511
Eigenkapital	183	298	283	234	278	186	-33	260	286	237
Bilanzsumme	4.357	4.414	4.764	5.110	5.257	5.609	6.008	6.105	6.365	6.650
Eigenkapitalquote in %	4,2	6,7	5,9	4,6	5,3	7,9	-0,5	33,9	40,4	39,2

**Grundstücksentwicklung Mainz (AGEM)
Anstalt des öffentlichen Rechts**

in T€	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004 ¹⁾
Umsatzerlöse	6	6	6	41	0	0	992	0	1.541
Betriebsergebnis	1	-4	-7	1	-26	-24	51	-28	167
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	1	3	8	21	2	5	61	-25	167
Stammkapital	903	903	903	903	903	903	903	903	903
Eigenkapital	1.147	1.146	1.142	1.134	1.113	1.111	1.106	1.045	1.071
Bilanzsumme	5.403	4.816	4.522	4.480	2.461	2.504	2.553	1.902	1.990
Eigenkapitalquote in %	21,2	24,0	25,3	25,3	45,3	44,4	43,3	54,9	53,8

¹⁾ Rumpfgeschäftsjahr vom 24.03.2004 - 31.12.2004

Mainzer Alten- und Wohnheime gGmbH
(Anteil: 94,9 %)

in T€	2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Umsatzerlöse	8.674	8.951	9.250	9.963	9.741	9.649	10.254	10.221	10.136	10.441
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-886	-824	-447	-753	-1.209	-1.337	-479	-480	-667	-878
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-886	-824	-447	-834	-1.209	-1.397	-533	-444	-851	-884
Bilanzgewinn/-verlust	-1.682	-1.595	-879	-1.765	-1.511	-1.664	-558	-684	-803	-661
Stammkapital	26	26	26	26	26	26	26	26	26	26
Eigenkapital	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Bilanzsumme	2.096	1.742	1.482	2.223	2.572	2.081	1.911	2.138	1.863	1.974
Eigenkapitalquote in %	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

**WFB Fertigung & Service - Werkstätten für behinderte
Menschen Mainz gGmbH (Anteil: 32,80 %)**

in T€	2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Umsatzerlöse	18.633	18.224	18.413	18.325	17.984	18.141	17.506	16.769	15.770	15.040
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	464	411	867	683	51	151	384	305	1.165	1.436
Jahresüberschuss/- fehlbetrag	458	405	862	686	47	148	382	303	44	366
Stammkapital	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
Eigenkapital	9.781	9.323	8.918	8.056	7.370	6.996	6.522	5.813	5.169	4.782
Bilanzsumme	19.643	19.674	19.746	19.719	19.903	20.187	20.018	19.955	18.907	18.721
Eigenkapitalquote in %	49,8	47,4	45,2	40,9	37,0	34,6	32,6	29,1	27,3	25,5

Staatstheater Mainz GmbH
(Anteil: 50 %)

in T€	2012/13	2011/12	2010/11	2009/10	2008/09	2007/08	2006/07	2005/06	2004/05	2003/04
Umsatzerlöse	2.935	2.710	2.650	2.627	2.771	2.688	2.653	2.653	2.847	2.824
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-401	430	557	559	-704	242	275	238	-62	705
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-402	429	501	558	-705	241	273	237	75	763
Bilanzgewinn/-verlust	1.970	2.372	1.943	1.442	884	1.589	1.075	838	763	0
Stammkapital	51	51	51	51	51	51	51	51	51	51
Eigenkapital	3.077	3.479	3.050	1.549	991	1.696	1.455	1.182	945	871
Bilanzsumme	5.132	5.701	5.189	4.654	3.889	4.587	6.007	5.734	6.165	5.534
Eigenkapitalquote in %	60,0	61,02	58,8	33,3	25,5	37,0	24,2	20,6	15,3	15,7

**Kommunale Datenzentrale
Eigenbetrieb der Stadt Mainz**

in T€	2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Umsatzerlöse	11.802	11.593	10.736	9.786	9.637	8.593	8.792	7.867	7.415	7.179
Betriebsergebnis	498	687	1.054	862	998	678	626	261	212	96
Jahresüberschuss/- fehlbetrag	430	382	331	305	297	279	268	221	167	113
Stammkapital	1.050	1.050	1.050	1.050	1.050	1.050	1.050	1.050	1.050	1.050
Eigenkapital	4.169	3.839	3.657	3.326	3.021	2.724	2.445	2.177	1.957	1.789
Bilanzsumme	14.155	14.198	13.060	11.925	11.815	10.964	10.158	9.444	8.631	5.860
Eigenkapitalquote in %	29,5	27,0	28,0	27,9	25,6	24,8	24,0	23,1	22,7	30,5

**Gebäudewirtschaft Mainz
Eigenbetrieb der Stadt Mainz**

in T€	2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Umsatzerlöse	51.515	51.412	53.973	50.981	48.515	47.670	48.416	46.937	49.308	48.504
Betriebsergebnis	9.518	9.340	10.140	9.436	5.736	5.105	-1.082	1.331	1.098	1.715
Jahresüberschuss/- fehlbetrag	6.037	5.486	5.651	5.666	3	-732	-6.902	1.415	1.098	2.042
Stammkapital	23.571	23.571	23.570	23.570	23.570	23.570	23.570	25.565	25.565	25.565
Eigenkapital	92.237	85.832	80.334	70.708	65.042	65.040	65.772	72.188	70.773	70.616
Bilanzsumme	229.018	217.346	218.826	213.463	211.096	211.750	218.851	226.944	230.636	227.554
Eigenkapitalquote in %	40,3	39,5	36,7	33,2	30,8	30,7	30,0	31,8	30,7	31,0

4.5 Gesamtbericht MVG 2013

Gesamtbericht

nach Art. 7 Abs. 1 Verordnung (EG) Nr.1370/2007

der Europäischen Union

der Stadt Mainz

für das Berichtsjahr 2013

Inhaltsverzeichnis

	Seite
A. Einleitung	196
B. Erläuterungen zum Aufgabenträger	196
C. Darstellung der öffentlichen Dienstleistungsaufträge sowie der ausgewählten Betreiber	197
1. Formale Rahmenbedingungen	
1.1 Charakter der verkehrlichen Verpflichtungen	
1.2 Busverkehr	
1.3 Straßenbahnverkehr	
D. Beschreibung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen	198
1. Beschreibung der Bedienungsqualität	
1.1 Busverkehr	
1.2 Schienengebundener Verkehr	
2. Beschreibung der Beförderungsqualität	
2.1 Grundsätzliche Vorgaben zur Beförderungsqualität	
2.2 Ergebnisse der Qualitätserhebungen in 2013	
2.2.1 Subjektive Erhebungskriterien	
2.2.2 Objektive Erhebungskriterien	
E. Gewährte Ausgleichsleistungen gegenüber den Betreibern	202
1. Busverkehr	
2. Schienengebundener Verkehr	
F. Ausschließliche Rechte	203
Anlage : Adressverzeichnis der ausgewählten Betreiber	204

A. Einleitung

Die Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße fordert in Art. 7 Abs.1, dass von den zuständigen Behörden ein jährlicher Gesamtbericht zu erstellen ist. Art. 7 Abs.1 legt hierzu Folgendes fest:

„Jede zuständige Behörde macht einmal jährlich einen Gesamtbericht über die in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen, die ausgewählten Betreiber eines öffentlichen Dienstes sowie die diesen Betreibern zur Abgeltung gewährten Ausgleichsleistungen und ausschließlichen Rechte öffentlich zugänglich.“

Dieser Bericht unterscheidet nach Busverkehr und schienengebundenem Verkehr, er muss eine Kontrolle und Beurteilung der Leistungen, der Qualität und der Finanzierung des öffentlichen Verkehrsnetzes ermöglichen und gegebenenfalls Informationen über Art und Umfang der gewährten Ausschließlichkeit enthalten.“

Somit besteht nach Art. 7 Abs.1 der VO 1370 für jede zuständige Behörde, die gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen ausspricht und im Gegenzug dafür Ausgleichsleistungen und/oder ausschließliche Rechte gewährt, eine jährliche Berichtspflicht.

B. Erläuterungen zum Aufgabenträger

Die Stadt Mainz ist Aufgabenträger für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) im Sinne des Landesgesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Rheinland-Pfalz vom 17.November 1995, (GVBl. für das Land Rheinland-Pfalz, S. 450), zuletzt geändert am 01.12.2010 (GVBl I S. 426).

Die Stadtwerke Mainz AG (SWM) ist ein Unternehmen der Stadt Mainz. Gegenstand des Unternehmens ist unter anderem der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV). Für ihre Tätigkeit im öffentlichen Personennahverkehr bedient sich die SWM ihrer 100%igen Tochtergesellschaft, der Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH (MVG), der gegenüber sie weisungsberechtigt ist.

Das lokale Nahverkehrsunternehmen Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH (MVG) führt die Organisation des Bus- sowie des Straßenbahnverkehrs durch. Die MVG betreibt verschiedene die Stadtgrenzen überschreitende Buslinien als Gemeinschaftslinien mit der ESWE Verkehrsgesellschaft mbH, Wiesbaden bzw. dem Regionalbusbetreiber ORN Omnibusverkehr Rhein-Nahe GmbH, Mainz. Darüber hinaus verkehrt die ORN GmbH mit einigen eigenständigen Linien im Regionalverkehr zwischen dem Mainzer Hauptbahnhof und dem Umland.

In der VO 1370 ist in Art. 2 b) definiert, wer als „zuständige Behörde“ anzusehen ist, nämlich:

„Jede Behörde oder Gruppe von Behörden eines oder mehrerer Mitgliedstaaten, die zur Intervention im öffentlichen Personenverkehr in einem bestimmten geografischen Gebiet befugt ist, oder jede mit einer derartigen Befugnis ausgestattete Einrichtung.“

Wie oben angesprochen, trägt die Stadt Mainz als Aufgabenträger des lokalen ÖPNV die Funktion der zuständigen Behörde und ist somit gemäß Art. 2b) der VO 1370 verpflichtet, zwecks Kontrolle der in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen einmal jährlich einen Gesamtbericht getrennt nach Busverkehr und schienengebundenem Verkehr öffentlich zugänglich zu machen.

Bei der Erstellung des Gesamtberichts hat sich die Stadt Mainz an dem *Leitfaden zur Erstellung des Gesamtberichts nach Art. 7 (1) der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007* der Bundesarbeitsgemeinschaft der ÖPNV-Aufgabenträger (BAG ÖPNV) bei der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände orientiert.

Auf der Grundlage der gesetzlichen Bestimmung des Art. 7 Abs.1 VO 1370 legt die Stadt Mainz für ihren Zuständigkeitsbereich, das Stadtgebiet Mainz (einschließlich abgehender Linien in angrenzende Gebietskörperschaften), folgenden Gesamtbericht für das Jahr 2013 vor.

C. Darstellung der öffentlichen Dienstleistungsaufträge sowie der ausgewählten Betreiber

1. Formale Rahmenbedingungen

1.1. Charakter der verkehrlichen Verpflichtungen

Die MVG hat bislang Konzessionsanträge für eigenwirtschaftliche Verkehre nach dem PBefG beantragt. Dies erfolgte vor dem Hintergrund, dass die MVG seitens der Stadt Mainz als Aufgabenträger keine Ausgleichszahlungen erhält. Die Stadt Mainz hat jedoch im Jahr 2006 eine Betrauungsvereinbarung mit der Stadtwerke Mainz AG, der Muttergesellschaft der MVG beschlossen, die im Jahr 2009 noch einmal erweitert wurde.

Insofern ist davon auszugehen, dass ein öffentlicher Dienstleistungsauftrag gem Art. 5 (1) der EU VO 1370 vorliegt. Darüber hinaus erhält die MVG Erstattungen von Fahrgeldausfällen nach § 145 SBG XII und Ausgleichsleistungen gemäß § 45a PBefG sowie über die Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV) und die Verkehrsverbund Rhein-Nahe GmbH (RNN) Ausgleichszahlungen für Durchtarifizierungs- und Harmonisierungsverluste vom Bund, den Ländern Rheinland-Pfalz und Hessen sowie den betroffenen Gebietskörperschaften.

Im Rahmen der ersten Fortschreibung des Mainzer Nahverkehrsplans wurde eine Linienbündelungsuntersuchung vorgenommen. Der beauftragte Gutachter kam zu dem Ergebnis, dass der Betrieb des Mainzer ÖPNV-Netzes in einem einzigen Linienbündel die effektivste und wirtschaftlichste Variante darstellt. Von daher wurden keine Teilbündel gebildet.

1.2. Busverkehr

Im Mainzer Stadtgebiet bzw. den angrenzenden Gebietskörperschaften wurden im Berichtsjahr die nachfolgend dargestellten Linien betrieben. Die meisten Konzessionen enden am 10.12.2021:

Linie	Ausgangspunkt	Endpunkt	Genehmigung		Genehmigungs- behörde	Genehmigungs- inhaber	Linien- Länge m
			erteilt am	gültig bis			
6	Mainz-Marienborn, Pfarrer-Dorn-Straße	Wiesbaden, Nordfriedhof	26.02.2013	10.12.2021	LBM Speyer	MVG & ESWE	21.857
9	Mainz, Isaac-Fulda-Allee	Wiesbaden-Schierstein, Oderstraße	26.02.2013	10.12.2021	LBM Speyer	MVG & ESWE	18.387
28	Mainz, Am Brand	Wiesbaden, Platz d. dt. Einheit	26.02.2013	10.12.2021	LBM Speyer	MVG & ESWE	17.350
33	Wiesbaden, Tierpark Fasanerie	Mainz-Kostheim, Winterstraße	12.01.2009	30.09.2017	Regierungsprärs. Da	MVG & ESWE	17.635
45	Mainz, Hbf.	Wiesbaden-Schierstein, J.F.-Kennedy-Str.	26.02.2013	10.12.2021	LBM Speyer	MVG & ESWE	23.592
47	Wiesbaden, Frauenstein	Mainz-Gonsenheim, Wildpark	01.12.2010	30.09.2017	Regierungsprärs. Da	MVG & ESWE	13.676
54	Mainz-Lerchenberg, Brucknerstraße	Ginsheim, Friedrich-Ebert-Platz	26.02.2013	10.12.2021	LBM Speyer	MVG	23.294
55	Mainz-Finthen, Th.-Heuss-Straße	Bischofsheim, Treburer Straße	26.02.2013	10.12.2021	LBM Speyer	MVG	18.599
56	Mainz, Münchfeld	Kostheim, Winterstraße	26.02.2013	10.12.2021	LBM Speyer	MVG	8.974
57	Mainz-Gonsenheim, Wildpark	Mainz-Kastel, Krautgärten	26.02.2013	10.12.2021	LBM Speyer	MVG	11.850
58	Wackenheim, Rathausplatz	Mainz, Mombacher Kreisel	26.02.2013	10.12.2021	LBM Speyer	MVG	17.611
60	Mainz-Mombach, Am Polygon	Ginsheim, Neckarstraße	26.02.2013	10.12.2021	LBM Speyer	MVG	17.238
61	Mainz-Laubenheim, Riedweg	Mainz-Mombach, Waldfriedhof	26.02.2013	10.12.2021	LBM Speyer	MVG	13.976
62	Mainz-Weisenau, Fr.-Ebert-Straße	Mainz-Gonsenheim, Wildpark	26.02.2013	10.12.2021	LBM Speyer	MVG	14.078
63	Mainz-Laubenheim, Hans-Zöllner-Straße	Mainz-Mombach, Am Lemmchen	26.02.2013	10.12.2021	LBM Speyer	MVG	16.904
64	Mainz-Laubenheim, Dammweg	Budenheim	26.02.2013	10.12.2021	LBM Speyer	MVG & ORN	29.158
65	Mainz-Weisenau, P.-Gerh.-Weg	Mainz, Ketteler-Kolleg	26.02.2013	10.12.2021	LBM Speyer	MVG	11.931
66	Nieder-Olm, Bahnhof	Mainz-Hechtsheim, Mühlendreieck	26.02.2013	10.12.2021	LBM Speyer	MVG & ORN	14.525
67	Zornheim, Hahnheimer Straße	Mainz, Hbf.	26.02.2013	10.12.2021	LBM Speyer	MVG	17.031
68	Klein-Winternheim, Bahnhof	Hochheim, Berliner Platz	26.02.2013	10.12.2021	LBM Speyer	MVG & ORN	23.884
69	Mainz, Hbf.	Mainz, Fachhochschule	26.02.2013	10.12.2021	LBM Speyer	MVG	3.211
70	Mainz, Straßenbahnamt	Mainz-Finthen, Katzenberg	26.02.2013	10.12.2021	LBM Speyer	MVG	20.477
71	Mainz, Landwehrweg	Mainz-Lerchenberg, Hindemithstraße	26.02.2013	10.12.2021	LBM Speyer	MVG	22.472
75	Mainz-Hauptbahnhof	Ingelheim, Bahnhof	26.02.2013	10.12.2021	LBM Speyer	MVG & ORN	29.521
76	Mainz-Hechtsheim, Möbel-Martin	Mainz, Goetheplatz	26.02.2013	10.12.2021	LBM Speyer	MVG	12.200
79	Mainz, Hbf.	Mainz, Mombacher Tor	26.02.2013	10.12.2021	LBM Speyer	MVG	2.092
90	Mainz-Laubenheim, Rüsselsheimer Allee	Mainz-Lerchenberg, Menzelstraße	26.02.2013	10.12.2021	LBM Speyer	MVG	22.259
91	Mainz-Finthen, Poststraße	Bischofsheim, Treburer Straße	26.02.2013	10.12.2021	LBM Speyer	MVG	22.926
92	Ginsheim, Friedrich-Ebert-Platz	Mainz-Gonsenheim, Wildpark	26.02.2013	10.12.2021	LBM Speyer	MVG	21.804
99	Mainz, Hbf.	Mainz-Kastel, Euro Palace	26.02.2013	10.12.2021	LBM Speyer	MVG & ESWE	5.428
102	Mainz-Hechtsheim, Mühlendreieck	Mainz, Messe	30.01.2014	10.12.2021	LBM Speyer	MVG	2.500
103	Mainz, Messe	Mainz, Coface-Arena	26.02.2013	10.12.2021	LBM Speyer	MVG	12.235
105	Mainz, Hbf.	Mainz, Coface-Arena	26.02.2013	10.12.2021	LBM Speyer	MVG	3.425
N7	Wiesbaden, Platz d. dt. Einheit	Mainz-Kostheim, Winterstraße	12.01.2009	30.09.2017	Regierungsprärs. Da	MVG & ESWE	20.710

Die ORN GmbH betreibt in eigener Zuständigkeit folgende Buslinien mit Linienwegen in der Stadt Mainz

Linie 620 Mainz-Hbf – Ingelheim

650 Mainz-Hbf – Sprendlingen (Rhh)

652 Mainz-Hbf – Sörgenloch

660 Mainz-Hbf – Alzey

667 Mainz-Hbf – Friesenheim

1.3. Straßenbahnverkehr

Folgende Straßenbahnlinien wurden im Berichtsjahr von der MVG betrieben:

Linie	Ausgangspunkt	Endpunkt	Genehmigung		Genehmigungs- behörde	Genehmigungs- inhaber	Linien- Länge m
			erteilt am	gültig bis			
50	Mainz-Hechtsheim, Bürgerhaus	Mainz-Finthen, Römerquelle	26.02.2013	10.12.2021	LBM Speyer	MVG	14.126
51	Mainz-Hechtsheim, Bürgerhaus	Mainz-Finthen, Poststraße	26.02.2013	10.12.2021	LBM Speyer	MVG	14.256
52	Mainz-Hechtsheim, Am Schinnergraben	Mainz-Bretzenheim, Bahnstraße	26.02.2013	10.12.2021	LBM Speyer	MVG	7.645

D. Beschreibung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen

Nach der VO 1370 wird in Art. 2 e) als „gemeinwirtschaftliche Verpflichtung“ folgendes definiert:

„Eine von der zuständigen Behörde festgelegte oder bestimmte Anforderung im Hinblick auf die Sicherstellung von im allgemeinen Interesse liegenden öffentlichen Personenverkehrsdiensten, die der Betreiber unter Berücksichtigung seines eigenen wirtschaftlichen Interesses nicht oder nicht im gleichen Umfang oder nicht zu den gleichen Bedingungen ohne Gegenleistung übernommen hätte.“

Hierzu ist, wie eingangs bereits dargestellt, anzumerken, dass die Stadt Mainz als Aufgabenträger keine finanziellen Zuschüsse zum Leistungsangebot der MVG leistet. Insofern trifft die oben zitierte Beschreibung einer „gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung“ auf den allgemeinen Leistungsumfang in Bezug auf Linien und Betriebszeiträume nicht zu. Auch die unter 1.1 genannten Ausgleichszahlungen für Durchtarifierungs- und Harmonisierungsverluste beeinträchtigen den eigenwirtschaftlichen Charakter des Verkehrsangebotes nicht.

Da die MVG jedoch Erstattungen für Fahrgeldausfälle nach § 145 SBG XII und insbesondere Ausgleichsleistungen nach § 45a PBefG erhält, sind zumindest einige spezielle Verkehre im Schülerverkehr bzw. Verdichtungen regulärer Linien in den Spitzenverkehrszeiten als Leistungen zu verstehen, die die MVG ohne Ausgleichszahlungen nicht oder nur eingeschränkt erbringen würde.

1. Beschreibung der Bedienungsqualität

1.1 Busverkehr

Das Mainzer Busnetz der MVG umfasste im Jahr 2013 34 Buslinien. Insgesamt waren auf allen Buslinien 143 Fahrzeuge im Einsatz gewesen. Die MVG hat insgesamt 8,8 Mio. Fahrplankilometer innerhalb des Liniennetzes erbracht. Dabei wurden 40,2 Mio. Fahrgäste befördert, die an 274 Haltestellen die Möglichkeit hatten, aus- bzw. umzusteigen.

Detailliertere Angaben zu den Bedienzeiten und Erschließungsstandards ergeben sich aus dem Nahverkehrsplan für die Stadt Mainz.

Die ORN GmbH betrieb im Jahr 2013 5 Buslinien mit nach Mainz ein- und ausbrechenden Verkehren. Hierbei wurden 1,1 Mio. Fahrplankilometer erbracht und rund 27 Haltestellen im Mainzer Stadtgebiet bedient.

1.2 Schienengebundener Verkehr

Die Mainzer Straßenbahnverkehre umfassen insgesamt 3 Linien im Berichtszeitraum. Insgesamt waren auf allen Straßenbahnlinien 31 Fahrzeuge im Einsatz. Auf allen Straßenbahnlinien wurden 1,5 Mio. Fahrplankilometer erbracht. Im Berichtszeitraum wurden 11,0 Mio. Fahrgäste befördert, die an 42 Haltestellen die Möglichkeit hatten, aus- bzw. umzusteigen.

2. Beschreibung der Beförderungsqualität

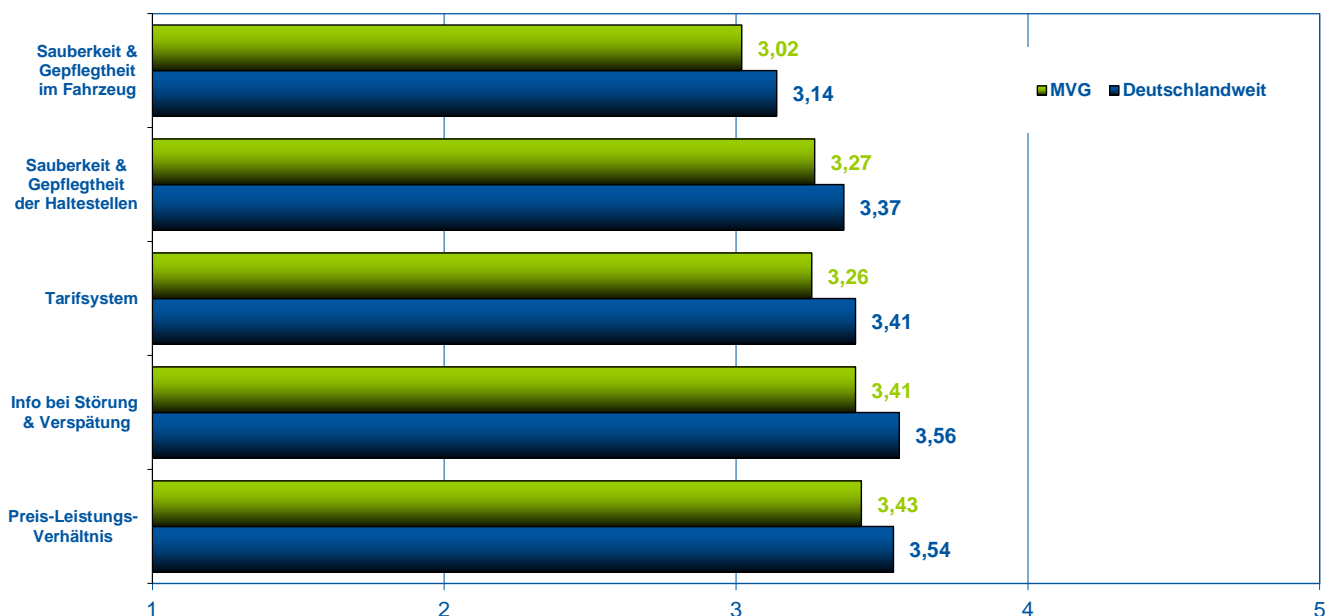
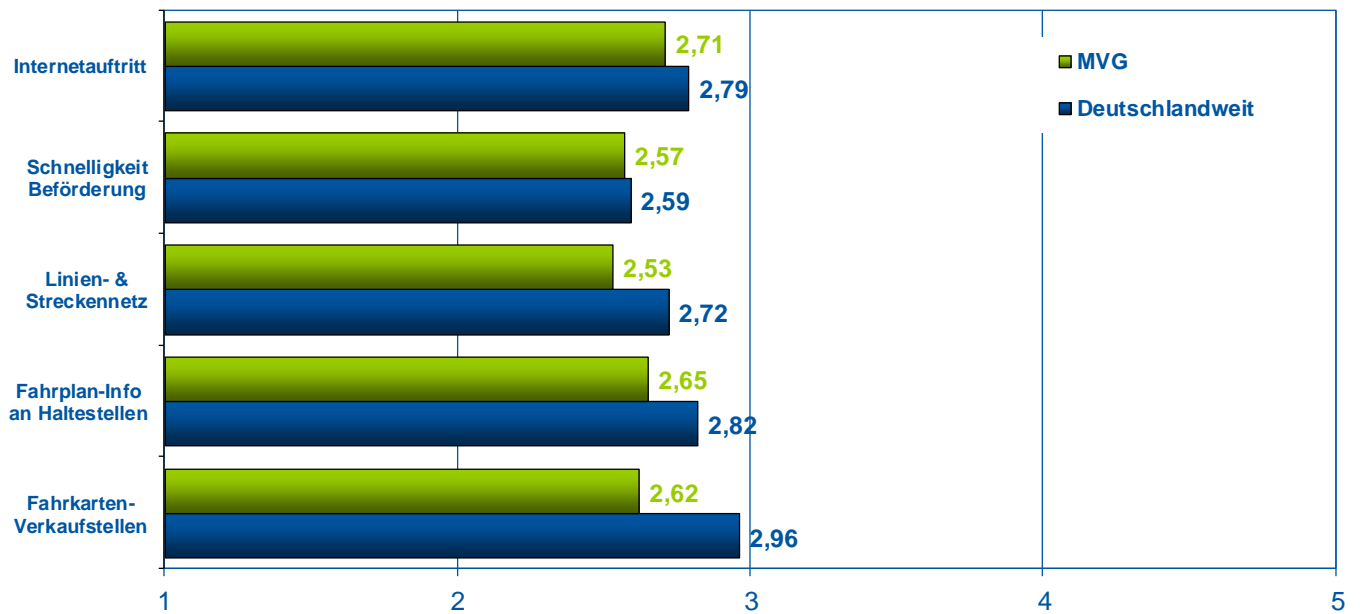
2.1. Grundsätzliche Vorgaben zur Beförderungsqualität

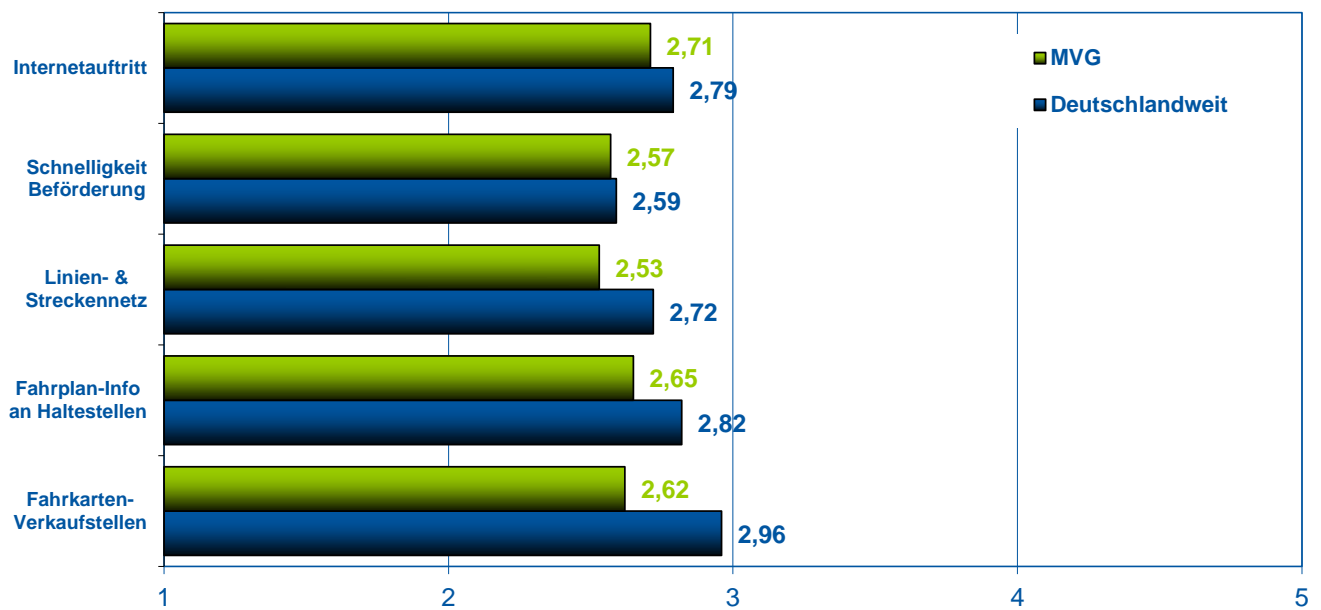
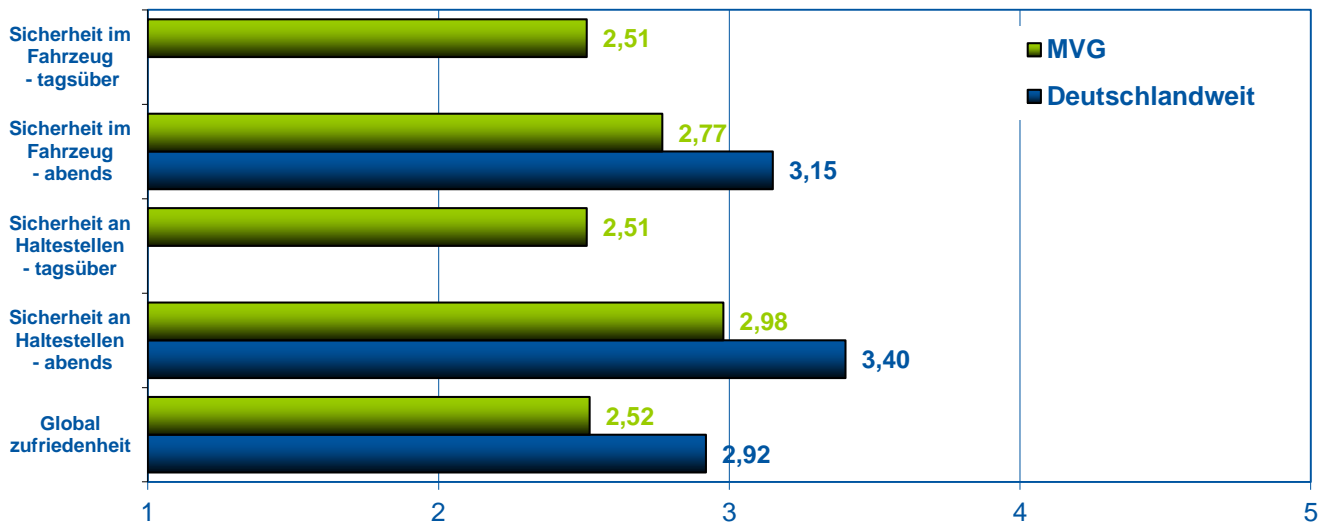
Qualitätsgrundsätze zur Erbringung der Bus- und Straßenbahnverkehre finden sich im Nahverkehrsplan der Stadt Mainz (www.mainz.de). Die MVG erstattet den städtischen Gremien regelmäßig Bericht über die Nachfrage und Verkehrsleistungen, die Kundenzufriedenheit und weitere Aspekte wie Pünktlichkeit, Fahreuzausfall etc.

2.2 Ergebnisse der Qualitätserhebungen in 2013

2.2.1 Subjektive Erhebungskriterien

Die nachfolgenden Abbildungen fassen wesentliche Ergebnisse aus den Qualitätserhebungen für das Jahr 2013 zusammen (Quelle: Kundenbarometer der MVG).





Die Zufriedenheitswerte im regionalen Verkehr stellen sich folgendermaßen dar (es ist anzumerken, dass es sich um verkehrsmittelübergreifende Einschätzungen, d.h. DB, ORN und MVG handelt):

Schnelligkeit der Beförderung: 2,68

Sicherheit im Fahrzeug abends: 2,81

Fahrplaninformationen an Haltestellen: 2,83

Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit: 2,86

Komfort und Bequemlichkeit: 2,94

Sauberkeit und Gepflegtheit: 3,27

Linien- und Streckennetz:	2,58
Freundlichkeit des Personals:	2,70
Tarifsystem:	3,24
Preis-Leistungs-Verhältnis:	3,35

2.2.2 Objektive Erhebungskriterien

Neben den unter 2.2.1 dargestellten Kundenzufriedenheitsbefragungen kann wie bereits im Gesamtbericht für das Jahr 2010 seitens des Aufgabenträgers erneut die zufriedenstellende Einhaltung der folgenden objektiven Kriterien bestätigt werden:

Zielanzeige Frontseite

Zielanzeige Einstiegsseite

Liniennummer Frontseite

Liniennummer Einstiegsseite

Liniennummer Heck

Anzeige der nächsten Haltestelle

Ansage der nächsten Haltestelle bzw. der Anschlüsse

aktueller Liniennetzplan

Anzeige "Stopp"

akustisches "Stopp"-Signal bei Betätigung der Haltewunschtaste

Fahrscheinkauf möglich (Drucker oder Notfahrschein)

Verbesserungen haben sich durch den zunehmenden Einsatz von akustischen Fahrplaninformationen an den DFI-Anzeigen ergeben. Noch zu bemängeln war im Jahr 2013 die eingeschränkte Kompatibilität der kooperierenden Verkehrsunternehmen ESWE und ORN im Hinblick auf den Datenaustausch mit dem ITCS. Auch im Hinblick auf einen Austausch von Fahrplänechtzeitdaten zwischen den lokalen Verkehrsunternehmen und der DB bestand noch Verbesserungspotenzial, allerdings zeichnete sich im Laufe des Jahres 2014 hier eine deutliche Verbesserung ab.

E. Gewährte Ausgleichsleistungen gegenüber den Betreibern

In Art. 7 Abs. 1 VO 1370 wird weiterhin gefordert, dass die zuständige Behörde über die gewährte Ausgleichsleistung für die Durchführung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung zu berichten hat. Als Ausgleichszahlung im Sinne der VO 1370 ist in Art. 2 g) VO 1370 folgendes zu verstehen:

„Jeden Vorteil, insbesondere finanzieller Art, der mittelbar oder unmittelbar von einer zuständigen Behörde aus öffentlichen Mitteln während des Zeitraums der Erfüllung einer gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung oder in Verbindung mit diesem Zeitraum gewährt wird.“

1. Busverkehr

Zur ordnungsgemäßen Durchführung des Öffentlichen Personennahverkehrs erhält die MVG über die Tarif-erlöse und erhöhten Beförderungsentgelte hinaus seitens der Stadt Mainz keine finanziellen Leistungen.

Für die Beförderung von Schwerbehinderten erhält die MVG seitens der Länder Rheinland-Pfalz und Hesse-n Erstattungen in Höhe von 0,87 Mio. € und für die Beförderung von Schülerinnen und Schülern vom Bund und den Ländern Rheinland-Pfalz und Hessen einen Ausgleich in Höhe von 2,62 Mio. €.

Als Ausgleich für Durchtarifierungs- und Harmonisierungsverluste erhält die MVG Zahlungen von 0,77 Mio. € über die Verbände RNN und RMV.

Die ORN erhielt im Jahr 2013 für die Beförderung von Schülerinnen und Schülern nach Mainz eine Aus-gleichszahlung von ca. 0,52 Mio. €.

2. Schienengebundener Verkehr

Zur ordnungsgemäßen Durchführung des Öffentlichen Personennahverkehrs erhält die MVG über die Tarif-erlöse und erhöhte Beförderungsentgelte hinaus seitens der Stadt Mainz keine finanziellen Leistungen.

Für die Beförderung von Schwerbehinderten erhält die MVG seitens des Bundes und der Länder Rheinland-Pfalz und Hessen Erstattungen in Höhe von 0,24 Mio. € und für die Beförderung von Schülerinnen und Schülern von den Ländern Rheinland-Pfalz und Hessen einen Ausgleich in Höhe von 0,72 Mio. €.

Als Ausgleich für Durchtarifierungs- und Harmonisierungsverluste erhält die MVG Zahlungen in Höhe von 0,21 Mio. € über die Verbände RNN und RMV.

Für beide Verkehrssysteme erhielt die MVG innerhalb der Unternehmensstruktur der Stadtwerke Mainz AG, die zu 100% Gesellschafter der MVG ist, Berichtszeitraum auf Grundlage eines Beherrschungs- und Ge-winnabführungsvertrages eine Zahlung von insgesamt 15,17 Mio € zum Verlustausgleich für den bus- und schienengebundenen Verkehr.

F. Ausschließliche Rechte

Die Stadt Mainz hat im Berichtszeitraum 2013 von der Möglichkeit, ein ausschließliches Recht zu gewäh-ren, sowohl im Bus- als auch Straßenbahnbetrieb keinen Gebrauch gemacht. Im Rahmen des Geneh-migungswettbewerbs nach § 13 PBefG stand allen Verkehrsunternehmen offen, bei auslaufenden Linienkon-zeSSIONen konkurrierende Genehmigungsanträge zu stellen.

Mit der im Jahr 2006 beschlossenen und im Jahr 2009 in ihrer Gültigkeit zeitlich erweiterten Betrauungs-vereinbarung hat die Stadt Mainz jedoch ihren Willen bekundet, dass die Erbringung des öffentlichen Ver-kehrsangebots durch die Stadtwerke Mainz AG respektive der Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH erbracht werden soll.

Anlage - Adressverzeichnis der ausgewählten Betreiber –

MVG Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH Mozartstraße 8 55118 Mainz

Gemeinschaftslinien:

ESWE ESWE Verkehrs GmbH Gartenfeldstr. 18 65189 Wiesbaden

ORN Omnibusverkehr Rhein-Nahe GmbH Erthalstraße 1 55118 Mainz



Landeshauptstadt
Mainz

Dezernat für Finanzen, Beteiligungen und Sport
Abteilung Beteiligungsmanagement

Rathaus
Jockel-Fuchs-Platz 1
55116 Mainz

finanzdezernat@stadt.mainz.de
www.mainz.de/finanzdezernat